Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 9 • Sommer 2025

Preis: 2 Euro / 2 CHF

Was unsere Partei kennzeichnet:
Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Die Zeitenwende – die Kriegsvorbereitungen sind im vollen Gange .....Seite 6

Inhalt:

Editorial 4

Die Zeitenwende – die Kriegsvorbereitungen sind im vollen Gange 6

Die „neue Weltordnung“ ist die Unordnung des Kapitalismus in der Krise 11

Mit Trump wird die Diktatur des Kapitals erneuert! 14

Der Kampf gegen den Krieg erfordert den Kampf gegen den Opportunismus 16

Die Krise bei Volkswagen und der Frontalangriff auf die Arbeiterklasse 25

Zwischenruf eines ver.di-Kollegen anlässlich der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst im Angesicht von Kriegswirtschaft und Sozialkahlschlag 30

Das „Erwachen des Bewusstseins“ wird ein Ergebnis der Kämpfe sein 36

Zur aktuellen Entwicklung in der kurdischen Bewegung 41

Der kurze Weg der autonomen Antifa vom Selbstschutz zur Demokratie-NGO 47

Aus dem Parteileben 58

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde im Text die generische („männliche“) Form gewählt, nichtsdestoweniger beziehen sich die Angaben auf Angehörige aller Geschlechter.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

diese neue Ausgabe unserer deutschsprachigen Zeitschrift erscheint nicht nur pünktlich zum internationalen proletarischen Kampftag am 1. Mai, sondern auch zur neuesten „Zeitenwende“-Propaganda der führenden europäischen Regierungen. Was bis vor kurzem noch als Produkt von Putin-Trollen abgekanzelt worden wäre, füllt jetzt die Mainstream-Medien: Entsetzen über die skrupellose amerikanische Weltmachtpolitik und Kritik an der amerikanischen Führungsmacht der „westlichen Werte-Gemeinschaft“, deren ideologische Gefangene gar schon die Gefahr eines neuen Faschismus im Gewand des Trumpismus erblicken. Als wenn diese „Werte-Gemeinschaft“ jemals etwas anderes als ein zerschlissenes propagandistisches Gewand über einer konkurrenzgetriebenen Zweckgemeinschaft kapitalistischer Staaten gewesen wäre. Die darwinistische Marktlogik des Kapitalismus, die durch den Staatsinterventionismus noch verstärkt worden ist, hat die Welt an den Vorabend eines neuen großen imperialistischen Verteilungskrieges gebracht. Wie wir schon in unserer Zeitung von 2022/2023 beschrieben haben („Wer greift Europa an?“) sind die USA, getrieben von ihrem existenziellen Anspruch Weltmacht Nr.1 zu bleiben, der größte Aggressor. Ihre Ziele, Europa zu schwächen, Russland zu isolieren und Chinas Aufstieg einzudämmen, haben durch Trump eine aggressive Modifizierung erfahren, nachdem Deutschlands wirtschaftliche Schwächung zwar nachhaltig funktioniert hat, Russlands militärische Schwächung und Isolierung (v.a. von China) demgegenüber im ukrainischen Sumpf stecken geblieben ist. Während Deutschland nach einer neuen Führungsrolle strebt und mit einem zügellosen Aufrüstungsprogramm in die Fußstapfen seiner Wirtschaftspolitik der 1930er Jahre tritt (Panzer und Autobahnen), versuchen die militärischen Führungsmächte Europas, Frankreich und Großbritannien, durch hektische Ukraine-Unterstützungsdiplomatie gerade diese zu verhindern. Dermaßen in die Zange genommen, jaulen immer mehr Vertreter des deutschen Imperialismus bis zum abgehalfterten früheren deutschen Außenminister Josef Fischer jetzt sogar nach eigenen Atomwaffen. Gleichzeitig hat der US-Imperialismus seinem israelischen Revolverstaat im Nahen Osten „Feuer frei“ gegeben und zielt auf den Iran, während der türkische Imperialismus nach dem fulminanten Regimewechsel in Syrien als eigenständige Regionalmacht auftritt und in deutliche Konkurrenz zu Israel gerät. Wir wissen: Wie auch immer die politischen Dynamiken und konkreten Kriegsentwicklungen sein werden, seine Ursachen liegen im durch die ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung bestimmten kapitalistischen Expansionsstreben und werden durch die wirtschaftliche Krise noch verschärft. Wir gehen in mehreren Artikeln in dieser Zeitung auf die Entwicklung der Weltordnung nach der amerikanischen Präsidentenwahl ein und beschreiben die erklärte Kriegsfähigmachung des deutschen Imperialismus, die in ihrer Breite und Offenheit immer neue Dimensionen bekommt. Kurz vor Redaktionsschluss erklärte z.B. der Vorsitzende des Reservistenverbandes, dass Deutschland eine Million Reservisten benötigt, weil sonst die 5.000 Toten pro Tag, die ein Waffengang mit Russland laut NATO-Berechnungen kosten würde, nicht ersetzt werden könnten.

In dieser Kriegsvorbereitung, die den „Green New Deal“ durch einen neuen Rüstungskeynesianismus ersetzt hat, und der mit massiven sozialen Angriffen einhergehen wird, beweisen sich die Staatsgewerkschaften als treue Vasallen des Imperialismus. Sie stellen die militärischen Interessen des Staates über die sozialen Interessen ihrer Mitglieder und verhindern aktiv die Herstellung des inhaltlichen Zusammenhangs von staatlicher Hochrüstungs- und sozialer Kürzungs-Politik, wie z.B. Verdi bei den letzten Tarifkonflikten des öffentlichen Dienstes, die durch Schlichtungen weitgehend konfliktfrei ruhiggestellt werden sollen. Es geht um „Ruhe an der Heimatfront“. Gleichzeitig unterstützen sie die militaristische Konversion der neuen Kriegswirtschaft (von VW zu Rheinmetall), wie die IGM. Zu den bei Redaktionsschluss noch laufenden Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst, die z.B. bei den Verkehrsbetrieben in Berlin eine besonders kämpferische Note haben, drucken wir die Korrespondenz eines klassenkämpferischen Verdi-Kollegen ab und werden tiefergehend in der nächsten Nummer

darauf eingehen. In dieser Nummer beschreiben wir die aktuellen Angriffe auf die Belegschaft bei VW und die Schützenhilfe der Gewerkschaften für diesen Musterbetrieb des deutschen Imperialismus.

Auch die Linke des Kapitals zeigt, dass sie – wie schon ihre historischen Vorgänger – „in der Stunde der Gefahr“ das Vaterland nicht im Stich lassen wird. Die „linken“ Koalitionsregierungen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern haben im Bundesrat für die Kriegskredite gestimmt und die antifaschistische Linke versucht das zerschlissene demokratische Gewand über dem nackten Kriegskapitalismus zu flicken. Ein Gewand, das immer absurder wird, so dass selbst der „Giftmörder“ Putin mit guten Begründungen seiner „Sorge über die Demokratie“ in der EU Ausdruck geben kann. Es ist ja nicht nur die schon beschriebene Gleichschaltung der Medien, die den früher im „freien Westen“ so propagierten mündigen Staatsbürger jetzt durch vormundschaftliche Informationsregulierung „vor Desinformation“ schützen will, es ist das Markenzeichen der Demokratie selbst, die „freie Wahl“, die aktuell ad absurdum geführt wird. In Rumänien wird die Wahl eines Regierungschefs wegen vermeintlicher russischer Einflussnahme einfach annulliert und in Frankreich wird Macrons aussichtsreichste Gegenkandidatin – wie bei Erdogan – mit Hilfe der Justiz von der nächsten Präsidentschaftswahl ausgeschlossen. Und als absurder Gipfel des Ganzen demonstrieren die Anhänger von Le Pen und die linken Gegendemonstranten in Paris jeweils für die „Rettung der Demokratie“. Wir gehen in einem längeren Artikel in dieser Nummer auf die schädliche Rolle des Antifaschismus in der Politik der kommunistischen Bewegung und auch die aktuellen Debatten in der Antifabewegung ein.

Es ist nicht nur der Antifaschismus, der von der aktuellen Entwicklung immer mehr als falscher Heilsbringer entlarvt wird. Auch andere pseudorevolutionäre, klassenkollaborationistische Etappentheorien, wie z.B. der Antiimperialismus, müssen dran glauben. Mit den militärischen Kräfteverschiebungen im Nahen Osten sind jegliche Illusionen in eine „Achse des Widerstands“ implodiert und die Kriegsunterstützung der Hamas und ihrer Verbündeten zeigt angesichts deren blutiger Unterdrückung der aufgeflammten Antikriegsproteste in Gaza ihr antiproletarisches Gesicht. Auch die Illusionen in das kurdische Befreiungsprojekt haben nach der angekündigten Kapitulation der PKK und ihrer Anbiederung an die neo-osmanische Politik des türkischen Imperialismus keine Grundlage mehr. Wir gehen in einem Artikel in dieser Zeitung auf diese aktuelle Entwicklung ein, die politisch-ideologisch schon in Öcalans Roadmap von 2009 vorweggenommen wurde.

Während sich angesichts dieses allumfassenden Niedergangs der demokratischen Illusionen das liberale Bürgertum erschreckt die Augen reibt und Teile der Linken, sofern sie nicht schon offen reaktionär und kriegsunterstützend geworden sind, resignieren oder sich in blinden Teilbereichs-Aktionismus retten wollen, zeigen die Positionen der kommunistischen Linken zunehmend ihre analytische Richtigkeit und werden für eine größere Zahl revolutionärer Genossinnen und Genossen ein Orientierungspunkt. Doch auch unsere Entwicklung ist gehemmt durch die Last der konterrevolutionären Situation. Es ist nicht nur die zahlenmäßige Schwäche der formellen Partei, es sind vor allem die durch vergangene Parteikrisen verstärkten Neigungen zu Individualismus und Projektemacherei, die die Entwicklung der Internationalen Kommunistischen Partei langsamer gestalten, als es angesichts der zugespitzten Weltsituation notwendig wäre. Doch wir gehen mit unserer systematischen und kontinuierlichen theoretischen und praktischen Arbeit auf dem Pfad der historischen Partei des Proletariats voran, da dies die einzige Möglichkeit ist, die zukünftigen Siege unserer Klasse vorzubereiten.

---

www.internationalcommunistparty.org

Die Zeitenwende – die Kriegsvorbereitungen sind im vollen Gange

Die neue Realität

Wenn wir uns die aktuelle Situation anschauen, ist diese beängstigend und erschreckend zugleich: Lange Zeit konnten jene (wir!), die stets davor gewarnt haben, dass die kapitalistischen Widersprüche einen 3. Weltkrieg vorbereiten und dass die vielen „kleinen“ Kriege (egal ob militärisch oder politisch-ökonomisch) den Weg dorthin ebnen, von manch einem noch als „Spinner“ abgetan werden, die in „ihrem Dogmatismus“ mal wieder maßlos übertreiben (es reicht, wenn wir gedanklich 10-15 Jahre in die Vergangenheit reisen). Auf der einen Seite wurde so getan, als ob Konflikte zwischen Atommächten aufgrund der Einsicht, dass einen Atomkrieg niemand gewinnen kann, so gut wie ausgeschlossen wären. Auf der anderen Seite wurden auch von sich als (links-)kommunistisch verstehenden Gruppierungen unterschiedlichste Theorien entwickelt, zum Beispiel, dass ein Weltkrieg aufgrund der hohen technischen Entwicklung heutzutage nicht mehr finanzierbar wäre und deshalb niemand auf diese dumme Idee kommen würde. In allen Fällen wird von einer gewissen „Vernunft“ der unterschiedlichen Akteure ausgegangen. Als Materialisten wissen wir aber, dass es im Kapitalismus die Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche dieser Gesellschaftsform sind und nicht der Wille einzelner Charaktermasken, die zu bestimmten Entwicklungen führen wie zu der kriegstreibenden Dynamik des Kapitalismus bis hin zu einem neuen weltweiten Massaker, auch unter dem Einsatz von Atomwaffen.

Wie so oft schon hat uns die reale Entwicklung recht gegeben und inzwischen könnte man sagen, dass uns die Realität sogar noch überholt hat: längst überbieten sich die Schmierfinken der bürgerlichen Presse sowie die Vertreter von Staat und den staatstragenden Parteien mit Kriegsszenarien, um damit eine Aufrüstung zu rechtfertigen, die ihresgleichen sucht. Wir können es nicht anders sagen: die Kriegsvorbereitungen sind in vollem Gange, was sich nicht zuletzt in der Aussage ausdrückt, dass unsere Gesellschaft kriegstüchtig gemacht werden soll, also eine Militarisierung aller Aspekte unseres Lebens. Wir haben diese Militarisierung bereits in zahlreichen aktuellen Artikeln beschrieben. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges auch mit dem Einsatz von Atomwaffen ist längst nicht mehr ein Szenario, vor dem nur wir als Kommunisten warnen – mit unseren präzisen Analysen und gegen den Strom schwimmend, in einer konterrevolutionären Phase, in der wir uns immer noch in der absoluten Minderheit befinden.

Inzwischen ist die Angst vor einem neuen Weltkrieg für die breite Öffentlichkeit sehr real geworden: Für gutbetuchte Menschen gibt es bereits Mini-Atomschutzbunker in Kleiderschrankgröße zu kaufen, um zumindest die ersten Stunden des radioaktiven Fallouts zu überleben und Russland hat längst damit begonnen, mobile Atomschutzbunker in Container-Größe in Serie herzustellen, um den eigenen Soldaten ebenfalls zu ermöglichen, „das Schlimmste“ zu überstehen. In einigen europäischen Staaten werden die Bürger dazu gedrängt, Notvorräte anzulegen und Krisen- und Kriegsszenarien werden durchgespielt. Es wird zudem vermehrt darüber nachgedacht, in Länder auszuwandern, wo der potentielle atomare „Hammerschlag“ geringer ausfallen würde als beispielsweise in Deutschland oder sich durch eine doppelte Staatsbürgerschaft dem Kriegsgeschehen einfacher entziehen zu können usw. usf. Teils skurrile Blogger, die sich mit Survival-Strategien vor dem Untergang der Welt schützen wollen, erfreuen sich über eine

Der damalige Bundeskanzler Scholz hat 2022 erstmals von einer Zeitenwende gesprochen

stets wachsende Anzahl an Followern, weil sie plötzlich den Zahn der Zeit treffen. Was also vor Kurzem von vielen noch als Satire abgetan worden wäre, ist längst die neue Realität geworden. Und es muss noch folgendes hinzugefügt werden: nicht nur, wenn es um die „Vorhersage“ der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft geht, sind wir mit unseren stringenten Positionen und unseren profunden Analysen als fast die einzigen hierzu in der Lage. Auch wenn es um die Retrospektive, also den Rückblick in Zeiträume, die mehr als ein paar Jahre umfassen, geht, fehlt den meisten Menschen und politischen Kräften hierzu offenbar die Fähigkeit, was aber notwendig ist, um die aktuellen Entwicklungen verstehen und einen zumindest groben Blick in die Zukunft werfen zu können.

Militarisierung und Zeitenwende

Eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft ist bereits seit langem im Gange. Egal ob die Bundeswehr jede Gelegenheit nutzt, um neue Soldaten zu rekrutieren – Schulen, Jobmessen, aggressive Werbung und eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kommen Gelöbnisse und sonstige öffentliche militärische Veranstaltungen. In manchen Ländern wie in Italien werden Soldaten bereits im Inneren eingesetzt zum Schutz sensibler Objekte. Das negative Image des Militärs soll aufpoliert und die Bevölkerung an eine neue Normalität gewöhnt werden. Zeitgleich sind in fast allen relevanten Ländern die Militärausgaben angestiegen und es wurden Reformen angestoßen, um die Einsatzfähigkeit der eigenen Armee zu steigern. Die wachsenden Kriegseinsätze werden vor allem von den westlichen Staaten humanitär begründet – Soldaten werden als Friedensstifter statt als Killer inszeniert.

Mit dem Ende des Wachstumszyklus der Nachkriegszeit und dem damit verbundenen Stottern der kapitalistischen Ausbeutungs- und Verwertungsmaschinerie ist der Kapitalismus in den 1970ern in eine Phase der strukturellen Krise eingetreten, die bis heute anhält – trotz allen staatlichen und unternehmerischen Gegenmaßnahmen (Ende von Bretton Woods, fester Wechselkurse und der Goldbindung des Dollars, Liberalisierungen, Globalisierung, lean production, just in time, Digitalisierung usw...). Die Resultate der Reaktionen auf diese Krise waren stets kurzfristige wirtschaftliche Erholungen mit erneuten schweren Krisen (es reicht, wenn wir uns die zahlreichen Krisen seit 2000 vor Augen führen, die längst die kapitalistischen Metropolen in den USA, Europa und Japan getroffen haben, aber auch China, das lange Zeit ein starkes Wirtschaftswachstum vorweisen konnte).

Aber es gab und gibt weitere Folgen der Krise: zum Einen die wachsenden Angriffe auf die lohnabhängige Bevölkerung – Staat und Kapital versuchen immer mehr, die Krise auf das moderne Proletariat abzuwälzen und damit die Folgen für die Kapitalverwertung abzumildern. Zum Anderen nimmt die Konkurrenz und das „Hauen und Stechen“ zwischen den verschiedenen Staaten, früher teils noch „Freunde und Verbündete“, immer weiter zu. Dies führt zwangsläufig zu immer größeren inner-imperialistischen Spannungen. Sowohl zwischen dem Westen und Russland oder China als auch innerhalb des Westens z.B. zwischen den USA und Europa. Zunächst Handelskriege, dann politische Konflikte, Stellvertreterkriege bis hin zur direkten militärischen Konfrontation. Die dem Kapitalismus innewohnende kriegstreibende Dynamik wird durch die sich verschärfende wirtschaftliche Krise noch weiter verstärkt und brandgefährlich für die gesamte Menschheit.

Die Bundeswehr wirbt immer aggressiver im öffentlichen Raum für neues Kanonenfutter

Die wachsende Militarisierung hat somit trotz aller ideologischer Begleitmusik keinen anderen Hintergrund als die Vorbereitung auf eine direkte oder indirekte militärische Konfrontation mit den imperialistischen Konkurrenten.

Mit dem Ukraine-Krieg gibt es eine militärische Eskalation, die alles bisher Dagewesene in den Schatten

stellt: eine militärische Konfrontation zwischen der NATO und Russland in einem Stellvertreterkrieg – nicht irgendwo in der Peripherie, sondern direkt an der Grenze zwischen der NATO und Russland. Der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz sprach 2022 diesbezüglich von einer Zeitenwende – selbstverständlich ohne die Mitverantwortung des „freien Westens“ an diesem Krieg zu benennen. In einem solchen Krieg macht jede Seite stets die Gegenseite alleinig hierfür verantwortlich (der Westen Russland, Russland die NATO) – während es natürlich klar ist, dass es sich hier um eine Auseinandersetzung handelt, an der die unterschiedlichen imperialistischen Banditen gleichermaßen beteiligt sind. Diese neue Qualität der militärischen Konfrontation mit Russland führt zu einer Aufrüstung, wie wir sie seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt haben. Das Wort „Zeitenwende“ ist somit auch gleichzeitig die ideologische Rechtfertigung für genau diese Aufrüstung. Im Juni 2022 bewilligte der Bundestag bis dahin unglaubliche 100 Mrd Euro Sondervermögen für die Bundeswehr.

Die Kriegsvorbereitungen sind bereits sehr konkret und real

In Deutschland gibt es die sogenannte „Schuldenbremse“, die 2009 beschlossen wurde: *„Mit der Schuldenbremse im Grundgesetz wird die ‘strukturelle’, also von der Konjunktur unabhängige, staatliche Neuverschuldung für die Länder verboten und für den Bund auf maximal 0,35 Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts (BIP) beschränkt.“* (wikipedia). Diese Schuldenbremse dient stets dazu, um ungewollte Ausgaben (z.B. im Sozialen) zu torpedieren, während für andere Dinge unbegrenzt Geld zur Verfügung steht. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung schreibt hierzu: *„Die Corona-Pandemie stellt eine solche Ausnahme dar. Gesunkene Steuereinnahmen und gestiegene Ausgaben für Wirtschaftshilfen sowie Gesundheits- und Sozialschutz haben zu einer unerwartet hohen Nettokreditaufnahme des Staates geführt. Ebenso stellt der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne von Art. 109 GG dar. Die dadurch benötigten zusätzlichen Finanzmittel für Verteidigung, Energie, und Inflationsausgleichsmaßnahmen sind damit zu rechtfertigen. Die Schuldenbremse wurde daher in den Jahren 2020, 2021 und 2022 ausgesetzt.“* Die deutsche Staatsverschuldung ist infolgedessen von 1.899 Mrd Euro im Jahre 2019 auf 2.445 Mrd Euro im Jahre 2023 angestiegen.

Dass dies erst der Anfang vom Wahnsinn sein sollte, ahnten damals nur Wenige. Am 18. März 2025 hat der Deutsche Bundestag eine Aussetzung der Schuldenbremse in Höhe von 500 Milliarden Euro „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“ sowie in unbegrenzter Höhe (whatever it takes) für Militärausgaben beschlossen. Das Handelsblatt vom 16. März 2025 rechnet bereits mit einer Neuverschuldung in Höhe von bis zu 1,7 Billionen Euro in den nächsten zehn Jahren! Im Kern handelt es sich um eine massive, nie dagewesene Aufrüstungskampagne. Denn selbst die Investitionen für die Infrastruktur könnten sich bei genauerem Hinsehen ebenfalls als Teil des Aufrüstungsprogramms entpuppen – schließlich soll Deutschland im Falle eines Kriegs mit Russland zum militärischen Aufmarschgebiet und Drehkreuz für den Truppentransport nach Osteuropa dienen. Mit einsturzgefährdeten Autobahnbrücken, einem maroden Schienennetz und einer mangelhaften Energieinfrastruktur ist dies nicht möglich. Und mit einem Gesundheitssystem, dass schon bei einer größeren Grippewelle kurz vor dem Kollaps steht, können wohl kaum zigtausend Schwerverletzte (oder noch mehr!) behandelt und Gliedmaßen amputiert werden. Zusammen mit den Investitionen in die Infrastruktur soll folglich der Zivilschutz ausgebaut werden und die Militarisierung in alle Bereiche der Gesellschaft getragen werden. Dazu kommt der

Kriegsanleihen – damals noch für den 1. Weltkrieg

ReArm Europe Plan, der europaweite Militärausgaben in Höhe von 800 Mrd Euro vorsieht.

Die Aufrüstung, mit der wir es derzeit zu tun haben, stellt die Kriegskredite für den 1. Weltkrieg weit in den Schatten, denen die Sozialdemokratie 1914 in kriegsbegeisterter Stimmung zustimmt hatte. Offenbar dient die von den Nazis ab 1933 forcierte Aufrüstung für den 2. Weltkrieg heute deutschen Politikern als Vorbild für die Aufrüstung von heute.

Umstellung auf Kriegsökonomie

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung haben wir in einigen Artikeln die Kriegshysterie deutscher Politiker angeprangert. „Die Umstellung auf Kriegswirtschaft“ war eine dieser Forderungen, die damals noch als Hirngespinste abgetan werden konnten. Aber nun, wo solch gigantische Summen für die Rüstung locker gemacht werden, hat sich die Situation noch einmal geändert. Im März 2025 hat sich der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber, für eine Umstellung „auf Kriegswirtschaft“ in der EU ausgesprochen. Der Rüstungskonzern Rheinmetall erwägt, Überkapazitäten in der Automobilindustrie für die Rüstungsindustrie zu nutzen – Panzer statt Autos! Und anhand des zu erwartenden militärischen Geldregens bringen sich alle möglichen Firmen – angefangen von kleinen Startups bis hin zu namenhaften Konzernen in Stellung, um hiervon zu profitieren. Es wird bereits von einem Wirtschaftsaufschwung geträumt – getragen von der Aufrüstung. Es ist genau das, was wir in Russland längst erleben. Eben die Umstellung auf Kriegsökonomie.

Bisher ist vieles noch sehr vage. Sowohl die genaue Höhe der Militärausgaben, aber insbesondere, in welcher Form die Infrastruktur ausgebaut werden soll. Was sich abzeichnet ist der grobe Weg, die Details werden derzeit noch ausgearbeitet.

„Wollt ihr den totalen Krieg?“ (Goebbels 1943)

Welchen Sinn und Zweck hat denn nun die ganze Aufrüstung, außer dass sich ein paar Rüstungskonzerne bereichern und in Zeiten, in denen niemand mehr Autos kaufen möchte, Panzer hergestellt werden? Es geht um die Krise des Kapitals, von der wir weiter oben geschrieben hatten und den inner-imperialistischen Widersprüchen. Und die sind teils sehr widersprüchlich – denn es geht nicht einfach nur um Die NATO gegen Russland und China. Es gibt auch innerhalb der Bündnisse gravierende Widersprüche:

Zum Einen verfolgt die EU und vor allem Deutschland gegenüber den USA eigenständige Interessen in der Auseinandersetzung mit Russland und ist nicht einfach nur „blinder Vasall“. Man fährt gerne im Windschatten der Amerikaner mit, aber ist notfalls auch bereit, alleine weiter zu machen, soweit man dazu in der Lage ist.

Dann gibt es direkte Widersprüche zwischen den USA und Europa beispielsweise in Form von Handelskriegen, die nicht mehr zu übersehen sind. Wenn wir davon ausgehen, dass Handelskriege und eine wachsende Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten nur die Vorstufe einer direkten oder indirekten militärischen Konfrontation sind, werden wir in diesen Tagen von vielen Ereignissen bestätigt. Die USA wollen sich militärisch aus Europa zurückziehen. Europa will seine militärische Abhängigkeit von den USA verringern. Beispiel: das F35-Kampfflugzeug. Es gibt auch in den staatstragenden Medien inzwischen Diskussionen darüber, ob die USA im Falle divergierender Interessen die von EU-

Staaten gekauften F35 einfach über eine Backdoor abschalten können. Das wäre allerdings gar nicht notwendig, denn ohne US-Spezialisten und Ersatzteile des Herstellers können die Flugzeuge ohnehin nicht lange betrieben werden, schon gar nicht im Kriegsfall! Interessant in diesem Zusammenhang ist in der Tat die 180-Grad-Kehrtwende staatstragender Medien, die solche „Befürchtungen“ vor Kurzem noch als Fake-News und Verschwörungstheorien gebrandmarkt hätten. Aber der Wind dreht sich und damit auch die Meinungsmache. Ein weiteres Beispiel – um zu den Kriegsbillionen zurückzukommen – sind Satellitentechnologien (im aller weitesten Sinne, ohne uns in Details zu verlieren), die inzwischen längst kriegsentscheidend sind. Auch hier soll die Abhängigkeit von den USA beseitigt werden. Und dann noch die Atombombe, die Deutschland nun endlich haben möchte! Was anfangs noch wie ein Aprilscherz klang, ist tatsächlich ernst gemeint! Und es muss hinzugefügt werden, dass diese Idee an Tragik nicht zu überbieten ist! Gegen wen möchte man sich atomar verteidigen? Wie viele Atomraketen würden Deutschland oder Europa treffen, bevor eine einzige Richtung Russland (oder USA) gestartet wäre? Tatsächlich kann dieses Vorhaben vorsichtig formuliert als sehr ambitioniert bezeichnet werden.

Inzwischen argumentieren Kriegstreiber wieder ähnlich wie damals im Nationalsozialismus

Damit kommen wir zu der Frage des „totalen Krieges“ zurück: Was passiert hier? Auch wenn es Bündnisse des Westens (NATO) gegen Russland (und China) gibt, gehen die Perspektiven und Planungen längst in eine andere Richtung: jeder gegen jeden lautet die neue Devise! Am 8. Februar 2025 erschien bei T-online ein Interview mit dem Untertitel „Germany first“, in dem geschrieben wird: *„Die USA fallen unter Donald Trump als demokratische Führungsmacht in der Welt aus, [der Politologe] Timo Lochocki hat einen Ersatz im Sinn: Deutschland.“* Artikel und Aussagen von Politikern in diese Richtung gibt es derzeit viele. Mal sollen die USA von Deutschland, mal von der EU als Führungsmacht abgelöst werden. Aber diese Ambitionen tragen eine gewaltige Menge Konfliktpotential in sich.

Denn auch wenn es Bündnisse und Allianzen wie die NATO oder das EU-Projekt gibt, ist klar, dass hier jede Nation eigene Interessen vertritt und diese auch gegen die eigenen Verbündeten durchsetzt – egal ob innerhalb der NATO oder innerhalb der EU. Mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise wird der Ton rauer und es ist nicht auszuschließen, dass es in den nächsten Jahrzehnten zu einem größeren (wirtschaftlichen, politischen oder militärischen) Zusammenstoß oder Schlagabtausch zwischen den USA und Teilen der EU kommen wird. Es sind immerhin Zeiträume, die wir oder unsere Kinder noch erleben werden (soweit das große Gemetzel nicht vorher beginnt!) – Zeiträume, in denen wir als Kommunistinnen und Kommunisten denken, und die länger dauern, als eine Legislaturperiode im Parlament oder das Gedächtnis von Demenzkranken.

Was wir hier sehen sind weitreichende Kriegsvorbereitungen von allen Seiten für einen neues, weltweites Gemetzel, ein wirklich „totaler Krieg“, wo die Folgen noch weitaus fataler wären als damals. Gegen diese Kriegsvorbereitungen muss entschieden vorgegangen werden! Die Arbeiterklasse ist die einzige gesellschaftliche Kraft, die hierzu in der Lage ist. Dazu muss sie ihre eigene Schwäche überwinden und von der Defensive in den Gegenangriff gegen Staat und Kapital übergehen. Nur so können die Kriegsvorbereitungen – oder wenn es nicht dabei bleibt: der Krieg selber! – unterbrochen und beendet werden. Perspektivisch muss allerdings noch einen Schritt weiter nach vorne gegangen werden, um ein für allemal die Kriegsgefahr zu beseitigen und den Weg frei zu machen für eine klassenlose Gesellschaft – den Kommunismus!

Die „neue Weltordnung“ ist die Unordnung des Kapitalismus in der Krise

Seit Tagen, Monaten, Jahren der Krieg in der Ukraine, die Massaker im Nahen Osten, der Wahlsieg Trumps und seine unmittelbaren Folgen, die Krise in Deutschland und der Ausgang der Wahlen, der „Vormarsch der Rechten” überall, die festgestellte politische Nichtexistenz Europas, die immer intensiver werdende „Debatte“ über die europäische Aufrüstung und vieles mehr geben Anlass zu einem Sammelsurium unterschiedlichster und fantasievoller Überlegungen und Interpretationen: Eine ideologische Misere, die alles auf einen Kampf zwischen der „freien Welt“ und den „Autokratien“, zwischen „Progressiven“ und „Oligarchen“, kurz zwischen Gut und Böse reduziert – ein weiterer Ausdruck der Unfähigkeit, eine materialistische Analyse des Geschehens vorzunehmen.

Wie denjenigen, die uns folgen, inzwischen klar sein sollte, halten wir uns fern von politischer „Theatralik der Illusionen und Desillusionen“, von „Warum und Wozu“, von „Dynamiken der Wählerströme“, von „Was kommt als nächstes?“.

Die von den einen erdachte und von den anderen gefürchtete „neue Weltordnung“ ist nichts anderes als die Unordnung eines aufgeblähten und fettleibigen Kapitalismus in der Krise, der sich seit fünfzig Jahren durch Höhen und Tiefen, Aufschwünge und Zusammenbrüche kämpft, ohne einen anderen erkennbaren Ausweg als die Vorbereitung eines dritten weltweiten Konflikts.

Die rasante Beschleunigung, die die neue US-Regierung sofort in der Innen- und Außenpolitik durchgesetzt hat, ist nicht das Ergebnis des wahnsinnigen Machtwillens des Präsidenten und seiner Gefolgsleute. Hand in Hand mit der Entwicklung der strukturellen Krise der Überproduktion von Waren, Kapital und Menschen hat der US-Imperialismus seine Vorherrschaft in der Welt zugunsten anderer Imperialismen (ebenfalls „in der Krise“), die entweder im Laufe der Zeit wieder aufgebaut wurden (Deutschland, Japan...) oder erst entstanden und dann aufgetaucht sind (China, die BRICS...), schrittweise erodieren sehen. Das Aufeinandertreffen der Armeen Russlands und der Ukraine, die sich seit drei Jahren gegenüberstehen und von den NATO-Staaten in unterschiedlichem Maße wirtschaftlich und militärisch unterstützt werden, ist der Beweis für diesen „aufhaltbare Vormarsch“ des imperialistischen Kolosses USA (wir verweisen hier auf den Artikel „Der aufhaltbare Vormarsch der niederträchtigen ‘freien Welt’“ in der vorherigen Nummer dieser Zeitung). Dazwischen ist, wie schon immer seit 1945, der Scherbenhaufen Europa nichts weiter als ein in Bedrängnis geratener Wirtschaftsmarkt, geprägt von Zentrifugalkräften, die den Bedürfnissen der konkurrierenden nationalen Kapitale entsprechen, und alles andere als eine einheitliche politische Einheit! Die „Aggression gegen Europa“, die wir bereits 1949 identifiziert haben (siehe den gleichnamigen Artikel in unserem damaligen Organ Prometeo, Nr. 13) und über die wir mehrfach geschrieben haben, hat durch die verschiedenen Phasen der Kapitalakkumulation, die sich nach der Zerstörung des Zweiten Weltkriegs entwickelt haben, nie aufgehört; und heute erhält sie neue Kraft und eine neue Daseinsberechtigung, angetrieben durch die allgemeine Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Genau nach diesem Szenario wird ein neues weltweites Gemetzel vorbereitet [1].

Der 3. Weltkrieg wird bereits breit diskutiert

Wir haben immer wieder die Phantasterei in ihre Schranken verwiesen, die die Geschichte als Produkt des „Vollstreckers“ im Dienst ansieht. Die von der neuen US-Regierung angekündigten und praktizierten Maßnahmen, die die „schönen Seelen“ des demokratischen Geblöks der gesamten Welt so sehr empören und erschrecken, sind einerseits Ausdruck

der realen nationalen Bedürfnisse des Imperialismus, der heute immer noch am stärksten ist, wenn auch deutlich geschwächt im Vergleich zu den Szenarien von vor fünfzig Jahren; und andererseits die Auswirkung der demokratisch-reformistischen Politik, die angesichts des Fortschreitens der weltweiten Krise unschlüssig und unzureichend ist, außer in Form von offener antiproletarischer Repression. Gleichzeitig zeigen und demonstrieren diese Maßnahmen die unlösbare Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Rezepte zur „Überwindung der Krise“: Liberalismus/Protektionismus, Globalisierung/Nationalismus, die ewige Sackgasse Inflation-Deflation-Stagflation usw. So oder so, früher oder später setzen sich die Gesetze des Kapitals (das Streben nach Profit, die Notwendigkeit, die Akkumulation wieder in Gang zu setzen, die „goldene Regel“ der Konkurrenz zwischen den nationalen Kapitalen, das Gesetz der ungleichen Entwicklung...) durch und fordern die Quittung. Kredite müssen aufgenommen werden, Schulden müssen beglichen werden: vielleicht in Form von Edelmetallen für die Industrie und seltenen Erden... Und Europa mit seinen vielen Staaten hat viele Schulden bei den USA, die über Jahrzehnte angehäuft wurden und war Jahrzehnt für Jahrzehnt ein murrender, aber treuer Untertan. Genauso wie auf der anderen Seite Staaten wie China, Deutschland, Japan... Schulden bei den USA haben.

Die USA und die EU befinden sich bereits in einem Wirtschaftskrieg

In der Zwischenzeit und genau aus diesem Grund bewaffnet sich jeder, denn wenn diese Rezepte (Zölle, reale oder imaginäre Machtbeweise) nicht funktionieren (und wir sagen es offen: sie werden nicht funktionieren), nun, dann muss man zu den Waffen greifen und offene Gewalt und eine eiserne Faust einsetzen. In all diesen Jahren hat die Rüstungsindustrie nie aufgehört zu wachsen, der internationale Waffenhandel, ob offen oder unter der Hand, hat nie aufgehört, mit voller Kapazität zu arbeiten, und in allen mehr oder weniger aktuellen Konflikten waren die Giganten der Rüstungsindustrie an vorderster Front zu finden, auf beiden Seiten der Kriegsfronten. Die Automobilindustrie ist auffallend rückläufig, während die Rüstungsindustrie sprunghaft wächst – dafür muss es einen Grund geben! Und es ist bereits die Rede davon, unverkaufte SUVs in Panzer umzuwandeln.

Im armen Europa der vielen Staaten, eingeklemmt zwischen den USA, Russland und China, wird also zum x-ten Mal von einer einheitlichen, supranationalen Streitmacht gesprochen: Wird sie aus dem Hut des verrückten Hutmachers kommen? Wir bezweifeln es: vielleicht wird es nur eine zusammengeschusterte Neuauflage der NATO sein, die an den Bedürfnissen der nationalen Kapitale scheitern wird; oder aber es wird der Ausdruck des eisernen Fußes des stärksten Kapitals sein, das sich über Chaos und Unordnung erheben kann – und dann, ja dann werden wir Zeugen der realen Rückverwandlung der nationalen Ökonomien in Kriegswirtschaften, und wir werden von einem Tag auf den anderen mit dem Abfeuern der ersten Kanone rechnen müssen. Es ist kein Zufall, dass der künftige deutsche Bundeskanzler Merz erklärt, er wolle sich von der Unterwerfung unter die Vereinigten Staaten befreien, und mehr als eine Regierung beginnt, besorgt über den... Zustand ihrer Eisenbahnen nachzudenken – was im Hinblick auf kriegerische Mobilisierungen keine Kleinigkeit ist, wie es zu Beginn des Ersten und Zweiten Weltkriegs der Fall war.

Was ist also zu tun? Was soll getan werden? Was kann getan werden?

Im Moment scheint es, dass die Ketten, die unsere Klasse in den Organisationsformen der kapitalistischen Produktionsweise gefangen halten, unzerstörbar sind. Die Institutionen, durch die die Bourgeoisie ihre Diktatur ausübt, vor allem der Staat, schaffen es immer noch, die Menschen glauben zu machen, dass ihre partikulären Klasseninteressen die allgemeinen Interessen garantieren. Mit der Illu-

sion einer möglichen sozialen Umverteilung des durch die Ausbeutung der Arbeitskraft produzierten „Reichtums“, mit der Täuschung über die demokratische Verteidigung der Bedingungen der Ausbeutung der Arbeitskraft und mit all den anderen ideologischen Kunstgriffen, die den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit dämpfen, hat die Praxis des Reformismus die Jahrzehnte – fast ein Jahrhundert! – des konterrevolutionären Triumphs nach der Niederlage der internationalen kommunistischen Revolution dominiert, die nach dem Sieg des Roten Oktobers in Russland hätte entfesselt werden können. Der demokratische Reformismus, der sich in den verschiedensten Formen äußert, scheint die Kraft und den Antagonismus des internationalen Proletariats in einem solchen Maße vernichtet zu haben, dass er sogar die Sehnsucht nach einer anderen gesellschaftlichen Organisation und die Bereitschaft, dafür zu kämpfen, ausgelöscht hat, so dass er den modernen Klassenkampf an einen Punkt ohne Wiederkehr gebracht hat. Bereits 1848 warnte das Manifest der Kommunistischen Partei: *„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“* (MEW 4, S. 462)

Die großen Hauptkonkurrenten USA, China, EU, Russland

Dennoch, oder vielleicht gerade wegen dieses historischen Bewusstseins, wissen wir, dass die Explosion der tragischen Widersprüche, die aus der kapitalistischen Krise und deren Fortschreiten entstanden sind, die wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen der Reformismus sein Netz aus Lügen und Unterdrückung weben konnte, zum Einsturz bringen wird. Um ihre wirtschaftlichen (Löhne, Gehälter, Renten...) und sozialen (Wohnung, Gesundheit, Bewohnbarkeit der Stadtviertel, Umweltzerstörung...) Bedingungen in der unmittelbaren Zukunft zu verteidigen, und um den Krieg zu überleben (wie im Nahen Osten: Gemetzel an der Front, Massaker im Hinterland...), wird unsere Klasse gezwungen sein, den Kampf wieder aufzunehmen. Dieser Kampf wird sie schließlich dazu bringen, vielleicht sogar unbewusst, aber auf jeden Fall immer dank der Intervention und unter der Führung der revolutionären Partei, die bürgerliche Herrschaft in Frage zu stellen und schließlich zu stürzen.

Wir Kommunisten arbeiten, wie wir immer gearbeitet haben (selbst in den Jahren der dunkelsten Konterrevolution), damit der moderne Klassenkampf die Dämme der bürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse durchbrechen und Weg bis zum Ende gehen kann: bis zur Eroberung der Macht durch das Proletariat und ihrer exklusiven Ausübung.

Gegen die Kriege des Kapitals, gegen die imperialistische Ordnung von heute und morgen, gegen politischen und wirtschaftlichen, ethnischen und religiösen Opportunismus, gegen jede Manifestation des sogenannten „nationalen Sozialismus“, für die internationalistische und antinationale Identität und Einheit unserer Klasse, lasst uns den revolutionären Defätismus und die bewaffnete und kämpferische Verbrüderung der Proletarier, die alle Sprachen der Welt sprechen, vorbereiten und praktizieren.

Fußnoten:

[1] Die Unterwürfigkeit Europas gegenüber den USA zeigt sich auch ganz banal in der Übernahme des Trump'schen Slogans „Make America Great Again“ (MAGA), der, so der Gedanke der Ideologen zu Hause, zu „Make Europe Great Again“ (MEGA) wird! Zwischen MAGA und MEGA gibt es nur sehr wenig zu wählen!

Übersetzt aus: il programma comunista, März/April 2025

Mit Trump wird die Diktatur des Kapitals erneuert!

Wer hat die US-Wahlen wirklich gewonnen? Wir müssen uns zuerst fragen, wer sie verloren hat. Wenn wir aber mit der Lupe suchen, sehen wir keine Verlierer, sondern nur die einzelnen Politiker, die die gewünschten Ämter und Sitze nicht bekommen haben und durch andere einzelne Politiker ersetzt wurden, die sie tatsächlich bekommen haben. Ist das alles? Ja, das große Ereignis, das im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit steht, läuft im Grunde darauf hinaus. Schon lange vor dem Ausgang der US-Wahlen hatten sich die großen Investmentfonds von einer Reihe strategischer Maßnahmen abgewandt, die nicht die erhofften Erfolge brachten: Man denke an den green deal oder die gender fluid Politik, die den Unternehmen auferlegt wurde und die zu Image- und damit Umsatzeinbrüchen geführt hatte, indem man sich weitaus geschickter an den Investitionsmöglichkeiten orientierte, die von dieser Paarung des aggressiven „Trump-Musk"-Wahnsinns versprochen wurden.

Das US-Kapital, dem es an neuen glaubwürdigen Ideen und praktikablen Lösungen für die Krise mangelt, die sich dort wie überall sonst abzeichnet, wendet sich schnell von den alten demokratischen Zügen, der Gutmütigkeit der Gates-Linie ab, die es seit etwa zwanzig Jahren auszeichnete. Aber dies war ohnehin nur ein Facelifting, das mehr Probleme als Lösungen geschaffen zu haben scheint. Die Welt muss es wissen und sich anpassen: Welcher Anlass wäre besser geeignet als die US-Wahlen? Musk bringt frischen Wind, die Implementierung der Satellitenflotte, den Trumpf, eine eigene Infrastruktur zu schaffen und das Finanzkapital unter neuen Formen, neuen Modalitäten zu regenerieren, neue Zweckmäßigkeiten, neue Geschwindigkeiten, neue Mittel der sozialen Kontrolle, und mit der arroganten Gewissheit, die Vorherrschaft der schwächelnden US-Dominanz zu erhalten. Trump lässt es zu (oder verspricht es?), dass das System des Gleichgewichts auf neue Kräfte umgestellt wird, die sich von den bisherigen, instabil gewordenen unterscheiden, damit das Finanzmonster seine letzten Angriffe starten kann. Russlands Vorstoß in Richtung China, der sich mit dem Ukraine-Konflikt beschleunigt hat, ist zu gefährlich. Um ihn einzudämmen oder zumindest zu verlangsamen, ist es jedoch notwendig, den ungeschickten Bauern Selenskyj loszuwerden. Vor den Augen der Welt lässt Trump die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen und fegt mit einem Fingerschnippen die honigsüße Partnerschaft der alten Administration mit dem Präsidenten-Spielfigur Selenskyj, einem Opfer des Bösewichts Putin, hinweg. Damit stellt er die neue programmatische und strategische Linie wieder her, die im Wahlkampf vorweggenommen wurde, und verlangt die Rückzahlung der Schulden in strategischen Rohstoffen. Mögliche Vorbereitungen auf einen Krieg mit China ohne die russisch-chinesische Achse?

Das Musk-Trump-Duo präsentiert sich als bester Kutscher für einen Wagen, in dem die gesamte globale herrschende Klasse sitzt und dessen Fahrtrichtung von den Gesetzen eines Wirtschaftssystems gelenkt wird, das das Leben des internationalen Proletariats verachtet: Ja, denn genau diese Klasse, die Mehrheit der Menschheit, ist es, die diesen Wagen zieht und erschöpft in Stücke gerissen wird! Das US-Kapital, das in einem Flickenteppich von Investmentfonds und Großkonzernen konzentriert ist, kann sich den von den Demokraten verursachten allgemeinen Zustand nicht leisten. Der US-Imperialismus braucht eine effiziente und wirksame staatliche Struktur, um seine durch die Wirtschaftskrise erodierte Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, aus der mögliche Mächte und Konzentrationen konkurrierender Mächte hervorgehen, die das Hohelied des Multipolarismus singen. Der kollektive nordamerikanische Kapitalist hofft, durch eine Hyperentwicklung

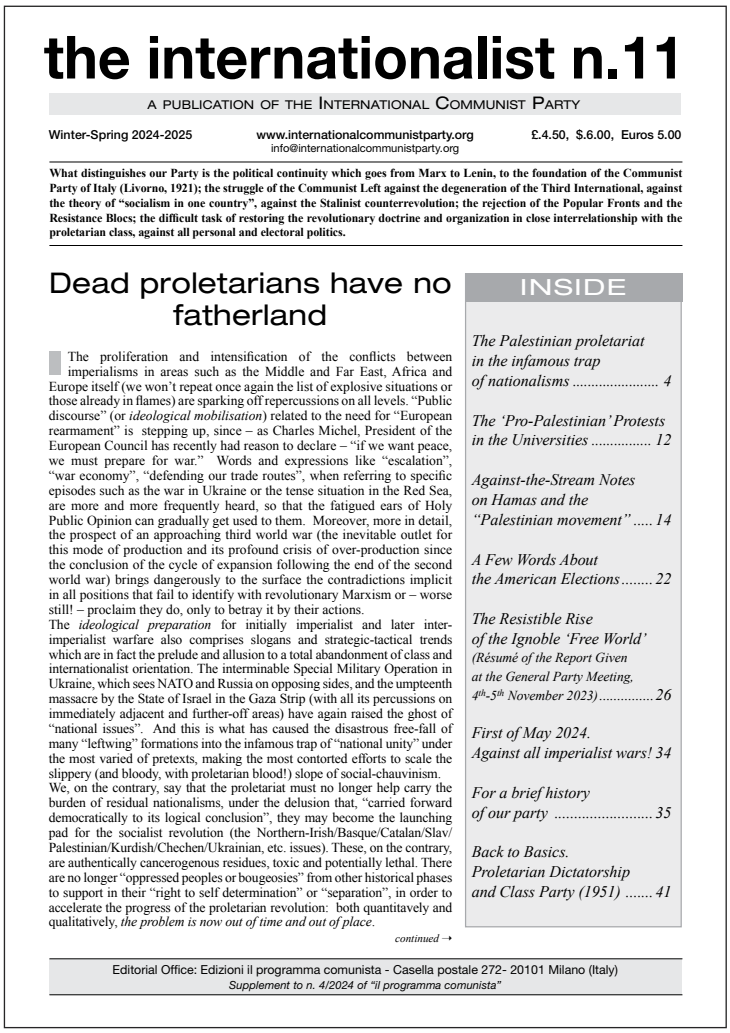
Wer von den beiden Kandidaten kann die Interessen des US-Kapitals besser vertreten?

Trump wurde auch gewählt, um den lästigen Bettler Selenskyj loszuwerden, der gerade den Krieg verliert

neuer Technologien, die eine rasche Umstrukturierung des Finanzsystems unterstützen, jene Weltherrschaft aufrechterhalten zu können, die die Demokraten-Marionetten nicht aufrechterhalten konnten.

Wie üblich war die Wahl eine Farce, ein scheinbarer Krieg zwischen Wählergruppen, bei dem das Aufeinanderprallen von Anhängern die Illusion eines allgemeinen Interesses aufrechterhält. Das Bild der Vorstandsvorsitzenden aller Konzerne, besonders derjenigen, die in der High-Tech „konkurrieren", die sich in der Eröffnungszeremonie hinter dem „neuen Präsidenten" aufreihten, spricht Bände: wer befiehlt wem?... und, im Hinblick auf den menschlichen und spontanen Widerstand des Proletariats, das vom Ziehen des Wagens müde und ungeduldig ist und gegen die tägliche Versklavung rebelliert, wer hat das Sagen: der Mikrochip oder die künstliche Intelligenz? Wohl beides!

Übersetzt, März 2025



the internationalist n.11

A PUBLICATION OF THE INTERNATIONAL COMMUNIST PARTY

Winter-Spring 2024-2025 www.internationalcommunistparty.org info@internationalcommunistparty.org £.4.50, $.6.00, Euros 5.00

What distinguishes our Party is the political continuity which goes from Marx to Lenin, to the foundation of the Communist Party of Italy (Livorno, 1921); the struggle of the Communist Left against the degeneration of the Third International, against the theory of "socialism in one country", against the Stalinist counterrevolution; the rejection of the Popular Fronts and the Resistance Blocs; the difficult task of restoring the revolutionary doctrine and organization in close interrelationship with the proletarian class, against all personal and electoral politics.

Dead proletarians have no fatherland

The proliferation and intensification of the conflicts between imperialisms in areas such as the Middle and Far East, Africa and Europe itself (we won't repeat once again the list of explosive situations or those already in flames) are sparking off repercussions on all levels. "Public discourse" (or *ideological mobilisation*) related to the need for "European rearmament" is stepping up, since – as Charles Michel, President of the European Council has recently had reason to declare – "if we want peace, we must prepare for war." Words and expressions like "escalation", "war economy", "defending our trade routes", when referring to specific episodes such as the war in Ukraine or the tense situation in the Red Sea, are more and more frequently heard, so that the fatigued ears of Holy Public Opinion can gradually get used to them. Moreover, more in detail, the prospect of an approaching third world war (the inevitable outlet for this mode of production and its profound crisis of over-production since the conclusion of the cycle of expansion following the end of the second world war) brings dangerously to the surface the contradictions implicit in all positions that fail to identify with revolutionary Marxism or – worse still! – proclaim they do, only to betray it by their actions.
The *ideological preparation* for initially imperialist and later inter-imperialist warfare also comprises slogans and strategic-tactical trends which are in fact the prelude and allusion to a total abandonment of class and internationalist orientation. The interminable Special Military Operation in Ukraine, which sees NATO and Russia on opposing sides, and the umpteenth massacre by the State of Israel in the Gaza Strip (with all its percussions on immediately adjacent and further-off areas) have again raised the ghost of "national issues". And this is what has caused the disastrous free-fall of many "leftwing" formations into the infamous trap of "national unity" under the most varied of pretexts, making the most contorted efforts to scale the slippery (and bloody, with proletarian blood!) slope of social-chauvinism.
We, on the contrary, say that the proletariat must no longer help carry the burden of residual nationalisms, under the delusion that, "carried forward democratically to its logical conclusion", they may become the launching pad for the socialist revolution (the Northern-Irish/Basque/Catalan/Slav/Palestinian/Kurdish/Chechen/Ukrainian, etc. issues). These, on the contrary, are authentically cancerogenous residues, toxic and potentially lethal. There are no longer "oppressed peoples or bougeosies" from other historical phases to support in their "right to self determination" or "separation", in order to accelerate the progress of the proletarian revolution: both quantitavely and qualitatively, *the problem is now out of time and out of place*.

continued →

INSIDE

The Palestinian proletariat in the infamous trap of nationalisms 4

The 'Pro-Palestinian' Protests in the Universities 12

Against-the-Stream Notes on Hamas and the "Palestinian movement" 14

A Few Words About the American Elections 22

The Resistible Rise of the Ignoble 'Free World' (Résumé of the Report Given at the General Party Meeting, 4th-5th November 2023) 26

First of May 2024. Against all imperialist wars! 34

For a brief history of our party 35

Back to Basics. Proletarian Dictatorship and Class Party (1951) 41

Editorial Office: Edizioni il programma comunista - Casella postale 272- 20101 Milano (Italy)
Supplement to n. 4/2024 of "il programma comunista"

the internationalist
Nr. 11 • 2024/2025

Jetzt bestellen oder online als PDF lesen!

Der Kampf gegen den Krieg erfordert den Kampf gegen den Opportunismus

Der folgende Artikel basiert auf einem Referat, welches wir auf unserer Veranstaltung „110 Jahre Zimmerwalder Konferenz und der Kampf Lenins gegen den Opportunismus“ am 10. Januar 2025 in Berlin gehalten haben. Er erklärt, warum wir angesichts der Zuspitzung der Kriegsentwicklung nicht das breiteste politische Bündnis, sondern die größte politische Klarheit propagieren, um die Grundlagen für einen erfolgreichen und revolutionären Kampf gegen den Krieg zu schaffen. Heute geht die mangelnde Widerständigkeit der Arbeiterklasse gegen die offene Kriegsfähigmachung des deutschen Imperialismus einher mit einer maximalen Konfusion der Linken des Kapitals und der für den Opportunismus typischen Einheit von (pseuo-)radikalen, abstrakt richtigen aber konkret kriegsunterstützenden Positionen. Während wir davon ausgehen, dass die zwangsläufig mit der Kriegsfähigmachung verbundenen sozialen Angriffe die Arbeiterklasse in Bewegung setzen und die praktische Grundlage des revolutionären Defätismus schaffen wird, müssen wir mit der Bekämpfung des Opportunismus die politischen Voraussetzungen schaffen.

Der Marxismus ist so ziemlich in Allem das Gegenteil von dem, was in „der Linken“ vorherrschend (bzw. angesichts der wechselnden Moden gerade angesagt) ist. Mit „der Linken“ ist hier natürlich die Linke des Kapitals, die bürgerliche Linke gemeint, die sich – wenn sie es überhaupt in Erwägung zieht – nur auf einen verfälschten Marxismus berufen kann. Der politische Unmittelbarkeitsfetisch und die zum Maßstab erhobene individuelle Subjektivität sind ihre Leitsterne – also Individualismus und Idealismus, die typischen Merkmale der bürgerlichen Ideologie.

Nur durch diese Brille können sie auch den Marxismus interpretieren bzw. vielmehr diffamieren. Die invariante und monolithische Lehre des Marxismus empfinden sie als eine monströse „Heilslehre“, die allenfalls in Einzelteile zerlegt genießbar ist. Und Lenin – natürlich: Ein taktisch gewiefter Machtpolitiker, für den der Zweck jedes Mittel billigte.

Die verinnerlichten Bilder bürgerlicher Politik werden auf die Kommunisten projiziert, während die eigenen – vermeintlich emanzipatorischen – Analysen nichts als eine evolutionistische Fortschreibung der kapitalistischen Demokratie darstellen. Doch mit den politisch-ideologischen Konzepten von Vorgestern kann die Linke des Kapitals weder eine neue Welt erreichen, noch die heutige, im Niedergang befindliche, erklären. Allerdings erfordert der sich aktuell entwickelnde imperialistische Weltkrieg nichts mehr als eine solche Erklärung und für das Proletariat eine revolutionäre Perspektive.

Wir werden im Folgenden Lenins marxistische Herangehensweise an die Analyse des Krieges und seinen politischen Kampf gegen den Ersten Weltkrieg an der Spitze der Zimmerwalder Linken darstellen. Ein Kampf, der fester Bestandteil einer revolutionären Strategie und Taktik war, die in der siegreichen Oktoberrevolution mündete.

Lenins Analyse des ersten imperialistischen Weltkrieges

Lenin – nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 im Exil in der Schweiz – schreibt dort einen zusammenfassenden Aufsatz über Marx und den Marxismus, nimmt an den internationalen sozialistischen Debatten und der Vorbereitung und Durchführung der Zimmerwalder Konferenz teil, wirkt in der Schweizer Arbeiterbewegung und nutzt die Berner Bibliothek für grundlegende Untersuchungen zur materialistischen Dialektik. Dieser Lenin war alles andere als ein „taktischer Pragmatiker“. Er nutzte die Methode der Aneignung und Verteidigung des Marxismus, um die neuen imperialistischen Phänomene zu erklären, die Bedeutung des Weltkrieges zu verstehen und einen revolutionären Kampf gegen das Kriegssystem zu führen.

Lenin war von 1914 bis 1917 im Schweizer Exil

Wie verräterisch war stattdessen die Herangehensweise der damals führenden sozialistischen Parteien an diese Frage, die mit verlogenen Analogieschlüssen zum 19. Jahrhundert die Arbeiterklasse an der Seite des Kapitals in den Krieg führten. Wie armselig ist die heutige linksbürgerlich / anarchistische Herangehensweise an den Krieg z.B. in der Ukraine, die vom vermeintlichen Individuum ausgeht (Schuld ist der „Aggressor Putin“ und Maßstab ist, was „die Angegriffenen“ wollen).

Der Marxismus analysiert demgegenüber dialektisch-materialistisch die wesensbestimmenden Elemente des Krieges aus der Epoche der historischen Entwicklung, die bestimmt ist durch den ökonomischen Reifegrad und die wirkenden Klassenkräfte.

Lenin stellte diese Herangehensweise grundlegend in seinem im Februar 1915 in der Schweiz geschriebenen Artikel „Unter fremder Flagge“ dar:

„Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt. Nur auf dieser Grundlage, d.h., wenn wir in erster Linie die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener ‘Epochen’ (nicht aber einzelne Episoden in der Geschichte einzelner Länder) in Betracht ziehen, können wir unsere Taktik richtig aufbauen; und nur die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als Basis für die Beurteilung der mehr ins Einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen. (…) Die erste Epoche, von der Großen Französischen Revolution bis zum Deutsch-Französischen Krieg, ist die Epoche des Aufstiegs und des vollen Sieges der Bourgeoisie. Es ist dies die aufsteigende Linie der Bourgeoisie, die Epoche der bürgerlich-demokratischen Bewegungen im allgemeinen und der bürgerlich-nationalen im besonderen, die Epoche, in der die überlebten feudal-absolutistischen Institutionen rasch zerbrochen werden. Die zweite Epoche ist die Epoche der vollen Herrschaft und des Niedergangs der Bourgeoisie, die Epoche des Übergangs von der fortschrittlichen Bourgeoisie zum reaktionären und erzreaktionären Finanzkapital. Es ist dies die Epoche der Vorbereitung und langsamen Kräftesammlung seitens der neuen Klasse, der modernen Demokratie. Die dritte, eben erst anbrechende Epoche bringt die Bourgeoisie in die gleiche ‘Lage’, in der die Feudalherren während der ersten Epoche gewesen sind. Es ist dies die Epoche des Imperialismus und der imperialistischen wie auch der durch den Imperialismus ausgelösten Erschütterungen.“ (Lenin Werke Band 21, S. 134f.) Und er stellte fest: *„Der empörende Sophismus, das unerträglich Verlogene in der Argumentation sowohl von A. Potressow als auch von Kautsky liegt nun gerade darin, dass sie an Stelle der Bedingungen der heutigen (dritten) Epoche die Bedingungen der vorgestrigen (ersten) Epoche unterschieben.“* (ebenda)

Als Beispiel, wie sich der Opportunismus auch heute noch dieser Methoden bedient, sei auf den „Marx-Forscher“ Timm Graßmann verwiesen, der in einem Interview im ND *„mit Marx für Waffenlieferungen“* an die Ukraine argumentierte, indem er unhistorisch ein *„genuin Marx'sches Verständnis des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen“* konstruiert und behauptet *„von welch großer Bedeutung schon für Marx die gleiche Frage (!) war, mit der wir uns seit dem 24. Februar 2022 befassen müssen. Wie geht man mit einem autokratischen russischen Imperium um, das gezielt die emanzipatorischen Bestrebungen in Osteuropa zerstört“*, um dann von der theoretischen Verklärung der

Zeitenwende-Apologetik zum nackten Sozialchauvinismus zu gelangen: *„Heute haben viele Anarchisten viel besser auf die russische Aggression reagiert als viele Leute, die den Namen Marx im Mund führen und die über Russlands Angriffskrieg einfach schweigen oder ihn entweder ganz offen gutheißen oder indirekt unterstützen, indem sie dazu aufrufen, die militärische Hilfe für die Ukraine ganz einzustellen.“* (ND vom 30.11./1.12.2024)

Russische Soldaten beteiligen sich unter der Führung der Bolschewiki an der Oktoberrevolution

Der Marxismus leitet seine politische Position nicht aus den unmittelbaren Erscheinungen ab, sondern aus der Analyse und dem Antizipieren der realen Entwicklung.

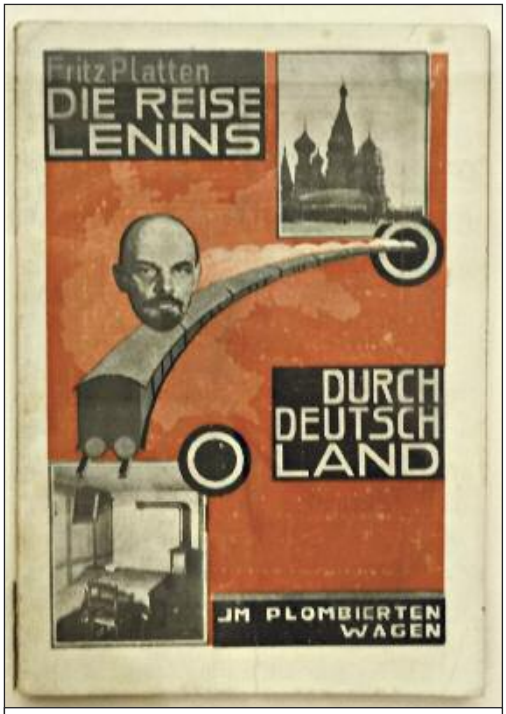
Anders die Opportunisten, die die konkreten Ereignisse separierend betrachten (Ukraine, Palästina, Kurdistan), von falschen historischen Bezügen ausgehen (Antifaschismus, Antikolonialismus), die ideologischen Verbrämungen der Kriege überbewerten und letztendlich ihr Bündnis mit der Bourgeoisie mit der Logik des „kleineren Übels“ bemänteln.

So die ukrainische Kriegsunterstützung, um „Teil der demokratischen Entwicklung“ zu bleiben, die vermeintlich wirkungsmächtige Konstruktion eines internationalen Antiimperialismus oder ersatzdiplomatische Spielereien (von der abstrakten Berufung auf das Völkerrecht bis zu konkreten Bemühungen für eine demokratische Regulierung der Rüstungsproduktion und -distribution). Es kann uns aber nicht um einen abstrakten allgemeinen Frieden und bürgerliche Demokratie gehen.

Hier sei als Beispiel die klassische Friedensbewegung angeführt, die sich nostalgisch auf Willy Brandt beruft und die Schimäre einer „Tradition der Politik der europäischen Zusammenarbeit und Entspannung“ von Rapallo 1922 bis zu den Ostverträgen Brandts 1972 konstruiert, die in Wirklichkeit nur eine imperialistische „Friedenspolitik“ war, die neue Kriege vorbereitet hat.

Der Aufruf zur Friedensdemonstration am 25.11.2024 beklagte dementsprechend: *„Anstatt auf Frieden und Demokratie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen, auch in Kriegsgebiete“*. Auch die MLPD, die sich bemüßigt fühlt, eine „neue Friedensbewegung“ aufzubauen und in typisch maoistisch-stalinistischer Manier davon träumt, *„unmittelbar Massen zu bewegen und zu führen“*, propagiert eine Realpolitik, die politische Illusionen schürt und den systemischen Charakter des Krieges negiert, wenn sie behauptet: *„Der Aktive Widerstand braucht ein Programm mit klaren Forderungen“* und imaginär völkerrechtlich fordert: *„Russische Reparationen für alle Kriegsschäden und unnachgiebige Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen! Militärische Neutralität der Ukraine und eine entmilitarisierte Zone an der Grenze zwischen Ukraine und Russland!“* (Zitate aus: Stefan Engel u.a.: Der Ukrainekrieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems).

Demgegenüber stellte schon Lenin in einem Brief an die im September 1915 in Zimmerwald gebildete Internationale Sozialistische Kommission fest: *„Wir können und dürfen uns nicht in die Pose von ‘Staatsmännern’ werfen und ‘konkrete’ Friedensprogramme aufstellen. Im Gegenteil, wir müssen den Massen das Trügerische aller Hoffnungen auf einen demokratischen Frieden (ohne Annexionen, Gewalt und Raub) ohne Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes klarmachen. (...) Natürlich ist der Kampf für den Sturz des Imperialismus schwierig, doch die Massen müssen die Wahrheit über den schwierigen, aber notwendigen Kampf kennen. Die Massen dürfen nicht durch die Hoffnung auf einen Frieden ohne Beseitigung des Imperialismus eingelullt werden.“* (LW 21, S.379f.)



Bericht des Schweizer Kommunisten über Lenins Rückfahrt nach Russland

Nur auf dieser Grundlage kann es eine maximal konkrete und zielgerichtete politische Praxis geben. Für Lenin gab es keine abstrakte Antikriegsposition, sondern nur die unmittelbare Verbindung des Kampfes gegen den Krieg mit dem Klassenkampf. D.h. der Kampf der Arbeiterklasse gegen die sozialen Angriffe als Folge des Krieges, die Ablehnung der imperialistischen Logik und letztendlich die revolutionäre Dynamik. Dies ist die einzig richtige Politik des revolutionären Defätismus, d.h. der Bruch mit dem sozialen Frieden, Kampf ohne Rücksicht auf die Kriegsanforderungen, für die Niederlage der „eigenen" Bourgeoisie. Welche Unklarheit in dieser Frage auch angesichts des sozialchauvinistischen Antifaschismus herrscht, wird an Antikriegsäußerungen aus der vermeintlich radikalen Linken deutlich. So wurde von einem sich positiv auf die Tradition von Zimmerwald beziehendem „AK Beau Séjour" Ende 2024 ein Sammelband mit Texten zum „Ukrainekrieg als Klassenkonflikt" herausgegeben und in mehreren Veranstaltungen vorgestellt. In einem für diesen Kreis programmatischen Artikel „Don't walk in line" wird dort auf die Frage des revolutionären Defätismus eingegangen: *„Momentan agieren wir als Linke aus einer Position der Schwäche, da keine verlässlichen Strukturen der Klassenpolitik existieren. Dadurch rücken die Möglichkeiten von Aktionsformen des revolutionären Defätismus, wie sie im Ersten Weltkrieg durchgeführt wurden, in weite Ferne. Wenn die slowakischen Genoss:innen von Karmina in den insurgent notes fragen, ob ukrainische Linke als Defätist:innen die Luftabwehr sabotieren sollen, verweisen sie zurecht auf die Schwäche von abstrakten Defätismus-Forderungen, die die realen Kräfteverhältnisse ignorieren. Die Sabotage des eigenen Militärs im Krieg wird erst sinnvoll, sobald eine revolutionäre Linke ausreichend Stärke und internationale Wirkungsmächtigkeit entfaltet."* (AK Beau Séjour: Sterben und Sterben lassen, S. 110) Nicht nur, dass hier in der sozialchauvinistischen Logik der Kriegsunterstützung verharrt wird, die auf dem banalen Zirkelschluss des „wenn der Feind schießt muss ich auch schießen" beruht, der ja gerade mit dem Verweis auf den Klassencharakter des Krieges und die potentiell dritte, die proletarische Front des Krieges aufgebrochen werden muss, die Autoren verbleiben auch in ihrem Verständnis bzw. Unverständnis des revolutionären Defätismus in der nationalistischen Logik. Revolutionärer Defätismus ist aber nicht militärische Sabotage der einen Seite zum vermeintlichen Vorteil der anderen, sondern der politische Ausdruck des vorhandenen Klassenantagonismus auf beiden Seiten! Das Kapital führt den Krieg auf Kosten der Arbeiterklasse (ökonomisch und existenziell) und die Arbeiterklasse muss dagegen für ihr Lebensrecht kämpfen, sich gegen jede vermeintlich gemeinsamen Interessen mit der „eigenen" Bourgeoisie wenden und den Klassenkampf ohne Rücksicht auf die kapitalistische (Kriegs-)Logik führen.

Lenin hatte in dem oben schon zitierten Brief an die ISK feststellt: *„Ohne Verbindung mit dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats ist der Kampf für den Frieden nur eine pazifistische Phrase sentimentaler oder das Volk betrügender Bourgeois."* (LW 21, S.379) Und er richtete sich auch gegen die Opportunisten in der Zimmerwalder Bewegung: *„Welche Argumente wurden nun von den Schwankenden gegen uns ins Feld geführt? Die Deutschen gaben zu, dass wir revolutionären Schlachten entgegengehen, aber – sagten sie – solche Dinge wie Verbrüderung in den Schützengräben, politische*

Streiks, Straßendemonstrationen und Bürgerkrieg dürfe man nicht in alle Welt ausposaunen. Das tue man, aber davon spreche man nicht. Und andere fügten hinzu, das sei Kinderei, das sei Blendwerk. (…) Ihr folgt dem schlechten Beispiel Kautskys, antworteten wir den Deutschen: In Worten bekennt ihr euch zur kommenden Revolution, faktisch aber verzichtet ihr darauf, den Massen offen von der Revolution zu sprechen, sie dazu aufzurufen und ganz konkret die Kampfmittel anzugeben, die von der Masse im Verlauf der Revolution erprobt und als richtig anerkannt werden. (…) Entweder sind wir wirklich fest davon überzeugt, daß der Krieg in Europa eine revolutionäre Situation schafft, dass die ganze ökonomische und sozial-politische Lage der imperialistischen Epoche zur Revolution des Proletariats führt. Dann ist es unsere unbedingte Pflicht, den Massen die Notwendigkeit der Revolution klarzumachen, zur Revolution aufzurufen, die entsprechenden Organisationen zu schaffen und ohne Scheu ganz konkret über die verschiedenen Methoden des gewaltsamen Kampfes und über seine 'Technik' zu sprechen. Diese unsere unbedingte Pflicht ist nicht davon abhängig, ob die Revolution genügend stark sein und ob sie im Zusammenhang mit dem ersten oder mit dem zweiten imperialistischen Krieg ausbrechen wird." (LW 21, S. 396f.)

Wie treffgenau und historisch korrekt Lenins Position war, zeigt sich auch an seiner Haltung zum antikolonialen Kampf. Es geht nicht allgemein um einen Frieden ohne Annexionen, sondern um die Weiterführung auch des (bürgerlich-)revolutionären Prozesses, das nationale Selbstbestimmungsrecht entsprechend der historisch-geografischen Epoche.

„Die wichtigste der 'Friedensfragen' ist gegenwärtig die der Annexionen. Und gerade in dieser Frage tritt die heute herrschende 'sozialistischen' Heuchelei am deutlichsten zutage und werden andererseits die Aufgaben der wirklich sozialistischen Propaganda und Agitation klar. (…) Der Begriff der Annexion ist mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aufs engste verbunden. (…) Es genügt nicht, wenn ein Sozialist, ganz gleich welcher Nation, in Worten die Gleichberechtigung der Nationen anerkennt, wenn er schwört und hoch und heilig versichert, gegen Annexionen zu sein. Jeder Sozialist ist vielmehr verpflichtet, sofort und unbedingt die Freiheit der Lostrennung der Kolonien und Nationen zu fordern, die von seinem eigenen 'Vaterland' unterdrückt werden."

Gegen die Position der deutschen Linken um Rosa Luxemburg, die behaupteten, dass es in der Ära des entfesselten Imperialismus keine nationalen Kriege mehr geben kann, liefert Lenin auch hier die konkrete historisch materialistische Einordnung. In seiner Polemik gegen Radek, der damals die gleiche Position vertrat wie Rosa Luxemburg, erklärte Lenin die marxistische Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen: *„Erstens ist es Gen. P(arabellum, Radeks Pseudonym), der rückwärts und nicht vorwärts schaut, wenn er, seinen Feldzug gegen die Übernahme 'des Ideals des Nationalstaates' durch die Arbeiterklasse eröffnend, seine Blicke auf England, Frankreich, Deutschland und Italien richtet, d.h. auf Länder, wo die nationale Befreiungsbewegung in der Vergangenheit liegt, und nicht auf den Osten, auf Asien, Afrika, die Kolonien, wo diese Bewegung nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart und in der Zukunft liegt."* (LW 21, S.412) Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen war für Lenin also kein allgemeines, überhistorisches Prinzip, sondern an eine bestimmte Stufe der kapitalistischen Entwicklung gebunden. *„Im Namen dieses Rechts, dessen aufrichtige Anerkennung der Sozialismus fordert, müssen die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen die Freiheit der Absonderung für die unterdrückten Nationen fordern, – weil widrigenfalls die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und der internationalen Solidarität der Arbeiter tatsächlich nur eine hohle Phrase, nur eine Heuchelei bliebe. Die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen aber müssen die Forderung nach Einheit und Verschmelzung der Arbeiter der unterdrückten Nationen als Hauptsache betrachten, - weil widrigenfalls diese Sozialdemokraten unwillkürlich zu Verbündeten dieser oder jener nationalen Bourgeoisie werden."* (ebenda, S,416f.) Abschließend stellte Lenin fest: *„Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht, d.h. die Unabhängigkeit, d.h. die Freiheit der Separation der unterdrückten Nationen nicht deshalb, weil wir von der wirtschaftlichen Zerstückelung oder vom Ideal der Kleinstaaten träumen, sondern im Gegenteil, weil wir Großstaaten und die Annäherung, ja Verschmelzung der*

Nationen wünschen, aber auf wahrhaft demokratischer, wahrhaft internationalistischer Grundlage, die ohne die Freiheit der Separation undenkbar ist.“ (ebenda, S.420f.) Der vielfältige Missbrauch der nationalen Frage durch den Opportunismus beruht in ihrer unhistorischen Betrachtung. Die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus und der weltweite Abschluss der bürgerlich-revolutionären Phase haben heute eine Situation geschaffen, in der auch die Reste der nationalen Unterdrückung (z.B. in Kurdistan oder Palästina) nur im Rahmen der proletarischen Revolution gelöst werden können. Der klassenübergreifende Inhalt der nationalen demokratischen Revolution hat angesichts des Verrats der nationalen Bourgeoisien – als Ausdruck der weltweiten Dominanz des Klassenwiderspruchs – seine Grundlage verloren. Als aktuelle Beispiele seien hier nur die Kollaboration der korrupten palästinensischen Kompradoren- und Lumpenbourgeoisie mit Israel und den reaktionären arabischen Regimen und ihr Terror gegen das eigene Proletariat oder der Versuch der kurdischen politischen Bourgeoisie, sich dem neuosmanischen türkischen Imperialismus anzudienen, genannt.

Die Zimmerwalder Bewegung

Wenn man sich die Resolutionen der Internationalen Sozialisten-Kongresse 1907 in Stuttgart und 1912 in Basel ansieht und den schmählichen Verrat dieser Internationale im August 1914 kennt, so ist die damalige inhaltliche Klarheit über den drohenden Weltkrieg erstaunlich.

„Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. (...) Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“ (Resolution des Internationalen Sozialisten-Kongresses zu Stuttgart 1907)

„Der Kongreß stellt fest, dass die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtigen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen. Er fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sie selbst den Krieg entfesseln können, sie mögen sich daran erinnern, dass der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune im Gefolge hatte...“ (Manifest des Internationalen Sozialisten-Kongresses zu Basel 1912)

Der Tagungsort der Zimmerwalder Konferenz 1915

Diese klare sozialistische Haltung, dass entweder die proletarische Revolution den Krieg verhindert oder der Krieg sie hervorbringt, wurde durch den antifa-

schistischen Sozialchauvinismus im Zweiten Weltkrieg auf den Kopf gestellt wurde. Als eine dementsprechende Sumpfblüte sei hier kurz auf ein Antikriegsflugblatt einer in dieser Tradition stehenden österreichischen K-Gruppe hingewiesen, die erklärte: *„Der Deutsch-Französische Krieg führte 1871 zur proletarischen Revolution und Pariser Kommune. Der 1. Weltkrieg brachte die proletarische Revolution in Russland 1917 und die revolutionären proletarischen Aufstände in Deutschland und Österreich-Ungarn 1918. Der 2. Weltkrieg endete mit dem Einmarsch der Roten Armee der Sowjetunion in Berlin und Wien. Auch ein kommender zwischen-imperialistischer Krieg kann nur durch eine proletarische Revolution gestoppt werden."* (IA.RKP-Flugi vom 16. Februar 2022).

Hier wird der revolutionär-defätistische Klassenkampf des Proletariats im Kontext der Oktoberevolution mit der militärischen Aktivität eines am imperialistischen Krieg beteiligten Staates gleichgesetzt. Dass der militärische Sieg des kapitalistischen Russland 1945 nicht die proletarische Revolution befördert, sondern die Stabilität des kapitalistischen Weltsystems gesichert hat, zeigte sich doch in der nur vom antikolonialen Aufbruch in der „Dritten Welt" unterbrochenen politischen Nachkriegsstabilität mehr als deutlich.

Nachdem sich 1914 die meisten Sozialistischen Parteien ihren kriegsführenden Regierungen angeschlossen hatten (Ausnahmen waren u.a. Serbien, Italien, die neutrale Schweiz und natürlich die Bolschewiki) führte das Internationale Sozialistische Büro (ISB) nur noch eine Scheinexistenz, fanden internationale Kongresse nur noch innerhalb der Kriegsblöcke statt (in London und Wien).

Den Auftakt für wieder wirklich internationale Verbindungen zwischen den sozialistischen Parteien auf Grundlage der formal noch gültigen Kongress-Beschlüsse herzustellen, machte im September 1914 in Lugano eine italienisch-schweizerische Konferenz. Versuche das ISB dafür zu nutzen blieben ergebnislos. So wurde im Juli 1915 italienisch-schweizerische Vorgespräche für eine Konferenz aller Organisationen und Gruppen geführt, die gewillt sind, den Kampf gegen den Krieg aufzunehmen. Als Ziel der Konferenz wurden gemeinsame Friedensaktionen definiert, die Bildung einer neuen Internationale aber ausgeschlossen.

Zu der Konferenz, die dann vom 5.-8. September 1915 in Zimmerwald mit 38 Delegierten aus 11 europäischen Ländern stattfand, wurde eine gemeinsame Erklärung der deutschen und französischen Delegation als Grundlage genommen. Auch Lenin hatte im Juli 1915 für die Konferenz einen Resolutionsentwurf der linken Sozialdemokraten geschrieben, der an die Linken der verschiedenen Länder mit der Bitte versandt wurde, ihre Bemerkungen oder eigenen Entwürfe zu schicken.

In der von Adolf Hoffmann, Georg Ledebour, A. Merrheim und A. Bourderon vorgelegten Erklärung war zu lesen:

„Wir erklären, dass wir das Ende des Krieges durch einen nahen Frieden wollen, der kein Volk und keine Nation vergewaltigt dass wir niemals Eroberungsplänen unserer Regierungen zustimmen, die unvermeidlich den Keim neuer Krieg in sich tragen müßten." (Zitiert nach Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914 – 1919, 1928, S. 14)
Demgegenüber erklärten die Zimmerwalder Linken: *„Eine Friedensaktion könne sich nicht nur auf das Friedensziel beschränken. Bei der Höhe der sozialen Gegensätze werde die Friedensaktion in den Kampf um den Sozialismus umschlagen. (...) Gegenüber allen Illusionen, dass es möglich wäre, durch irgendwelche Beschlüsse der Diplomatie und der Regierungen die Grundlage eines dauernden Friedens, den Beginn der Abrüstung herbeizuführen, haben die revolutionären So-*

Die Sozialistin Balabanoff

zialdemokraten den Volksmassen immer wieder zu sagen, dass nur die soziale Revolution den dauernden Frieden, wie die Befreiung der Menschheit verwirklichen kann." (ebenda, S. 15f.)

Für die gemeinsame Erklärung der Zimmerwalder Konferenz stimmten dann aber auch die Linken. Im Protokoll war zu lesen: *„Auch die Urheber des Resolutionsentwurfes stimmten geschlossen für den Kommissionsentwurf und erklärten, dass sie zwar gewisse Tatsachen schärfer betont und die Kampfmittel deutlicher hätten umschrieben wissen wollen, da es sich aber um einen Kampfruf handle, würden sie Schulter an Schulter mit den übrigen Teilen der Internationale kämpfen und darum zur Einigkeit und Einheit der Aktion beitragen."* (ebenda, S.17)

Lenin bewertete rückblickend diese Konferenz: *„Der auf dieser Konferenz geführte ideologische Kampf wurde zwischen einer geschlossenen Gruppe von Internationalisten, revolutionären Marxisten, und schwankenden Beinahe-Kautskyanern ausgetragen, die den rechten Flügel der Konferenz bildeten. Der Zusammenschluß der genannten Gruppe ist eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz. Nach einem ganzen Kriegsjahr erwies sich die von unserer Partei vertretene Richtung als die einzige in der Internationale, die mit einer völlig eindeutigen Resolution – wie auch mit einem darauf fußenden Entwurf eines Manifests – hervorgetreten ist und die konsequenten Marxisten Rußlands, Polens, Lettlands, Deutschlands, Schwedens, Norwegens, der Schweiz und Hollands um sich vereinigt hat."* (LW 21, S.396)

Eine zweite Internationale Sozialistische Konferenz fand vom 24. - 30. April 1916 in Kiental statt. Dort wurde die Auseinandersetzung schärfer und die formierte Zimmerwalder Linke bekämpfte den Opportunismus. Während dort von den Zentristen eine Resolution eingereicht (und auch angenommen) wurde, die noch einen positiven Bezug auf das opportunistische ISB hat (*„empfiehlt die zweite internationale sozialistische Zimmerwalder Konferenz...die Handlungen des Exekutivkomitees des ISB mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen"*), traten die Linken für den Bruch mit dem Opportunismus ein: *„Es ist nicht genügend, wenn das Zimmerwalder Manifest die Revolution andeutet, indem es sagt, dass die Massen für die eigene Sache und nicht für eine fremde Opfer bringen müssen. (...) Es ist augenscheinlich, dass revolutionäre Aktionen während des Krieges den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus umwandeln müssen."*

Nach der russischen Februarrevolution 1917 und vor dem roten Oktober fand im August 1917 noch eine heute weitgehend vergessene dritte „Zimmerwalder Konferenz" in Stockholm statt. Die Bolschewiki hatten sich vorher schon von der Bewegung verabschiedet und Kurs auf die proletarische Revolution genommen. Mit der Gründung der Kommunistischen 3. Internationale wurde der Bruch mit der opportunistischen und sozialchauvinistischen 2. Internationale praktisch vollzogen.

Lehren für heute

Auch heute müssen wir den Opportunismus bekämpfen, der die wachsende Antikriegsstimmung aufgreift, um sie in systemkonformer Politik zu kanalisieren.

Konkret können wir feststellen:

Die deutschnationale Friedensbewegung von Wagenknecht bis Gauweiler ist rein bürgerlich und positioniert sich als Alternative für den deutschen Imperialismus.

Der stalinistische Versuch eine „neue Friedensbewegung" (MLPD) aufzubauen oder die „echte Friedensbewegung" zu verteidigen (DKP), um eine klassenübergreifende Volksbewegung gegen die aktuelle – von den USA aber auch Russland forcierte (Betonung ja nach Tradition) – Kriegspolitik aufzubauen, ist klassischer Opportunismus. Es wird nicht der Klassenantagonismus in den Mittelpunkt der kommunistischen Theorie und Praxis gestellt, sondern die Beeinflussung bürgerlicher Politik.

Der Versuch in der radikaleren Linken mit den Phrasen einer revolutionären Antikriegspolitik breitere Antikriegsbündnisse ohne analytische Klarheit über das Wesen der Weltkriegsentwicklung zu schaffen und den Bruch mit dem Sozialchauvinismus zu vermeiden (Kriegsunterstützung in der Ukraine oder Palästina oder Kurdistan zu akzeptieren) ist klassischer Zentrismus.

Amadeo Bordiga Anfang der 1920er Jahre

Anmerkung: Allerdings wird der antiimperialistischen und antifaschistisch-demokratischen Position mit der aktuellen Entwicklung im Nahen Osten immer mehr der Boden unter den Füßen weggezogen. Der Vormarsch der imperialistischen Türkei, die gerade BRICS-Anwärter geworden ist und die Begrüßung der von ihr gepuschten neuen islamistischen Regierung nach der Implosion des Assad-Regimes durch die Hamas, zeigt, dass es sich bei der vermeintlich antiimperialistischen „Achse des Widerstands“ oder der vermeintlich antiimperialistischen Multipolarität um nicht als Illusionsmalerei handelt. Und auch die verzweifelte Hinwendung des von den USA verlassenen kurdischen Nationalismus an den türkischen Erzfeind, der inzwischen die Stärke hat, diese Hinwendung für die eigene „demokratischere“ imperialistische Expansion zu nutzen, wird die antifaschistische Begeisterung für das demokratisch-konföderalistische Projekt in der nächsten Zeit vermutlich abschwächen. (Fußnote Antiimperialismus im Antikriegsbuch).

Genau wie Lenin am Anfang des Ersten Weltkrieges müssen wir von der marxistischen Analyse ausgehen und die revolutionäre Entwicklung antizipieren. Es wird die Entwicklung selbst sein, die das Interesse an unserer kommunistischen Propaganda zunehmen lässt, es wird die Kriegskrise selbst sein, die das Proletariat zum Handeln nötigen wird.

Unsere Aufgabe ist es, die maximale Klarheit zu schaffen und die kleinen unmittelbaren Schritte des Klassenkampfes zu fördern. Dazu bedarf es keiner neuen Zimmerwalder Konferenz (weil es nach Jahrzehnten der Konterrevolution keine Internationale gibt, deren Beschlüsse gegen den unmittelbaren Verrat zu verteidigen wären) und auch keiner Resolutionen eines mikroskopischen Milieus, dass sich v.a. durch theoretische Heterogenität auszeichnet, sondern der kontinuierlichen und organisierten Arbeit der Kommunistischen Partei an der theoretischen Front und im unmittelbaren Kontakt mit der Klasse.

Unsere Artikel sind auch in mehreren Sprachen auf unserer Webseite:

Internationale Kommunistische Partei

(Kommunistisches Programm – il programma comunista – the internationalist – cahiers internationalistes)

www.internationalcommunistparty.org

Die Krise bei Volkswagen und der Frontalangriff auf die Arbeiterklasse –

ein Ausdruck der weiteren Verschärfung der strukturellen Krise des Kapitals

Die steigenden Produktionskosten, die sinkende Kaufkraft in der EU und die weltweite Absatzkrise hat längst auch die für Deutschland wichtigste Industrie getroffen: die Automobilbranche. Davon betroffen ist nun auch Europas größter Automobilkonzern und einer von Deutschlands größten Arbeitgebern, der VW-Konzern – die Gewinne brechen ein, die Verkäufe sind rückläufig.

Im September 2024 verkündete der Volkswagen-Konzern ein massives Sparprogramm auf Kosten der Belegschaft. Als Gründe werden der Gewinnrückgang und die Absatzschwierigkeiten bzw. die geringe Auslastung des Autoherstellers genannt. Dabei konnte das Kapital bisher große Profite einstreichen: Im Jahr 2022 hat VW 22 Mrd Euro Gewinn, 2023 satte 23 Mrd Euro eingefahren. Entsprechend hoch sind die Gewinnrücklagen von VW laut Bilanz von 2023 – 137 Milliarden Euro! Außerdem wurden atemberaubende Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet. Das ZDF schrieb hierzu am 10.11.2024: „Es ist eine unglaubliche Zahl. Zwischen 2021 und 2023 schüttete VW etwa 22 Milliarden Euro an seine Aktionäre aus. Alleine für das vergangene Geschäftsjahr waren es 4,5 Milliarden Euro.“ Im 1. Halbjahr 2024 machte VW noch Gewinne in Höhe von 10 Mrd Euro – erst im 3. Quartal 2024 kam dann ein Gewinneinbruch um 63 Prozent (Quelle: VW) – verglichen mit dem sehr starken 3. Quartal des Vorjahres. Inzwischen sind nach mehreren Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft IG Metall, dem Betriebsrat und VW-Vertretern einige Details der Unternehmenspläne bekannt geworden. So plant VW erstmals in der Geschichte der BRD die Schließung von 3 Werken, die Vernichtung von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen und es werden Lohnsenkungen von 10 Prozent plus einiger Zulagen, also circa um die 18 Prozent verlangt. Entsprechende Tarifverträge und Vereinbarungen hat VW bereits gekündigt, betriebsbedingte Kündigungen sind ab Juli 2025 möglich. Die sogenannte Friedenspflicht endete im November, d.h. ab Dezember sind Streiks rechtlich möglich. Von Seiten der IG Metall gab es bisher Lohnforderungen um die 7 Prozent, um die aktuell hohen Preissteigerungen abzumildern, die jetzt in Frage gestellt sind: Am 20. November meldeten die IG Metall und der Gesamtbetriebsrat, dass sie einen sogenannten „Zukunftsplan“ vorlegen wollen. Hierbei werden dem VW-Konzern schon große Zugeständnisse gemacht, bevor auch nur eine Stunde gestreikt wurde. Dieser Plan sieht Kostenersparnisse in Höhe von 1,5 Milliarden Euro vor, indem für 2025 und 2026 auf Lohnerhöhungen komplett verzichtet wird, gleichzeitig sollen auch die Manager auf Bonuszahlungen verzichten. Das gesparte Geld soll in einen „Zukunftsfonds“ eingezahlt werden, mit dem dann flexibel der Lohnausgleich für die Kürzung von Arbeitszeiten gezahlt werden könnte. Außerdem solle er dazu dienen, „Personalabbau weiterhin sozialverträglich zu gestalten“ (IGM). Dennoch droht die IGM mit Warnstreiks ab dem 2. Dezember an 3 Standorten, da sich bei den bisherigen 3 Verhandlungsrunden (Stand 21. November 2024) keine Einigung abgezeichnet hat.

Anfangs konnte man noch auf eine konsequente Reaktion der wütenden und kampfbereiten VW-Belegschaft hoffen

Damit soll ein weiteres Mal versucht werden, die Kosten der Krise auf die Klasse der lohnabhängigen Bevölkerung abzuwälzen, während sich das Kapital und dessen Vertreter weiterhin auf unsere Kosten bereichern. Denn es sind wir, das

moderne Proletariat, das den Reichtum und in diesem Fall die von VW erwirtschafteten Gewinne durch unsere Arbeit überhaupt erst geschaffen hat. Folglich ist dieser Kampf nichts anderes als ein Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit. Die Frage, wer am Ende wie viel vom Kuchen abbekommt, ist einzig eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und der Kampfkraft unserer Klasse und nicht von vermeintlichen Sachzwängen, über die ohnehin die Kapitalvertreter die Definitionsmacht haben.

Die Rhetorik der IGM ist oft kämpferisch

Wir haben bereits auf unserer Veranstaltung Ende September 2024 darauf hingewiesen, dass die negativen Folgen dieses Angriffes auf einen wichtigen Teil der Kernarbeiterklasse aufgrund der großen Relevanz von VW und der Automobilindustrie insgesamt keineswegs unterschätzt werden darf. Es ist mit negativen Folgen für die Beschäftigen von anderen Unternehmen, einer ganzen Branche, für ganze Regionen und für das Lohngefüge insgesamt zu rechnen. Es geht also um die Lebens- und Arbeitsbedingungen einer Vielzahl von Menschen. Genau deshalb ist auch seitens der VW-Beschäftigten mit massivstem Widerstand und mit einer breiten Solidarisierung außerhalb des Konzerns zu rechnen. Sollte es zu einem umfangreichen Kampf kommen, könnte dies ein wichtiger Schritt zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes sein, den wir unterstützen müssen.

Um die Kämpfe erfolgreich führen, unterstützen und begleiten zu können, ist es zunächst notwendig, sich über die Rolle der staatstragenden Gewerkschaften (der IG Metall) und des Betriebsrates im Klaren zu sein. Im konkreten Fall von VW gilt dies umso mehr, da es eine jahrzehntelange Tradition von Korporatismus und Kungelei von Betriebsrat und Gewerkschaften mit dem VW-Konzern gibt – bis hin zu den öffentlichen Skandalen, die nur die Spitze des Eisberges sind. Führende Betriebsräte, die selbstverständlich über die Liste der IG Metall gewählt werden, werden exorbitant hoch bezahlt, so dass dies sogar schon von Gerichten moniert wurde, und wechseln regelmäßig die Seite – von sogenannten Arbeitnehmervertretern zu Personalvorständen des VW-Konzerns. Die IG Metall selber hat es bisher stets geschafft, aufkeimende Arbeitskämpfe schnellstmöglich am Verhandlungstisch zu befrieden, um jegliche Eskalation erfolgreich zu vermeiden. Und auch jetzt wird es wieder Versuche geben, die Konflikte, die Eskalation und die Wut am Verhandlungstisch durch ein paar Zugeständnisse zu befrieden und abzuwürgen, um „das Schlimmste von den VW-Beschäftigten abwenden zu können“ aller verbal geäußerter Kampfbereitschaft und aller „Wutreden“ zum Trotz. Auf der anderen Seite ist es in der aktuellen Situation notwendig, die Strukturen der IG Metall und auch der Betriebsräte zu nutzen, um einen effektiven Kampf gegen die stattfindenden Angriffe führen zu können – ohne dabei Beschränkungen in den Kampfmethoden anzuerkennen, die uns der IGM-Apparat gerne auferlegen möchte und ohne den IGM-Funktionären gegenüber in Gehorsam zu verfallen. Es ist stattdessen notwendig, jegliche Form von Befriedungspolitik und Taktiererei offen zu denunzieren. Und es ist notwendig, die mögliche Kampfkraft voll auszuschöpfen, aus dem vorgegebenen und kontrollierbaren Rahmen auszubrechen. Ein Arbeitskampf tut dann besonders weh, wenn er die Produktion stilllegt und das angreift, was dem Kapital am meisten am Herzen liegt: die Profitproduktion. Je höher der wirtschaftliche Schaden, der verursacht wird, je länger die Produktion steht, je größer das Chaos – desto höher der Druck, den wir ausüben können. Sollte also seitens der IGM wie so oft zu Mäßigung und Zurückhaltung aufgerufen werden, ist dies nichts anderes als eine Sabotage des Kampfes der Belegschaft, diese Angriffe zurückzuschlagen.

Es ist zudem notwendig, jegliche Ambitionen von Co-Management seitens der Gewerkschaften oder anderer sich als „links“ definierender Gruppierungen entschieden zurückzuweisen. Es ist weder unsere Aufgabe, VW von einen Premiumhersteller zu einem Billighersteller, von einem Verbrennerhersteller zu einem Elektrohersteller oder von einem Automobilkonzern zu einem Zughersteller zu transformie-

Die Betriebsratsvorsitzende Cavallo und die IGM machen alles, um die Proteste abzuwürgen

ren noch dem Management andere gutgemeinte Tipps zu geben, um aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen. Es ist normal, dass ein kapitalistisches Unternehmen von Zeit zu Zeit in Transformationsprozessen steckt und sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf den Märkten ändern. Aber all das ist nicht unser Problem.

Wir dürfen uns auch auf keinerlei „Verzichtlogik“ oder auf die Argumentation mit „schlechten wirtschaftlichen Zahlen“ einlassen. Das Kapital und seine Vertreter versuchen logischerweise, sich in „guten Zeiten“ die von uns generierten Profite einzustreichen und in „schlechten Zeiten“ die Krise auf uns abzuwälzen. Lassen wir uns auf die Erpressung ein, beispielsweise auf Lohn zu verzichten um unsere Arbeitsplätze zu retten, wird das Kapital dort nicht stehenbleiben. Wie die vom VW-Konzern aufgekündigten Vereinbarungen belegen, kann jede Vereinbarung, z.B. die des Arbeitsplatzerhaltes, auch wieder gekündigt werden. Das bedeutet, das Kapital wird bei den gemachten Zugeständnissen keinen Halt machen, sondern versuchen immer weiter zu machen – so lange bis wir diese Angriffe stoppen. Und dies ist, um es zu wiederholen, einzig eine Frage des Kräfteverhältnisses – die Frage, wie weit wir das zulassen. Und es gilt jetzt an dieser Stelle „Stopp“ zu sagen.

Der Kampf bei VW ist außerdem ein Kampf, der Folgen hat, die weit über den Konzern hinausgehen. Der Angriff des Managements ist ein Angriff auf das Lohngefüge insgesamt. Sollte er erfolgreich sein, werden sich andere Unternehmen gestärkt und ermutigt fühlen, ebenfalls den Druck auf „ihre“ Beschäftigten zu erhöhen – umgekehrt erhöht ein erfolgreicher Kampf den Mut der Belegschaften in anderen Unternehmen, während eine Niederlage eher zu Resignation führen wird. Da auch in anderen Automobilkonzernen in Deutschland (z.B. Ford, BMW, Mercedes) und darüber hinaus (z.B. Stellantis wozu Fiat, Peugeot und Chrysler gehört) und außerdem in der Autozulieferindustrie (z.B. Schaeffler, Bosch und ZF) ähnliche Angriffe geplant sind oder bereits stattfinden, muss der Kampf außerdem über den Betrieb bzw. Konzern hinaus ausgeweitet werden. Es ist dabei selbstverständlich, dass sich innerhalb des VW-Konzerns die Belegschaften der unterschiedlichen Standorte – auch in verschiedenen Ländern – miteinander solidarisieren müssen und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen.

Und schließlich müssen wir unseren Blick auf ein System richten, das historisch längst überholt ist, und in seiner Krisenhaftigkeit unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen, ja unsere gesamten Existenzbedingungen, immer weiter untergräbt. Es ist der Kapitalismus, der zwangsläufig immer weiter an seine Grenzen stößt und zu immer gravierenderen Wirtschaftskrisen führt. Von bornierten bürgerlichen Ökonomen werden die aktuellen Wirtschaftskrisen meist zusammenhanglos als ein „auf und ab“ einer an sich stabilen Wirtschaftsweise aneinandergereiht und die Krisenursachen in kurzfristigen Entwicklungen gesucht. Einige der aktuellen Krisenursachen wie die hohe Inflation sind zwar zum Teil in aktuellen Entwicklungen zu finden wie dem Ukraine-Krieg, der aber wiederum nicht losgelöst von der allgemeinen kapitalistischen Krisenentwicklung betrachtet werden kann, da er durch die wachsende inner-imperialistische Konkurrenz ausgelöst wurde – aufgrund der allgemeinen Krise des Kapitals. Dennoch ist ein wesentlicher Grund der hohen Inflation die hohe Staatsverschuldung und die Politik des billigen Geldes mit denen die Staaten und ihre Zentralbanken, vor allem die EZB in Europa und die FED in den USA, die Märkte vollgepumpt und überflutet haben, um der Weltfinanzkrise von 2007/2008 und der folgenden Jahre entgegenzuwirken – all dies blieb für relativ lange Zeit fast folgenlos. In der Zeit der Corona-Pandemie wurde dann die Wirtschaft abgebremst und weiter massiv vom Staat mit Hilfsgeldern vollgepumpt. Die Quittung für all diese Krisenbewältigungsversuche war die Bombe der Inflation, die dann mit dem Beginn des Ukraine-Krieges explodiert ist.

Wenn wir noch weiter zurückblicken, können wir sagen, dass der Kapitalismus bereits seit den 70er Jahren mit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs in eine strukturelle Krise eingetreten ist und seitdem mit immer neuen Maßnahmen versucht wird, dieser Krise entgegenzutreten. Zunächst erfolgreich bis zum nächsten Knall und so dreht sich das Rad immer weiter… es reicht aus, sich die Krisen der letzten 20 Jahre anzuschauen, die bereits ein solches Ausmaß erreicht hatten, wie es vorher die wenigsten für möglich gehalten hatten (Banken- und Immobilienkrisen, Eurokrise, Staatspleiten, Rettungsprogramme usw.). Wir wollen dies hier nicht weiter ausführen und verweisen auf unsere Artikel „Laufbahn des Weltkapitalismus"… Warum wir aber diesen Punkt aufmachen, ist folgender: Wenn von der bürgerlichen Ökonomie und innerhalb der „Linken" des Kapitals davon ausgegangen wird, dass die Wirtschaftskrise ein aktuelles, kurzfristiges Phänomen sei, das zudem durch Missmanagement, Misswirtschaft und falsche Politik verursacht worden wäre, dann liegt die Illusion nahe, dass durch einen Austausch lediglich des Personals (der Charaktermasken), alle Probleme gelöst werden könnten. Dies führt, gerade in Zeiten von Wahlen, die uns in Deutschland nun wieder bevorstehen, in einen reformistischen Irrweg.

Dem setzen wir eine tiefgreifende und grundlegende Analyse, ein Verständnis und eine radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse entgegen. Nur so können wir uns heute gegen die zunehmenden Angriffe von Staat und Kapital zur Wehr setzen, indem wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und für unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen statt in Lethargie und trügerische Illusionen in die sogenannten Volksvertreter, Regierungen und den Staat zu verfallen. Aber auch dabei müssen wir uns den Grenzen bewusst sein, die die unmittelbaren Verteidigungs- und Abwehrkämpfe zwangsläufig haben, statt von falschen Erwartungen umfassender Erfolge enttäuscht zu werden, die es im Bestehenden nicht geben kann.

Perspektivisch ist es deshalb notwendig, einen Schritt weiter zu gehen: Gerade die Argumentation des VW-Managements, dass die Werke zu gering ausgelastet seien und dass VW nicht alle produzierten Fahrzeuge auf dem Markt absetzen kann, zeigt doch, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit drastisch gekürzt werden könnte, dass Lohnarbeit überflüssig wird, dass das Prinzip der Profitmaximierung und des immer weiteren Wachstums gar keinen Sinn mehr ergibt. Und auch die Frage, „was produziert wird", also ob Autos überhaupt sinnvoll sind oder nur die Umwelt zerstören, stellt sich immer wieder. Dies sind jedoch Fragen, die innerhalb des Kapitalismus unlösbar sind. Kapitalismus ist auf immer mehr Wachstum, Produktion, Kapitalverwertung und Profitmaximierung angewiesen – und auch auf unsere Lohnarbeit, weil nur wir mit unserer Arbeitskraft Reichtum und damit Profit in Form von Mehrwert schaffen können. Mit der Produktion nur des Profits willens stellt sich die Frage nach der Nützlichkeit nur insofern, als dass alle produzierten Waren irgendwo einen Käufer finden müssen. Wer aber die „Sinnfrage" stellen oder die wachsende Umweltzerstörung in Frage stellten möchte, kann dies nur, indem er den Kapitalismus als solches in Frage stellt. Immer neue Krisen und Kriege gehören nicht nur zur DNA des Kapitalismus: je größer die Verwertungsprobleme des Kapitals werden, je gravierender die strukturelle Krise wird, desto größer werden auch alle negativen Folgen der Wirtschaftskrisen und je mehr nimmt auch die weltweite, kriegstreibende Dynamik des Kapitalismus zu, die entgegen bürgerlicher Erklärungsmuster nicht von Tyrannen und Schurken, sondern von inner-imperialistischen Widersprüchen befeuert wird. All dies darf nicht zu Untergangstheorien führen, wonach der Kapitalismus von ganz alleine an einem schönen, sonnigen Tag wie ein großes, fest gefahrenes Zahnrad auseinanderbricht. Es gibt keinen Automatismus und das Hamsterrad wird sich immer weiter drehen, egal wie blindwütig auch die Zerwürfnisse und Zerstörungen sein mögen – die einzige Ausnahme wäre ein umfassender Atomkrieg. Deshalb kann der Kapitalismus nur durch einen umfassenden gesellschaftlichen Umwälzungsprozess – eine Revolution beseitigt werden, die ein für allemal Schluss macht mit Lohnarbeit, Krise, Krieg, Umweltzerstörung und allen anderen Unterdrückungsverhältnissen und den Weg ebnet für eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus!

Ergänzung: Einigung bei Volkswagen – Ein abgekartetes Spiel

Die IGM schafft es immer wieder, Mogelpackungen als Erfolg zu verkaufen

Am Ende ging es überraschend schnell: Nach einem Verhandlungsmarathon vom 12. bis zum 20. Dezember gab es nun eine Einigung zwischen dem VW-Management und der IGM – und das bevor der Arbeitskampf überhaupt erst richtig begonnen hat. Das Ergebnis: mehr als 35.000 Jobs sollen bis 2030 wegfallen, „sozial verträglich" (d.h. durch Abfindungen, Altersteilzeit, keine Neubesetzungen usw.). IG-Metall-Chef Gröger feiert das Ergebnis: *„ 'Der Personalabbau ist ohne betriebsbedingte Kündigungen organisiert.' Ursprünglich habe der VW-Konzern sogar 55.000 Stellen streichen wollen – das sei verhindert worden."* (Bild Zeitung) vom 21.12.2024. Die „Beschäftigungssicherung", d.h. der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, soll wieder bis 2030 in Kraft gesetzt werden. Im Gegenzug verzichten die Mitarbeiter auf Lohnerhöhungen für die nächsten 6 Jahre und müssen Einschnitte bei Sonderzahlungen hinnehmen – ein deutlicher Reallohnverlust! Das Werk Osnabrück (ca. 2.300 Beschäftigte) soll verkauft werden, evtl. an einen Rüstungskonzern, das Werk Dresden (ca. 340 Beschäftigte) soll „umgewidmet" werden – es wird hierzu ein alternatives Gesamtkonzept erarbeitet. Der Konzern soll dadurch jährlich 1,5 Mrd. Euro einsparen, mittelfristig sogar 4 Mrd. Euro. Das Sparprogramm geht vor allem zu Lasten der Mitarbeiter und löst keines der Probleme des Konzerns. Der Porsche/Piëch-Clan hat es erfolgreich geschafft, dass die Dividenden dabei nicht angetastet werden: *„Der Porsche/Piëch-Clan hat in der deutschen Autoindustrie unvorstellbar viel Macht. Sein Vermögen beläuft sich auf bis zu 30 Milliarden Euro. Ohne die Mitglieder der Großfamilie kann bei Volkswagen und Porsche keine Entscheidung getroffen werden."* (Stuttgarter Zeitung vom 30.10.2024). Dabei schreibt selbst die Wirtschaftswoche: *„Es braucht jedes Jahr viele Milliarden an Investment, um in Kernbereichen wie Batteriezelle, Software-definierten Autos und dem Autonomen Fahren wieder Anschluss zu finden. Mehr Geld für Investitionen, weniger [Dividenden] ausschütten, das wäre dringend nötig."* (wiwo vom 20.12.2024).

Was neben dem faulen Kompromiss und dem Abwürgen jeglicher Art von Arbeitskämpfen (außer rein symbolischen) durch die IG-Metall Gewerkschaft fassungslos macht und die schlimmsten Befürchtungen noch übertrifft, die wir in unserem Artikel formuliert hatten, der vor der Einigung geschrieben wurde ist folgendes: Wie konnte in relativ kurzer Zeit überhaupt eine Einigung erzielt werden und warum hat sich die IG-Metall dann auf so etwas eingelassen? Das Ganze sieht nach einem abgekarteten Spiel zwischen Management, Betriebsräten und der IG-Metall aus. Gemeinschaftlich wurde hier überlegt, wie ein Sparprogramm auf Kosten der Beschäftigten am Besten durchgesetzt werden kann. Hinter verschlossenen Türen wurde von der Regime-Gewerkschaft IGM verhandelt und gegenüber den Mitarbeitern nicht mit offenen Karten gespielt. Das was dabei herausgekommen ist, soll nun widerstandslos geschluckt werden. Wir werden natürlich die Situation weiterverfolgen und hoffen auf weiteren Widerstand der Beschäftigten.

Zwischenruf eines ver.di-Kollegen anlässlich der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst im Angesicht von Kriegswirtschaft und Sozialkahlschlag

Gewerkschaften vor historischer Herausforderung: Klassenkampf oder Systemintegration?

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems." (K. Marx; Lohn, Preis und Profit; 1865; (MEW), Band 16, S. 101–152)

Tarif-´Ergebnis´ im Öffentlichen Dienst – Zwischen Forderung und Selbstaufgabe

Das am 6. April von ver.di-Chef Werneke präsentierte, von der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst (BTK öD) mehrheitlich beschlossene ´Tarifergebnis´ für die 2,5 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst hat in weiten Teilen der Mitgliedschaft für Enttäuschung und Empörung gesorgt. Dessen Empfehlung durch den ver.di-Bundesvorstand (BuVo) ist nicht weniger als die nahezu 1:1-Übernahme des von CDU-Mann Roland Koch erdachten ´Schlichtungsergebnisses´, das in eklatantem Widerspruch zu den von ver.di ursprünglich erhobenen Forderungen steht. Was seitens der Gewerkschaftsführung als „schwieriger Abschluss in schwierigen Zeiten" verkauft wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein weiterer schmerzlicher Rückschritt: ökonomisch, sozialpolitisch und gewerkschaftspolitisch.

Die Diskrepanz zwischen den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft ver.di und der nun durch die BTK öD der Basis nur ´mit Mehrheit´ empfohlenen ´Einigung´ könnte größer kaum sein. Sie offenbart einen tiefen Riss zwischen gewerkschaftlicher Führung und der in den vergangenen Monaten engagiert mobilisierten Mitgliedschaft. Bereits aktuell fehlen im öffentlichen Dienst 570.000 Beschäftigte; insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, der Verwaltung und im ÖPNV. Zudem wird in den nächsten zehn Jahren ein weiteres Drittel der Kollegen in den Ruhestand gehen. Arbeitsverdichtung, überwiegend nur mäßige Vergütung und unattraktive Arbeitsbedingungen mit teilweise deutlich höheren Wochenarbeitszeiten als in der freien Wirtschaft sind schon heute Alltag der Kollegen. Gegen diese Zustände und für eine deutliche Verbesserung ist die Gewerkschaftsbasis in den letzten Monaten während der Tarifverhandlungen engagiert und laut auf die Straße gegangen und hat die Arbeit niedergelegt. Wiederholte und teilweise mehrtägige Warnstreiks mit großer Beteiligung bis in die Stadtverwaltungen, Flughafenstreiks, das Bestreiken von Schleusen der Wasserschifffahrt und der OPs in den Krankenhäusern zeigen deutlich, dass die ver.di-Basis im wahrsten Sinne des Wortes längst ´den Kaffee auf´ hat und mittlerweile auch bereit ist, für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen aktiv zu werden. In der letzten Woche vor der dritten Verhandlungsrunde engagierten sich bundesweit deutlich über 150.000 Kolleg*innen aktiv bei Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und weiteren Aktionen.

Die Tatsache, dass selbst in der offiziellen ver.di-Verlautbarung erwähnt werden muss, dass der Beschluss der BTK öD nur ´mit Mehrheit´, und das auch noch nach ´langer und kontroverser Debatte´ erfolgte – so sollen aus gut unterrichteten Kreisen alle Mitglieder der BTK öD aus dem Landesbezirk NRW gegen die Empfehlung zur Annahme gestimmt haben, lässt erahnen, dass der innerorganisatorische Riss bereits bis tief in die Gremien reicht. Das ist umso bemerkenswerter, als es ´gut gepflegte gewerkschaftliche Tradition´ ist, dass Tarifkommissionen ´Geschlossenheit´ demonstrieren und, wenn schon nicht ´einstimmig´, dann mindestens ´mit großer Mehrheit´ beschließen; dies umso mehr, je größer der Tarifbereich ist, und je mehr öffentliche Aufmerksamkeit die jeweilige Tarifrunde hat.

Neben den großen Metalltarifrunden der IGM und denen der GDL (und teilweise EVG) bei der DB gibt es aktuell wohl kaum eine Auseinandersetzung, die mehr Aufmerksamkeit verdient und auch bekommt, als die ver.di-Tarifverhandlungen für rund 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (Bund und Kommunen). Die Wirkungen und Wahrnehmungen der Warnstreiks in den kommunalen Kliniken, KiTas, beim ÖPNV und nicht zuletzt den städtischen Müllabfuhren und Stadtreinigungen haben dies einmal mehr erfreulich und teilweise auch olphaktorisch deutlich gemacht. Da gab es endlich einmal wieder einen Hauch von ´Wenn Dein starker Arm es will, stehen alle Räder still.´

Vor diesem Hintergrund klingt es mehr als zynisch – und fühlt sich für viele der Aktiven wie ein Schlag ins Gesicht an! – wenn jetzt unter der Überschrift ´Wir haben eine Einigung!´ im zentralen ver.di-Flugblatt stumpf konstatiert wird: „Ein Tarifergebnis ist immer ein Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Deshalb war auch die Frage entscheidend: sehen wir Spielraum, mit diesen Arbeitgebern zu dieser Zeit vor dem Hintergrund neuer politischer Verhältnisse noch mehr rauszuholen? Die Antwort war nein.“

Jenseits der Tatsache, dass nach der Satzung und den internen Richtlinien die Tarifrunde erst nach Beendigung der jetzt erforderlichen Mitgliederbefragung beendet ist – von einer ´Einigung´ also tatsächlich noch gar nicht die Rede sein kann, zeugt diese Formulierung des für die Pressearbeit zuständigen Bundesvorstandes (BuVo) einerseits von einer tiefsitzenden Angst des Apparates vor der Dynamik und Energie der eigenen Basis, und andererseits dem unbedingten, ans zwanghafte grenzenden Bedürfnis zur Beibehaltung des eingeschlagenen Burgfriedenskurses in Kriegszeiten. Dazu muss der Basis weisgemacht werden, dass ´die, die es wissen´ keine Chance zu einer relevanten und vor allem grundsätzlichen Änderung der von vielen bereits als unerträglich empfundenen Zustände sehen - ´Die Antwort ist nein!´; oder, wie es im sozialpartnerschaftlich disziplinierten Reflex seitens einer hohen Funktionärin direkt hieß: „Du darfst unsere Beschäftigten nicht überfordern. Wenn sie die Revolution wollten, dann wären sie nicht im öffentlichen Dienst.“ Mit solchen in der Tat mehr als blödsinnigen Äußerungen – denn um Revolution geht es hier erkennbar (noch) lange nicht, wird versucht, die organisationsinternen Krtitiker in die Ecke von ´Spinnern ohne Ahnung´ zu stellen und die eigene Unfähigkeit und vor allem Unwilligkeit zu übertünchen selbst den alltäglichen ´Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems´ aufgrund der eigenen persönlichen tiefen Systemintegration auch nur im Ansatz im Interesse der Mitglieder erfolgreich zu führen. Konkret:

Forderung: Reallohnsicherung – Ergebnis: Reallohnverlust

ver.di hatte für eine Laufzeit von 12 Monaten eine Lohnerhöhung von 8 %, mindestens jedoch 350 Euro (Ausbildungsvergütungen und Entgelte für Praktikant*innen monatlich 200 Euro mehr) gefordert – eine Notwendigkeit angesichts der anhaltenden Inflation, besonders in Bereichen des täglichen Bedarfs. Im Kontrast dazu bietet das jetzt empfohlene ´Ergebnis´ bei einer Laufzeit von 27 (!!) Monaten:

• Drei Nullmonate,

• anschließend 3 % bis April 2026,

• dann weitere 2,8 %.

Das liegt nicht nur – entgegen der offiziellen ver.di-Verlautbarung – auf 12 Monate gerechnet deutlich unter der aktuellen durchschnittlichen Inflationsrate von 2,4%, sondern insbesondere jener für Mieten (+6%), Energie (+3%), Lebensmittel (+ 4 – 5%), Mobilität (+ 5 – 10%), kommunale KiTagebühren (teilweise +>20%, Abschaffung beitragsfreier KiTa-Jahre etc.), also jenen Kostenblöcken, die für abhängig Beschäftigte Durchschnitts- und Geringverdiener besonders stark zu Buche schlagen. Angesichts der aufgrund der ausufernden Kriegskreditpolitik erwartbar zudem weiter eskalierenden Teuerung ist dieser Abschluss eine faktische Lohnkürzung mit teilweise erheblichen Realeinkommensverlusten in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit.

Forderung: Entlastung und Arbeitszeitverkürzung – Ergebnis: Arbeitsverdichtung und selbstbezahltes Frei

Die ursprünglichen Forderungen zielten auf mehr Entlastung:

• drei zusätzliche Urlaubstage,

• mehr Zeitsouveränität und Flexibilität über ein ´Meine-Zeit-Konto´

• Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche, für Beamte Reduzierung und Vereinheitlichung auf 39h/Woche.

• Wiederermöglichung/Neuregelung von Altersteilzeit

• Für die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen eine bezahlte Pause in der Wechselschicht.

• Tarifvertraglich garantierte unbefristete Übernahme junger Beschäftigter nach erfolgreicher Ausbildung und Eingruppierung in Erfahrungsstufe 2.

Geblieben ist davon fast nichts: Ein einzelner freier Tag ab 2027.

Die Möglichkeit, die erhöhte Jahressonderzahlung (kein echtes 13. Monatsgehalt (!!)) in bis zu drei freie Tage umzuwandeln, was jedoch faktisch bedeutet: Beschäftigte ´kaufen´ sich ihr Frei selbst – mit ihrem eigenen Geld. Und für die Kolleg*innen in den Krankenhäusern gilt selbst das nicht einmal – mit der zynischen Begründung, man finde dort keinen Ersatz. Speziell dazu heißt es in der offiziellen ver.di-Verlautbarung: „Sie [die Arbeitgeber] haben darauf bestanden, dass die Kolleg*innen in den Krankenhäusern und der Pflege von diesem Wahlmodell [Umwandlung Jahressonderzahlung in bis zu drei freie Tage] ausgenommen werden, und das mit der dünnen Personaldecke begründet.“ Tja, da kann mensch wohl nichts machen, Herr Werneke, wenn die Arbeitgeber da so deutlich drauf bestehen…?!!!

Statt der dringend erforderlichen Entlastung erleben die Beschäftigten infolge dieses Tarifabschlusses also weitere Arbeitsverdichtung.

Forderung: Solidarität und soziale Gerechtigkeit – Ergebnis: Spaltung

Das vorgeschlagene Ergebnis vertieft die soziale Kluft innerhalb des öffentlichen Dienstes. Die Erhöhung der Jahressonderzahlung bevorzugt deutlich die höheren Entgeltgruppen:

• EG 1 - 8: +0,5 % eines Monatslohns (in Krankenhäusern um 5,5%),

• EG 9a -12: +15%

• EG 13-15: +33 %.

Ein klarer Bruch mit dem Prinzip der Solidarität. Beschäftigte in unteren Lohngruppen – oft Frauen und Migranten – bleiben (wieder einmal) auf der Strecke. Die soziale Schere wird damit tarifvertraglich legitimiert. Wer wenig hat, erhält weiterhin wenig – wer mehr verdient, profitiert überproportional.

Faktisch tarifvertragliche Abschaffung des Acht-Stunden-Tages

Die Option zur „freiwilligen“ 42-Stunden-Woche markiert einen gefährlichen Kurswechsel. Was als „freiwillig“ daherkommt, ist in der Realität angesichts von Personalmangel und ökonomischem Druck ein faktischer Zwang. Besonders prekär Beschäftigte werden keine Wahl haben. Die Aushöhlung des Acht-Stunden-Tages und weiterer hart erkämpfter sozialer Standards beginnt hier; ist Wasser auf die Mühlen der Arbeitgeberverbände und ihrer neoliberalen Einpeitscher in der Politik. Schon jetzt fordern Wirtschaftsverbände:

• Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

• Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit.

• Abschaffung von Feiertagen.

• Massive Einschränkungen des Streikrechts.

Und Ökonomen wie der Ifo-Chef Fuest sprechen offen von der Abschaffung oder Kürzung des Elterngeldes. Der soziale Kahlschlag nimmt Fahrt auf – und droht größer zu werden als die Agenda 2010. Selbst ver.di-Chef und Verhandlungsführer Frank Werneke ist das offensichtlich nicht verborgen geblieben, weshalb er sich auch direkt in der Pressekonferenz fürchterlich kämpferisch zu der Bemerkung hinreißen ließ, dass niemand gedrängt werden könne, mehr zu arbeiten. „Und: Wer freiwillig mehr arbeitet, erhält für die zusätzlichen Stunden einen Aufschlag.“ Immerhin…

Gefährdung der Öffentlichen Daseinsvorsorge

Das Ergebnis hat unmittelbare Auswirkungen auf das Gemeinwohl:

• Weitere Abwanderung aus dem Gesundheits- und Erziehungswesen und der Öffentlichen Verwaltung droht.

• Die Wiederbesetzung offener Stellen wird angesichts zunehmenden Fachkräftemangels zunehmend schwierig.

• Die ohnehin angespannte Versorgungslage in Kitas, Schulen und Krankenhäusern verschärft sich.

• Die Qualität öffentlicher Leistungen verschlechtert sich weiter.

• Familien – insbesondere Frauen – müssen Arbeitszeit reduzieren.

Steigende Arbeitszeiten und zunehmende Arbeitsverdichtung erhöhen bei vielen Betroffenen den Stress und die psychische Belastung mit den entsprechenden gesundheitlichen und sozialdynamischen Folgen.

Innerorganisatorischer Vertrauensverlust

Die jetzt vom BuVo in der BTK öD gegen erhebliche Widerstände durchgedrückte Empfehlung, die den Mitgliedern und der Öffentlichkeit satzungswidrig und gezielt bereits als finale ´Einigung´ verkauft wird, wird von vielen Aktiven an der ver.di-Basis als „Verrat“ an den berechtigten und gut begründeten Forderungen und am großen und leidenschaftlichen gewerkschaftlichen Engagement erlebt. Die erfolgreichen, weil öffentlich wahrnehmbaren und spürbaren und für die Arbeitgeber schmerzhaften Warnstreiks der vergangenen Monate, der massive Mitgliederzuwachs, das enorme Engagement – all das stünde in krassem Widerspruch zu einem Abschluss, der die Kernforderungen aufgibt; pointiert zum Ausdruck gebracht in einem Offenen Brief der ver.di-Vertrauensleute der Stadtverwaltung Dortmund an die BTK öD:

„ Liebe Kolleg:innen der Bundestarifkommission,

wir, der kämpferische Pott, richten uns mit diesem offenen Brief an euch, um unsere grenzenlose Empörung über die Ergebnisse der Schlichtung auszudrücken. Was hier vorgelegt wurde, ist nicht weniger als ein schamloser Angriff auf die Rechte der Arbeiter:innen im öffentlichen Dienst und ein Kniefall vor den Arbeitgebenden.

Diese Schlichtung ist ein Verrat!

Ein Verrat vor allem an diejenigen, welche sich für alle Beschäftigten auf die Straße begeben haben und neu oder wieder eingetreten sind um uns allen den Rücken zu stärken.

Wir haben in den vergangenen Monaten gestreikt, gekämpft, unsere Arbeitskraft niedergelegt – nicht, um am Ende mit einem faulen Kompromiss abgespeist zu werden! Eine ´freiwillige´ 42-Stunden-Woche ist eine Farce! Eine schleichende Aushöhlung unseres Tarifsystems, ein neoliberales Gift, das darauf abzielt, uns noch weiter auszuquetschen. Wir wissen alle, was ´freiwillig´ in diesem System bedeutet: faktischer Zwang, erzwungen durch Arbeitsverdichtung, Personalnot und perfiden Druck von oben. Die Arbeitgeber versuchen, uns die Mehrarbeit unterzujubeln, während sie gleichzeitig unsere Löhne nicht ausreichend anpassen.

Wir fordern euch, die Bundestarifkommission, auf: Lasst euch nicht zum Spielball dieser miesen Arbeitgeber-Strategie machen! Werdet eurer Verantwortung gerecht! Unsere Zeit und unsere Kraft, sind nicht verhandelbar. Die 42-Stunden-Woche gehört vom Tisch!

Wir erwarten, dass ihr euch klar gegen dieses Schlichtungsergebnis stellt und unseren Kampf fortsetzt – konsequent, kompromisslos und mit vollem Einsatz! Die Basis steht hinter euch, aber nur, wenn ihr den Willen der Kolleg:innen ernst nehmt. Verliert ihr uns, verliert ihr den Kampf!“

Politisches Signal: Kapitulation vor kriegswirtschaftlichem Spardogma und Aufrüstung

Mit dem nahezu vollständigen Durchmarsch der Schlichterempfehlung – initiiert durch den CDU-Rechten Roland Koch – senden ver.di-BuVo und BTK öD ein gefährliches und fatales Signal: Die Sparlogik der Kriegswirtschaft wird akzeptiert, Aufrüstung geht vor öffentliche Daseinsvorsorge, weitere soziale Kürzungen und Spaltung werden hingenommen.

Die Tarifrunde 2025 ist nicht nur eine Tarifauseinandersetzung wie ´jede andere´, sondern Teil eines größeren und historischen gesellschaftspolitischen Konflikts. Während vom bereits abgewählten Bundestag per Kreditaufnahme mehr als 1 Billion Euro für Rüstung, Kriegsvorbereitung und Kriegsbeteili-

gung bereitgestellt werden, werden den 2,5 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes unter dem Vorwand, es sei „kein Geld da“ Reallohnverlust und Arbeitszeitverlängerung angeboten. Ein einziger Leopard-Panzer kostet 27 Millionen Euro. Für denselben Betrag könnten neun KiTas gebaut werden. Doch das politische Ziel der Regierung – geführt vom ehemaligen BlackRock-Manager Friedrich Merz – ist klar: Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Kriegswirtschaft statt Sozialstaat.

Die wahren Gründe für die kommunale Finanznot liegen nicht in überhöhten Löhnen, sondern in einem strukturell falschen Steuersystem, das die Vermögenden schont, die Normalverdiener überproportional belastet und den Gemeinden zu viele Aufgaben bei zu geringen Mitteln überträgt. Selbst vollständiger Lohnverzicht könnte diese Löcher nicht stopfen. Die Frage, wo die Steuermilliarden versickern – nicht nur bei der angeblich ´kaputtgesparten´ und mit mehr als 90 Milliarden in 2025 (!!!) nach wie ´chronisch unterfinanzierten´ Bundeswehr – bleibt dabei offen.

Trotz Inflation, Massenentlassungsdrohungen, Kürzungen und Krise würde ver.di mit diesem Tarifabschluss – so wie schon vorher IG Metall, IGBCE und EVG ´gute Miene´ zum bösen Spiel machen. Tarifverträge mit Laufzeiten bis zu 36 Monaten zwingen die Organisationen in jahrelange Friedenspflicht gegenüber den Kriegsprofiteuren und deren Steigbügelhaltern in den Parlamenten und Regierungen, und das in Zeiten, in denen die Nutzung des Streiks als die stärkste Waffe der Arbeiterbewegung so dringend erforderlich ist, wie schon lange nicht mehr. Das alles angesichts der Tatsache, dass in den kommenden Monaten und Jahren eher schneller als langsamer dem übergroßen Teil der Bevölkerung die ´Kanonen-statt-Butter-Quittung´ der herrschenden mit zunehmender Arbeitsverdichtung, weiteren Preissteigerungen, Grundrechteabbau, Wiedereinführung des Kriegsdienstes und verstärkter aktiver Kriegsbeteiligung präsentiert werden wird.

Und wenn die Schuldenbremse plötzlich – wenn auch nicht überraschend – vom abgewählten Bundestag in großer Kumpanei von CDU/CSU, SPD und GRÜNEN für aktive Kriegsvorbereitung und Kriegsführung ohne Begrenzung ausgesetzt wird, heißt es mit Merz: „Whatever it takes.“ oder, wie im zentralen Flugblatt zur Empfehlung der Bundestarifkommission ö.D. für einen möglichen Tarifabschluss im ÖD: „Ein Tarifergebnis ist immer ein Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Deshalb war auch die Frage entscheidend: sehen wir Spielraum, mit diesen Arbeitgebern zu dieser Zeit vor dem Hintergrund neuer politischer Verhältnisse noch mehr rauszuholen? Die Antwort war nein.“ ; der neoliberale Blackrock-Kriegskanzler lässt grüßen.

Statt Lohnsicherung, Entlastung und sozialer Gerechtigkeit brächte das jetzt empfohlene Tarifergebnis Reallohnverluste, Arbeitszeitverlängerung durch die Hintertür und eine Vertiefung der Ungleichheit. Wer kämpft, erwartet mehr als kosmetische Zugeständnisse. Wer streikt, will tatsächliche Veränderung – keine verschärfte Verwaltung des Mangels.

Das „Erwachen des Bewusstseins“ wird ein Ergebnis der Kämpfe sein

In Italien wie auch anderswo leidet das Proletariat, entgeistert und betäubt von tausend reformistischen Illusionen, heute noch unter der Gewalt, die die unpersönliche herrschende Klasse durch ihren Staat ausübt. Aber die kontinuierliche und allgemeine Verschlechterung der sozialen Lebens- und Arbeitsbedingungen wird es mehr und mehr zu einer Reaktion zwingen. Die Kämpfe, die in der kapitalistischen Produktionsweise wie in jeder anderen Klassengesellschaft durch den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Formen, in denen sie gefangen gehalten werden, ausgelöst werden, können (und werden) von sehr wichtigen und konkreten praktischen Erfordernissen in Gang gesetzt: dem wachsenden Elend, dem Verfall von Arbeitervierteln oder ihrer „Gentrifizierung“, die die sozialen Beziehungen zerstört, den unmenschlichen Bedingungen, unter denen Gefangene gehalten werden, der Zerstörung und Vergeudung natürlicher Ressourcen, den Arbeitszeiten und -rhythmen, die töten und krank machen ... bis hin zu Militäreinsätzen und Kriegen.

Im Jahrzehnt von 2010 bis 2020 war es dem Mut und der Kampfbereitschaft der in der Logistik beschäftigten migrantischen Arbeiter zu verdanken, dass es mehr oder weniger überall in Italien einen bedeutenden Zyklus von kämpferischen Arbeiterkonflikten gab: Sie waren die Protagonisten, gerade weil sie keine sozialen Sicherheiten hatten – nicht der allgemeine italienische „Bürger“, der sich immer noch in einer privilegierten Position befindet, auf ein paar soziale Sicherheiten zählen kann und Angst hat, diese zu verlieren und unter den Bedingungen zu enden, die das Proletariat im Rest der Welt erduldet! Aber das Fortschreiten der Krise untergräbt selbst diese Sicherheiten und wird das Proletariat früher oder später dazu zwingen, sich gemeinsam auf eine Seite zu stellen und seinen Glauben an die Legalität und den demokratischen Staat in Frage zu stellen.

Das erhoffte „Erwachen des Bewusstseins“ (die Funken der Erkenntnis der Notwendigkeit eines umfassenderen Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaft und die Profitlogik) wird in der Tat ein Ergebnis des Kampfes sein, ein Spiegelbild der Kraft, die zum Ausdruck kommen kann, sowie natürlich des Eingreifens der revolutionären Partei in die Kämpfe.

Dieser Weckruf wird ertönen, wenn die sozialen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kämpfe nicht nur voranschreiten und sich intensivieren, sondern in Streiks und sozialen und territorialen Mobilisierungen explodieren, die die Produktion und den Markt zum Stillstand bringen, indem sie organisierte proletarische Gewalt einsetzen und anwenden, angefangen bei Streikposten, dem Wegfegen der Streikbrecher, der Blockierung jeglichen Transports von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Produkten, bis hin zur kollektiven Organisation von Enteignungen und Widerstandsfonds.

Es ist genau diese Perspektive, vor der sich die Bourgeoisie und ihr Staat fürchten: Angst vor einem Klassenkampf, der bis zum Ende geführt wird – vor einem Klassenkampf, der aus den unmittelbaren und begrenzten Beziehungen einer zwar kämpferischen, aber dennoch mit den Formen und Normen der gegenwärtigen Wirtschaft kompatiblen Gewerkschaftsbewegung hervorgeht und darüber hinausgeht, vor einem Klassenkampf, dem es mit dem entscheidenden Beitrag der revolutionären Partei gelingt, sich politische Ziele zu setzen, die nicht reformistisch, sondern anti-institutionell, außerparlamentarisch und antiparlamen-

Die italienische Basisgewerkschaft S.I. Cobas hat die Kampfbereitschaft und -Dynamik im Logistiksektor gut ausgenutzt, um Erfolge zu erzielen

tarisch sind. Davor haben sie Angst. Und es ist dieser Zusammenstoß, auf den sie sich vorbereiten, mit immer repressiveren Gesetzen, die zuerst die am wenigsten Integrierten, die Randständigen und all jene treffen, die sich nicht der Ordnung und den Ordnungen fügen: Gesetze, die nach dieser Logik als soziales Psychopharmaka wirken sollen.

Die Regime-Gewerkschaften und die Parteien der Pseudolinken berufen sich ihrerseits auf die Legalität und spalten und desorientieren so die Arbeiter. Deshalb werden die wenigen Beispiele echter Kämpfe, die kämpferisch sind und den Profit angreifen, tagtäglich durch die Arbeit des Staates unterdrückt: Von der „Justiz“ über die „Ordnungskräfte“ bis hin zu den Desinformationsmedien haben alle zu den widerlichsten Praktiken gegriffen, um zu verleumden, einzuschüchtern und zu unterdrücken – bis hin zu den faschistischen Trupps gegen Mahnwachen und den Lastwagen, mit denen Streikende überfahren und getötet wurden... Anklagen, Verhaftungen, Haftbefehle, Prozesse können in die Hunderte gezählt werden. Diese Kämpfe, die an vorderster Front von migrantischen Arbeitern geführt wurden, die in der Logistik beschäftigt sind, waren eine echte Lektion für das westliche Proletariat, das, weitgehend gelähmt durch die reformistische Illusion, immer noch leidet, ohne auf die Schläge der Wirtschaftskrise und den Angriff des Staates und der Bosse zu reagieren. „Die Kämpfe und diejenigen, die sie unterstützen, kriminalisieren“: das war, ist und wird die Parole der herrschenden Klasse, der Bosse, egal welche Farbe die Regierung hat, die sie vertritt. Denn jede Regierung ist und kann nichts anderes sein als das Geschäftskomitee des kollektiven Kapitalisten, das sich Staat nennt und von seiner im Parlament versammelten Aktionärsversammlung ernannt wird. Da es also (im Moment!) nicht möglich war, den Streik zu verbieten, wird der Streikposten, der das Instrument und der integrale Bestandteil des Streiks ist, angegriffen, und mit den neuesten Dekreten will man ihn illegalisieren, indem er zu einer Straftat wird.

Wir müssen im Hinterkopf behalten, dass die Verteidigung der kapitalistischen Produktionsweise, der Knüppel und das Tränengas der „Ordnungskräfte“, die Vorschriften der Richter und die Vermittlungen in der Präfektur eine unabdingbare Notwendigkeit für den Staat sind. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft ist eine einzige ununterbrochene Gewalt gegen das Proletariat, ob beschäftigt, arbeitslos, arbeitsunfähig, weiblich, männlich, jung, auf Haus- und Pflegearbeit beschränkt...! Und das Ganze funktioniert umso besser, wenn es „im Namen der Demokratie“ geschieht...

Die Gefängnisse und Justizvollzugsanstalten sind das Beispiel und die Verkörperung des Gewaltmonopols: Sowohl die „sozialen“ Gefangenen (diejenigen, die zu einem resignierten Leben in Arbeit, Konsum und Zustimmung normalisiert werden müssen) als auch die „politischen“ Gefangenen (diejenigen, die am bewusstesten gegen die Normen, Gesetze und Symbole des bürgerlichen Staates gehandelt haben, wenn auch auf eine andere Art und Weise und aus einer anderen Perspektive als die, für die wir arbeiten) landen dort. Es geht nicht darum, den Staat gut zu machen, sondern sich darauf vorzubereiten, ihn niederzureißen!

Der jüngste Gesetzentwurf (das so genannte Piantedosi-Dekret, benannt nach dem Innenminister) ist nichts Neues (und auch keine italienische Besonderheit). Durch Kritik und Kampf haben wir Kommunisten die Demokratie immer als eine Täuschung angeprangert, hinter der sich die Gewalt der Kapitalistenklasse verbirgt, die immer bereit ist, zu intervenieren, wenn die Lohnsklaven es wagen, zu rebellieren. Aber die Demokratie ist nur noch eine Maske, um den inhärenten Faschismus der kapitalistischen Gesellschaft zu verbergen: Sie

Es ist notwendig, gegen jede Regierung zu kämpfen und nicht nur gegen die derzeitige rechte Regierung in Italien unter Meloni

ist eine Notwendigkeit der Regierung, die der imperialistischen Phase eigen ist, in der wir das Pech haben, überall auf der Welt zu überleben.

Einigen „aufrichtigen Demokraten" zufolge wäre dieses jüngste Dekret „freiheitsmörderisch", von einem „Polizeistaat", der zur „Beseitigung jeder Form von Dissens und Beteiligung" führen würde. Es ist daher notwendig, sich daran zu erinnern, was Freiheit ist und was der Staat ist:

Was nützt es, von Freiheit zu sprechen, wenn hier wie überall die Gesellschaft dramatisch zwischen den Besitzern von Reichtum und Produktionsmitteln und den zunehmend verarmten, ausgebeuteten und ausbeutbaren Massen gespalten ist?

Tausende von Toten bei der Arbeit, Zehntausende von Verletzten, auch schwer und oft mit bleibenden Folgen, ungesunde Arbeitsbedingungen, unmenschliche Arbeitsrhythmen und -belastungen, Hungerlöhne, Prekarität, Elend, Ausgrenzung... Und immer mehr Kriege mit dem Abschlachten von Proletariern! Für die Bourgeoisie ist das keine Gewalt, das ist nicht das Leid, das Millionen von Proletariern in allen Ecken der Welt tagtäglich ertragen müssen!

Für uns und unsere Klasse ist es jedoch Gewalt: es ist Klassengewalt, bürgerliche Gewalt, die kein Mitleid mit dem Schicksal ihrer Lohnsklaven und der Welt, in der wir leben, hat.

Wir müssen daher erkennen, dass der Staat nichts anderes sein kann als das Werkzeug der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, ihres „sozialen Friedens". Freiheit ist nur die Freiheit, seine eigenen Angelegenheiten und Geschäfte zu regeln, und zwar durch das Monopol von Gewalt und Zwang. All das ist für uns Revolutionäre, die wir schon immer an der Seite und als Protagonisten der proletarischen Kämpfe standen, nichts Neues.

In den letzten Jahren häufen sich unter Anwendung der demokratischen Gesetze des Staates die Anzeigen und Strafverfahren: in den Fällen, die uns betreffen, geht es um die Verbrechen der privaten Gewalt, der Straßenblockade, der Unterbrechung der öffentlichen Dienste. Fantastische Straftatbestände, die von einem Gesetzbuch zum anderen weitergegeben werden: von den bereits im Königreich Italien geltenden bis hin zum sehr faschistischen Rocco-Gesetzbuch (das mehr oder weniger unverändert in die „Republik mit der demokratischsten Verfassung der Welt" weitergegeben wurde), zu dem 1975 das Reale-Gesetz hinzukam, bis hin zu den neueren und zahlreichen Sicherheitsdekreten, die den Straftatbestand des „Terrorismus" einführten: All dies, während die Italienische Republik, nach wie vor ein Vasall des Imperiums der Vereinigten Staaten von Amerika, zum Protagonisten von „militärischen Friedensmissionen" auf dem Balkan, im Kaukasus und im gesamten Nahen Osten wurde (nicht zu vergessen die gesellschaftliche Ausnutzung der „Pandemie").

Aber historisch gesehen hat das Verbot von Dissens und Protest die Notwendigkeit zu kämpfen nicht verhindert. Im 19. Jahrhundert wurden sogar die Arbeitergewerkschaften verboten: Die Notwendigkeit, sich zu verteidigen und Schlag auf Schlag zu antworten, trieb die Arbeiter jedoch dazu, sich auch gegen das Gesetz zu organisieren (um in der italienischen Provinz zu bleiben, jenes Gesetz, das genutzt wurde, um zuerst die Bewegung der Fasci Siciliani und unmittelbar danach die Mailänder Bewegung mit Kanonen zu beschießen). In jüngster Zeit sind trotz der extrem repressiven Gesetze Tausende und Abertausende von Proletariern, die keinerlei soziale Sicherheiten haben, auf die Straße gegangen: in ganz Nordafrika und im Nahen Osten während des sogenannten „arabischen Frühlings", in ganz Süd-

amerika zwischen 2018 und 2020, mit den jüngsten Aufständen in Kenia und Bangladesch, ohne den mutigen Kampf der jungen proletarischen Frauen im Iran zu vernachlässigen... Und selbst in privilegierten Ländern wie Frankreich und den USA haben sich Proletarierinnen und Proletarier Gehör verschafft.

Immer wieder greift die italienische Polizei Gewerkschaftsdemos mit Tränengas und Knüppeln an

Wie sehr sie es auch versuchen, staatliche Repression und Gewalt können eine Bewegung nicht aufhalten, die von den Widersprüchen angetrieben wird, die das Profitsystem erzeugt und nicht zu lösen vermag. Es gibt keinen guten, demokratischen Kapitalismus, vor allem nicht in dieser imperialistischen Phase, in die wir seit mehr als einem Jahrhundert eingetaucht sind und die durch die Monopole der Finanzgiganten und den Einsatz von Gewalt zur Verteidigung des Kapitals gekennzeichnet ist.

Diejenigen, die heute angesichts der ständigen Eskalation der Repression eine Rückkehr zur Legalität und zur Demokratie fordern, diejenigen, die von einem guten Vater- oder guten Mutterstaat träumen, neutral, ein Ausdruck des Willens und der Vermittlung des Volkes, diejenigen, die von einer „konfliktfähigen Demokratie“ träumen und sich damit zufrieden geben, diejenigen, die Brescia, Piazza Fontana, Bologna und Italicus vergessen haben, diejenigen, die Avola, Battipaglia, das Turin der „Krawallmacher der Arbeiterklasse“ vergessen haben, und diejenigen, die vergessen haben, dass Genua 2001 keine „Sicherheitsdekrete“ brauchte, sind wohl oder übel Verteidiger des gegenwärtigen Systems und, anstatt sich dafür einzusetzen, das Proletariat zu organisieren und ihm zu helfen, sich gegen die Gewalt des Staates zu verteidigen, entwaffnen sie es und liefern es hilflos seinen Peinigern aus.

Auch dieses letzte Dekret ist weder neu, noch überrascht es uns. Es ist dieser Kampfgeist, in Aktion seitens des eingewanderten Proletariats und potentiell seitens des gesamten Proletariats, das erkennen wird, dass es nie irgendwelche Sicherheiten hatte, der der Bourgeoisie und derem Staat Angst bereitet und sich daher in den repressiven Verordnungen widerspiegelt.

Wir Kommunisten hingegen begrüßen mit Begeisterung alle Beispiele von proletarischem Kampfgeist, Ungehorsam und sozialem Dissens, so wie wir Alfredo Cospitos mutigen Kampf gegen die Folter des 41bis-Antimafia-Gesetzes, das nun auch gegen soziale und politische Kämpfe angewendet wird, und die ersten, wenn auch zaghaften und „partisanischen“ Antikriegsaktionen unterstützt haben.

Unsere Antwort auf die Unterdrückung durch die bürgerlichen Staaten ist und wird notwendigerweise eine kollektive Aktion sein: eine harte, mutige und notwendige Antwort auf die legalisierte Gewalt der Bourgeoisie und ihres Staates.

Wir werden nicht müde, es zu wiederholen: Der Faschismus existiert bereits – er heißt Demokratie. Unsere Aufgabe ist es, ihn in all seinen Formen und Ausprägungen zu bekämpfen. Wir internationalistischen und revolutionären Kommunisten werden weiterhin an der Seite des Proletariats stehen, mit und in unserer Klasse, mit und in ihren Kämpfen, wohl wissend, dass dies seinen Preis hat. Wir werden weiterhin Parolen ausgeben und praktizieren, die zum Kampf, zur Arbeitersolidarität, zur unnachgiebigen Verteidigung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen aufrufen, innerhalb und gegen alle Grenzen, selbst wenn dies bedeutet, kriminalisiert zu werden. Wir arbeiten daran, alle Zäune, Spaltungen und falschen Gegensätze zu überwinden, die die Bourgeoisie und ihre Diener benutzen, um das Proletariat zu lähmen und zu spalten. Wir werden uns den Kriegen des Kapitals entgegenstellen, wie wir es immer getan haben, mit Defätismus und Verbrüderung, gegen jeden Staat, jedes Vaterland und alle bür-

gerlichen Nationen, angefangen mit der, in der wir leben.

Angesichts des Abschlachtens von Proletariern, die von ihren Regierenden zum Krieg aufgerufen werden, um sich selbst zu Mördern und Attentätern zu machen, heute in Russland wie in Palästina, in Israel wie in der Ukraine, in den USA wie in Italien und überall, werden wir für die Realität und die Notwendigkeit einer revolutionären, proletarischen, internationalen und internationalistischen Klassenidentität eintreten, daran arbeiten, sie verteidigen und der klassenübergreifenden, reaktionären und rückschrittlichen Identität und Einheit der „Völker“ entgegenzustellen.

Faschismus und Demokratie sind zwei unterschiedliche Seiten derselben Medaille

Unsere Klasse, das Proletariat, das alle Sprachen der Welt spricht, ist es dazu bestimmt, ein Nutztier in den Händen seiner Herren zu bleiben, ein Opfertier im Namen irgendeiner Gottheit, auf dem Altar irgendeines Vaterlandes, wenn es nicht revolutionär ist, wenn es nicht sein eigenes unabhängiges, internationales und antinationales politisches Programm verfolgt und vertritt, das in der revolutionären Partei verkörpert ist.

Auf die Gewalt des bürgerlichen Staates kann man nicht reagieren, indem man die andere Wange hinhält, sondern indem man sich darauf vorbereitet, ihm die Gewalt des organisierten Proletariats entgegenzusetzen, um ihn endgültig zu stürzen. Nur so, indem wir uns nicht ohne Mühe von seinen Trümmern befreien, kann die kommunistische Gesellschaft entstehen – die einzige Möglichkeit für eine klassenlose, staatenlose, gewaltfreie, kriegs- und ausbeutungsfreie Menschheit in einem harmonischen und letztlich nachhaltigen Verhältnis zur natürlichen Umwelt.

Übersetzt aus: il programma comunista, September/Oktober 2024

Zur aktuellen Entwicklung in der kurdischen Bewegung

PKK-Ikone Öcalan verkündet die Kapitulation

Wir drucken im Folgenden das Referat „Zur aktuellen Entwicklung in der kurdischen Bewegung“ ab, welches wir auf unserem offenen Treffen am 28. Februar in Berlin gehalten haben. Genau an diesem Tag wurde die lang angekündigte Friedens- oder besser Kapitulationserklärung Öcalans veröffentlicht, was zu einer sehr aktuellen und lebendigen Diskussion mit den Besuchern des Treffens führte. Obwohl die Repression des türkischen Staates kein Stück nachgelassen hatte, ja bis heute sogar noch stärker geworden ist, hatte Öcalan in diesem Aufruf behauptet, dass die Initiative des Faschistenführers „Herrn Devlet Bahceli“ und des „Herrn Präsidenten“ Erdogan ein Umfeld geschaffen haben, „in dem ich einen Aufruf zur Niederlegung der Waffen mache“. Er sagte sich, wie schon in seiner Roadmap von 2009, vom früheren „Einfluss des Realsozialismus“ los und verwarf jegliche Forderungen nach einem „separaten Nationalstaat, eine(r) Föderation, Verwaltungsautonomie oder kulturalistische Lösungen“. Bemerkenswert in seiner Erklärung war die Hervorhebung der tausendjährigen gemeinsamen Geschichte von Türken und Kurden: *„Türk:innen und Kurd:innen hielten es für unerlässlich, in diesem freiwilligen Bündnis zu bleiben, um ihre Existenz zu sichern und gegen Hegemonialmächte zu überleben (...) Das zweite Jahrhundert der Republik kann nur dann eine dauerhafte und geschwisterliche Kontinuität erreichen und sichern, wenn es von Demokratie gekrönt ist. Es gibt keine Alternative zur Demokratie...“* Die erklärtermaßen antistaatliche Demokratievorstellung Öcalans, die auf eine zivilgesellschaftliche Ergänzung des türkischen Staates hinausläuft (schon 2009 hatte er erklärt, dass seine Demokratisierung keinen Klassenbezug besitzt und eine abstrakte nichtstaatliche, flexible Lösung propagiert, „die einen Staat weder anstrebt, noch negiert, noch verleugnet“), wird hier ergänzt um den Zusammenhalt in diesem Staat gegen äußere Feinde, als die in der folgenden propagandistischen Begleitung Israel und der Iran identifiziert wurden. Dabei waren die Propagandisten der DEM-Partei sogar bereit, zusammen mit AKP-Vertretern die „Seele von Gallipoli“ zu beschwören, also den Geist jener erfolgreichen Schlacht des Osmanischen Reiches während des Ersten Weltkrieges gegen die Entente, an der alle osmanischen Subjekte, einschließlich Türken und Kurden beteiligt waren. Auch in Rojava, wo die Angriffe der türkischen SNF-Söldner weitergehen, orientiert die politische Führung auf einen Ausgleich mit den neuen, von der Türkei abhängigen islamistischen Machthabern, die allerdings ebenfalls zu keinen Zugeständnissen bereit sind. Trotzdem hat der SDF-Kommandeur Mazlum Abdi den Islamisten angeboten, dass die SDF den Abzug aller ausländischer Kämpfer in Rojava erleichtern würde, sobald Frieden und Wiedereingliederung erreicht seien. Und während am 6.März nach bewaffneten Zusammenstößen zwischen Alawiten und Islamisten in der Küstenregion Syriens mit den neuen syrischen Behörden verbundene Kämpfer, darunter auch SNF-Einheiten, eine Kampagne von Rachemorden und Massakern gegen vermeintliche „Reste des Assad-Regimes“ begannen, bei denen innerhalb von drei Tagen mehr als tausend Zivilisten getötet wurden, reiste der kurdische Militärführer Mazlum Abdi nach Bagdad. Dort unterzeichnete er eine Absichtserklärung, in der die Kurden als Teil der syrischen Gesellschaft anerkannt und vereinbart wurde, die politischen und militärischen Behörden Rojavas in die Regierungs- und Militärstrukturen Syriens zu integrieren. Dementsprechend drangen mit Damaskus verbundene Kämpfer in die von den SDF kontrollierten Gebiete ein, um die Grenzen zu übernehmen und beide Seiten verpflichteten sich gemeinsam die Gefangenen des IS zu bewachen und bei der Bekämpfung der „Assad-Überreste“ zusammenzuarbeiten. Dies alles, während die Massaker des neuen Regimes weitergingen!

Inzwischen hat sich die Situation in der Türkei zugespitzt. Der Versuch Erdogans, die größte politische Oppositionspartei CHP durch Verhaftungen und Einschüchterungen zu domestizieren, hat zu großen demokratischen Protesten geführt und die PKK, die schon ihre Selbstauflösung angekündigt hatte, fordert als wesentliche Vorbedingung mit Nachdruck die Freilassung ihres Führers und warnt Erdogan vor einer „Neubewertung ihrer Haltung". Egal wie der Machtkampf der bürgerlichen Fraktionen des Neu-Osmanischen Reiches ausgehen wird, die Arbeiterklasse hat bei allen nichts zu gewinnen und muss ohne demokratische Illusionen auf ihrem Terrain gegen die dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen kämpfen.

SDF-Oberkommandierender Abdi trifft sich mit Vertretern des US-Central Command

Friedensprozess oder „demokratische" Kollaboration mit dem türkischen Imperialismus?

Mit allgemein klingenden politischen Erklärungen das Terrain sondieren und in Gesprächen hinter verschlossenen Türen die Zielmarken austauschen, während die Betroffenen über die angestrebten Ergebnisse maximal im Unklaren gelassen werden, das sind die Mittel der Geheimdiplomatie. Mittel, derer sich die Herrschenden schon immer bedient haben, um ihre egoistischen Klasseninteressen durchzusetzen und Komplotte zu schmieden. Nicht umsonst haben Marx und Engels die Geheimdiplomatie der reaktionären Mächte des 19. Jahrhunderts entlarvt, nicht umsonst hat Lenin sofort nach der Oktoberrevolution alle Diplomatie offen und öffentlich gemacht. Der kommunistische Kampf beruht auf maximaler politischer und auch für alle nachvollziehbarer strategisch-taktischer Klarheit. Es ist die Bourgeoisie, die große wie kleine, die sich der Mittel der Geheimdiplomatie bedient. Während die ganze Welt orakelt, was telefonisch zwischen Trump und Putin besprochen wurde, schaut man v.a. in der Türkei und den kurdischen Gebieten auf die Gefängnisinsel Imrali und erwartet die „Friedensbotschaft" des großen kurdischen Führers Öcalan. Gleichzeitig werden unkommentierte Gespräche zwischen Funktionären der kurdischen politischen Organisationen in der Türkei und im Irak geführt. Für das Fußvolk bleiben blumige (aber selbstentlarvende) Kommentare, mit der sie auf die Akzeptanz des Kommenden eingeschworen werden sollen.

Für den Jahrestag seiner Gefangennahme am 15. Februar hatte Öcalan einen (inzwischen verschobenen) „historischen Aufruf für eine dauerhafte Lösung der Kurdenfrage und den Aufbau einer demokratischen Türkei" angekündigt, wie die Führung der „Partei der Völker für Gleichberechtigung und Demokratie" DEM mitteilte, die legal die Positionen der kurdischen Bewegung in der Türkei vertritt. Vertreter dieser HDP-Nachfolgepartei, die Öcalan nach langer Isolation im Gefängnis besuchen konnten, berichteten von seiner Absicht, die kurdische Bewegung „von der Grundlage des Konflikts und der Gewalt auf eine rechtliche und politische Grundlage zu lenken". Auch der Generalkommandant der PKK-Guerilla Murat Karayilan erklärte, dass *„die Waffen zweifellos keine Bedeutung mehr hätten", sollten demokratische Verhältnisse und ein gleichberechtigtes Leben möglich werden. Schon im August 2024 hatte die kurdische HDP- und DEM-Politikerin Caglar Demirel in einem Interview mit der Jungen Welt erklärt: „Wir können uns mit denjenigen an einen Tisch setzen, die die kurdische Frage lösen, Rechte in Bezug auf Sprache und Identität gewähren und die Verfassung in diesem Sinne ändern wollen."* (JW vom 15.08.24)

Diese Forderungen nach kultureller Autonomie im Rahmen des türkischen Staates scheint dem nach seinem Sieg in Syrien gestärkten und sich als Freund der unterentwickelten Länder verkaufenden türkischen Imperialismus ganz gelegen zu kommen, so dass er bereitwillig wieder an den vor zehn Jahren nach der Ausrufung von Rojava von ihm aufgekündigten Friedensprozess mit der PKK anknüpft. Es

SDF-Oberkommandierender Abdi trifft sich mit dem US-Central Command Kommandeur Kurilla

war bezeichnenderweise Erdogans faschistischer Koalitionspartner, der MHP-Chef Bahceli, der die erneuten „Friedensgespräche“ anstieß, während dessen rechter Konkurrent von der faschistischen Partei des Sieges (Zafer Partisi) jüngst wegen „Volksverhetzung“ in Untersuchungshaft genommen wurde. Dass die Repression gegen die kurdischen Gemeinden in der Türkei und der militärische Terror in Rojava weitergehen, ist die schmutzige Seite der Geheimdiplomatie und zeigt die Schwäche der kurdischen Verhandlungsposition nach dem Machtwechsel in Syrien. Bezeichnend ist dementsprechend die kurdische Selbsteinordnung der neuen diplomatischen Initiative: *„Öcalan ziele mit seinen Vorschlägen für eine Lösung der kurdischen Frage darauf, ‘die Tür für imperialistische Ambitionen gegenüber dem Iran, dem Irak, Syrien und der Türkei zu schließen’, um die Völker davor zu bewahren, ‘ein neues Gaza und ein neues Bagdad zu erleben’, erfuhr die kurdische Nachrichtenagentur Mazopotamya aus der DEM-Partei.“* (JW v. 30.01.25)

Hier wird, ganz im Sinne ihrer Selbststilisierung, die imperialistische Türkei als Opfer und Leidtragender imperialistischer Großmachtspolitik dargestellt, ja als „demokratischer“ Bündnispartner verkauft! Hier zeigt sich der ganze Opportunismus der Kurdischen „Arbeiter“-Partei PKK, die nicht im internationalen proletarischen Klassenkampf die Kraft sieht, um die bestehenden Machtverhältnisse aufzubrechen, sondern in den imperialistischen Kräfteverschiebungen die realpolitischen Ritzen sucht („Durch eine flexible Strategie der Bündnisse, einen Freiraum für die eigenen politischen Projekte zu schaffen“, wie ihre Anhänger positiv verkaufen wollen). So hat man sich den USA an den Hals geworfen und als Dank für die militärische Unterstützung gegen den IS die US-Sanktionspolitik gegen das reaktionäre Assad-Regime unterstützt. Als die USA 2019 drohten, diese Zusammenarbeit zu reduzieren, wollte man sich der Assad-Schutzmacht Russland annähern: *„Wir hoffen, dass Russland mehr Respekt zeigt, den Willen der anderen sieht und ein demokratisches Verhalten an den Tag legt.“* (PKK-Gründungsmitglied und Ko-Vorsitzender der Union der Gemeinschaften Kurdistans am 09./10. 02. 2019 im JW-Interview). Als die Türkei im letzten Jahr ihre islamistischen Söldner-Truppen zum Generalangriff auf das morsche Assad-Regime in Bewegung setzte, griffen die prokurdischen Selbstverteidigungseinheiten ebenfalls die Syrische Armee an, um nach dem Siegesmarsch der Islamisten wieder an die USA und ihren Anhang zu appellieren: *„Die internationale Koalition, zu der Staaten wie die USA, England und auch Deutschland gehören, muss wissen, dass sich im Falle anhaltender Angriffe der Türkei und von deren islamistischen Verbündeten der IS wieder regenerieren kann.“* (Der stellvertretende Ko-Vorsitzende des Exekutivrates von Rojava Hesen Kocer am 03.12.2024 im ND-Interview).

Hier zeigt sich die ganze historische Schwäche und Hilflosigkeit, aber auch der Verrat einer schon vor ihrer Entfaltung vergreisten nationalen Bourgeoisie. Genauso wie das palästinensische Volk, das durch die willkürliche Grenzziehung der imperialistischen Mächte nach dem Ersten Weltkrieg in seiner nationalen Entwicklung behindert und durch die Schwäche der antikolonialen bürgerlich-revolutionären Welle nach dem Zweiten Weltkrieg verraten wurde, ist auch die kurdische Nationalbewegung ein Überrest dieser Epoche und heute Opfer der brutalen imperialistischen Neuverteilungskriege. Die an ihnen begangenen Verbrechen mobilisieren eine internationale Solidarität und teilweise auch militante Bereitschaft junger proletarischer Aktivisten, die jedoch unter der falschen Fahne des Antiimperialismus und Antifaschismus für eine historisch überholte bürgerliche Sache missbraucht wird.

Der klassenlose kleinbürgerliche „Sozialismus“ der PKK und sein klägliches Ende

Als die PKK Ende der 1970er Jahre gegründet wurde, war die bürgerlich-revolutionäre Phase in der „Dritten Welt“, die mit dem Sieg der (bürgerlichen) chinesischen Revolution nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, an ihr Ende gekommen. Die unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien hatten sich schnell zu reaktionären Regimen entwickelt und ins Konzert der imperialistischen Mächte eingefügt, ja selbst imperialistische Praktiken entwickelt (im Nahen Osten schlossen die arabischen Staaten ihren Frieden mit dem Imperialismus und kollaborierten auf Kosten der palästinensischen Nation mit dem imperialistischen Revolverstaat Israel, im Fernen Osten marschierte Vietnam in Kambodscha ein, China in Vietnam etc.). Während es das Proletariat aus verschiedenen Gründen nicht schaffte, die bürgerlichen Revolutionen über ihre bürgerlichen Ziele hinauszutreiben (entsprechend des marxistischen Konzeptes der doppelten Revolution), hatte der Imperialismus eine weltweite Kapitalisierung und Proletarisierung durchgesetzt. Dadurch wurde das Terrain des proletarischen Klassenkampfes erweitert und die antiimperialistischen Rechtfertigungen der jungen Bourgeoisien untergraben, mit denen sie vom Proletariat die Aufopferung seiner eigenen Forderungen verlangen konnten. Allerdings ist das auch der Grund – wie wir in unserer Analyse „Der Abschluss der bürgerlich-revolutionären Phase in der Dritten Welt“ (Kommunistisches Programm Nr. 28, September 1981) schrieben – „weshalb uns die Bourgeoisie am Ende ihres Zyklus eine Menge noch nicht durchgeführter Aufgaben als ‘Erbschaft’ hinterlässt, um die sich das Proletariat nun kümmern muss.“ Für den Nahen Osten definierten wir damals: *„Revolten gegen die Reste des alten Grundeigentums, Frage der Religion und Weltlichkeit des Staates, Frage der Republik, Gleichheit der Rechte, sehr zugespitzte Religions- und Frauenfrage, Revolte unterdrückter nationaler Minderheiten (Kurdistan) und gegen die Reste direkten Kolonialregimes (Israel).“* Diese Aufgaben zu lösen, ist seitdem nur im Rahmen der rein proletarischen Revolution möglich.

In dieser historischen Situation erfolgte 1978 die Gründung der PKK und nach der Ausbildung in syrischen Palästinenserlagern 1984 die erste große militärische Aktion in der Türkei, mit der sie ihr proklamiertes Ziel unterstrich, „den Kampf unseres Volkes um nationale Unabhängigkeit, eine demokratische Gesellschaft, Freiheit und Einheit unter Führung der PKK gegen den Imperialismus, den türkischen Kolonialfaschismus und ihre einheimischen Lakaien bewaffnet zu führen.“ Anfangs von den türkischen stalinistischen und maoistischen Organisationen durchaus befeindet, die ebenfalls den antikolonialen Kampf gegen eine „halbfeudale und halbkoloniale“ Türkei für sich in Anspruch nahmen, gelang es der PKK zunehmend, nicht nur die Hoffnungen der kurdischen Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, sondern auch türkischer (und internationaler) „Linker“ auf ihren Kampf zu orientieren. Mit einer maximalen theoretischen und organisatorischen Flexibilität reagierte sie auf die imperialistischen Kräfteverschiebungen. Nachdem ihr Führer Öcalan sein Exil in Damaskus verlassen musste und 1999 von der Türkei gekidnappt wurde, entwickelte er das Konzept des demokratischen Konföderalismus, das dann in den Ritzen der imperialistischen Ränkespiele in Syrien (Rojava) versuchte Platz zu nehmen.

Die PKK ist inzwischen zum Bündnispartner der maoistischen und stalinistischen türkischen Organisationen geworden, die im Verkennen der realen imperialistischen Entwicklung der Türkei und den Vorstellungen einer antiimperialistischen und antifaschistisch-demokratischen Revolutionsetappe ihre gemeinsame theoretische Grundlage gefunden haben. Die klassenübergreifende maoistische „neue Demokratie“ und der klassenlose „demokratische Konföderalismus“ haben sich in der „Vereinigten Revolutionären Bewegung der Völker“ (HBDH)

Anhänger der PKK auf einer Demonstration

zusammengefunden. Mit ihr wollen PKK, MLKP, TKP-ML etc. die Türkei demokratisieren und die kurdische Frage lösen. Es ist dabei nicht nur die kleinbürgerliche PKK, die Illusionen in eine demokratische Türkei schürt, sondern auch die ach so marxistisch-leninistische MLKP, die sich jedem Verständnis der eigenständigen imperialistischen Expansionspolitik der Türkei im Nahen Osten, in Afrika, im Kaukasus... verweigert und angesichts der jüngsten Entwicklung in Syrien z.B. erklärte: *„Das tatsächliche Ziel hinter der Offensive in Syrien war der Kampf für die Interessen Israels im Mittleren Osten.“* (Elende Boran, Mitglied im Organisationskomitee des 30. Jubiläumsfestivals der MLKP am 18.12.2024 im JW-Interview).

Die PKK nennt sich „Arbeiter“-Partei hat allerdings ein rein bürgerlich-demokratisches Programm, das weder vom wissenschaftlichen Sozialismus ausgeht noch die Abschaffung der Warengesellschaft und den Kommunismus zu Ziel hat. Sie verbindet eine reformistische Unmittelbarkeit mit bürgerlich-demokratischen Gleichheitsforderungen.

Die 2013 vom türkischen Geheimdienst in Paris ermordete Mitbegründerin der PKK Sakine Cansiz formulierte diese Theorie so: *„Wir haben uns dem Sozialismus nie utopisch angenähert. Er war für uns nie etwas ganz weit entferntes. Wir haben eher geschaut, wie sich Freiheit, Gleichheit und Sozialismus verwirklichen lassen. Wie können wir anfangen, diese Prinzipien in unserem Leben umzusetzen?“* (zitiert nach JW vom 30.03.2017) Was sich hier als besonders radikaler und praxistauglicher „Sozialismus“ gebärdet, endet leider als bürgerlicher Demokratismus, der ja bekanntlich die formale Gleichheit und Freiheit der Lohnabhängigen als Grundlage hat. Einen „Sozialismus“ ohne Kenntnis des historischen Materialismus, der kapitalistischen Warengesellschaft und des proletarischen Klassenkampfes kann es aber nicht geben. Der Marxismus hat alle utopischen Freiheitsvorstellungen mit seiner wissenschaftlichen Methode widerlegt. Wenn die „Sozialismus“-Vorstellungen der PKK an die nichtstaatlichen Gemeinschaften in Mesopotamien anknüpfen wollen, so hat das wenig mit den kurzzeitigen Hoffnungen von Marx und Engels in die russischen Kommunen des 19. Jahrhunderts zu tun, als vielmehr mit einer vollkommenen Unkenntnis materialistisch determinierter Gesellschaftsprozesse bzw. einem reinen politischen Opportunismus.

Öcalan erklärte den „Demokratischen Konföderalismus“ als „flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten und das den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird. (...) Sein Ziel ist nicht die Gründung eines kurdischen Nationalstaates.“ (ND v. 12/13.10.2019) Es ist ja auch nicht schwer zu erkennen, dass angesichts der durch die weltweite kapitalistische Krisenentwicklung zunehmenden innerimperialistischen Widersprüche und Klassenkämpfe die Uhr für eine nationalstaatliche kapitalistische Entwicklung endgültig abgelaufen ist. Also bedient man sich verschiedener gesellschaftspolitischer Finten, um mit dem anachronistischen Rüstzeug einer emanzipatorischen Demokratie wirksam zu werden.

Erdölförderung in den kurdischen Gebieten in Syrien

„Wir wollen die Transformation der Demokratie. Wir wollen zunächst das Gesellschaftssystem in unserer Region verändern – und wir tun das im Schatten der übrigen Staaten“, erklärte das Mitglied des kurdischen Nationalkongresses Nursel Kilic, um dann festzustellen: *„Wir sind überzeugt, dass unser Modell auch in Europa gut funktionieren könnte. Dort existiert bereits eine Verfasstheit, die verschiedene Gesetzlichkeiten der Partizipation der Bevölkerung, der Menschen- und Frauenrechte und des Säkularis-*

mus beinhaltet." (Interview in JW vom 06./07. 01.2018) Als wäre die Demokratie hier im entwickelten Kapitalismus etwas anderes als die ideologische Fassade der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Nicht erst in Zeiten der Krise und des Krieges sehen wir doch, wie die demokratische Ideologie für die imperialistische Kriegspolitik instrumentalisiert werden kann. Und hier zeigt der kurdische demokratische Ansatz dann auch sein nacktes realpolitisches Gesicht: *„Wir sind uns der vielen unterschiedlichen Interessen der Großmächte bewusst, müssen aber Allianzen schmieden, um die Demokratie zu verteidigen."* (ebenda) Zu welchen Allianzen die kurdische Bourgeoisie dabei bereit ist, zeigte sie in Rojava, wo sie engstens mit dem US-Imperialismus kollaborierte und z.B. die Erdölförderung, die ihr ökonomisches Rückgrat darstellt, in Kooperation mit US-Konzernen unter ihre Kontrolle brachte.

Solche weit verbreitete Kritik kontern die Anhänger der „einzigen Volksrevolution im 21. Jahrhundert" in Rojava: *„Wenn also diejenigen, die die taktischen Beziehungen zu den USA kritisieren, aufrichtig um die Revolution 'besorgt' sind, dann sollten sie deren kommunistische Komponenten und antiimperialistischen Inhalt mit aller Kraft unterstützen."* (die Sprecherin der in Nord- und Ostsyrien aktiven „kommunistischen" Jugendorganisation CKS Ekin Isyan am 14.02.25 im JW-Interview).

Doch was sollen diese „kommunistischen Komponenten" sein, für die die jungen Proletarier hier in den Kampf getrieben werden sollen?

„Unser politisches Projekt kritisiert den Kapitalismus: die Monopol- und Vormachtstellung, die profitorientierte Unternehmen in dem System erhalten.", beschrieb Nursel Kilic vom Kurdischen Nationalkongress den kurdischen „Antikapitalismus" im schon erwähnten JW-Interview. Und wie der liberale Traum eines freien Konkurrenzkapitalismus ohne Monopole in Rojava aussieht, beschrieb das Vorstandsmitglied der „Union der Kooperativen Rojavas" Resat Kaymaz: *„Im ganzen Mittleren Osten herrscht Kapitalismus. Aber als Alternative dazu bauen wir als Aktivisten des Demokratischen Konföderalismus gerade eine demokratisch-gesellschaftliche Ökonomie auf. Das funktioniert vor allem über Kooperativen, also Genossenschaft. (...) Wir wollen einen eigenen Markt aufbauen, so dass der kapitalistische Markt immer kleiner wird. (...) Enteignungen entsprechen auch nicht unserer Weltanschauung. (...) Es gibt hier Marktfreiheit."* (ND-Interview vom 04.05.2018).

Was solche sozialpolitischen Vorstellungen, die Lohnarbeit und Konkurrenz erhalten wollen, mit dem Kommunismus zu tun haben, der ja gerade den Kapitalismus aus der Warenform abgeleitet und die „Expropriation der Expropriateure" zum Programm erhoben hat, bleibt das Geheimnis der Antiimperialisten. Das ganze idealistische Gerede von geschlechtlicher Gleichberechtigung und Partizipation ist nichts als ein Betrug, wenn nicht die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Totalität der Warenform beseitigt wird. Diese Beseitigung ist die historische Aufgabe des Proletariats, für das es mit offenem Visier kämpft, während die Bourgeoisie für ihren Betrug die Geheimdiplomatie benötigt.

Abschließend bleibt festzustellen: Bei allem Elend der imperialistischen Realität, des faschistischen, islamistischen und zionistischen Terrors im Nahen Osten gibt es für das Proletariat keinen Ausweg im Bündnis mit der Bourgeoisie. Es ist allein die multinationale Arbeiterklasse, die über ihre soziale Einheit im Kampf auch zur politischen Einheit finden kann. Die kämpfenden lohnabhängigen Massen auch in Kurdistan werden sehen, dass die in imperialistische Ränkespiele verstrickten politischen Führer der PKK und ihrer Frontorganisationen nicht ihre Vertreter sind, genauso wenig wie die neue Mittelschicht der parteipolitischen kurdischen Bewegung, die um ihren Platz in den Regionalverwaltungen kämpft.

Es ist die Aufgabe der Internationalen Kommunistischen Partei gegen jede nationalistische und identitätspolitische Spaltung des weltweiten Proletariats aufzutreten und den gemeinsamen, solidarischen und gleichberechtigten Klassenkampf gegen alle Ausbeuter zu fördern!

Vortrag der Redaktion der Zeitschrift Kommunistisches Programm auf der linken Literaturmesse in Nürnberg am 2. November 2024:

Der kurze Weg der autonomen Antifa vom Selbstschutz zur Demokratie-NGO –

über das Aufgehen des linken Hegemonie-Kampfes im Kriegskapitalismus

Mit althergebrachter aktivistischer Antifa-Attitüde und etablierter „Subkultur"-Kompetenz scheint sich ein Teil der linken Szene in ihr letztes Gefecht begeben zu wollen. Vor dem Hintergrund der AFD-Wahlerfolge wird das Drohbild der faschistischen Machtergreifung gezeichnet und in politisch-kulturellen Events auf den Plätzen von Erfurt, Dresden und Potsdam der ganz große Schulterschluss gegen Rechts gesucht. Doch die demokratische Identität, die hier in einer Front mit den Regierungsvertretern des Krisen- und Kriegskapitalismus beschworen wird, steht offensichtlich für immer mehr Menschen im Widerspruch zu ihrer proletarischen Lebensrealität. Statt linker Demokratiekritik setzt sich rechter Autoritarismus durch. Was als autonome Militanz gegen die unmittelbare Nazibedrohung begann, ist als politisches Konzept zum systemstabilisierenden, parlamentarischen Rechts-Links-Theater geworden. Der klassenlose autonome Subjektivismus und die idealistische Verabsolutierung des politischen Raums, die mit dem von Gramsci entlehnten Begriffen der Hegemonie die ökonomisch determinierte Klassenrealität ignoriert, war eine Ursache dieses Irrwegs, der allerdings seit den 90er Jahren mit – jetzt bedrohten – Staats- und Stiftungsgeldern für einige ehemals autonome Politaktivisten gepflastert war.

Doch die fetten Jahre sind vorbei und der Niedergang ist offensichtlich: War die autonome Antifa – im wahrsten Sinne des Wortes – einer der schlagkräftigsten Teile der in den 1980er Jahren noch starken sog. linksradikalen Szene und ordnete in ihrem theoretischen Verständnis auch die Neo-Faschisten in ihrer Funktion für das zu bekämpfende imperialistische System ein, so ist sie heute weitgehend Teil des Demokratierettungsspektakels geworden. Es zeigt sich wieder einmal, welche fatale Konsequenz eine falsche theoretische und politische Orientierung hervorbringt.

Während sich die historische Tragödie des Antifaschismus der 1920er bis 1940er Jahre damit als Farce wiederholt, wendet sich diese Farce – um den bekannten Bonmont von Marx zu nutzen - für die gerade von der Repression betroffenen letzten Antifa-Militanten wieder zur Tragödie. Ohne Kapitalismusanalyse und ohne Klassenposition wird aus einem Teil des Kampfes ums Ganze radikale Attitüde, während der Rest seine politisch-kulturelle Kompetenz in Demokratie-Werbeveranstaltungen einbringt. Als ein grausiges Beispiel hierfür sei nur die Kundgebung am Vorabend der Brandenburgwahl in Potsdam genannt, bei der zum „Wählen gehen" aufgerufen und von der Bühne aus sogar die NATO-Kriegspolitik gegen den „Faschisten Putin" unterstützt wurde.

Die Autonome Antifa[M] aus Göttingen führte in den 90ern mit ihrem schwarzen Block oft Bündnisdemos an

Schlaglicht „Antifa-Debatte"

Woran liegt es, dass sich für radikal und antikapitalistisch haltende Antifas an solch widerwärtigen Spektakeln beteiligen?

Die derzeit laufende Antifa-Debatte zwischen offensichtlich westdeutschen, eher ML-geprägten

Antifas und „antideutsch“ geprägten Antifas, die viel Wert auf ihre Ostidentität legen, liefert Aufschluss.

Beiden Fraktionen ist gemeinsam, dass sie von einer vermeintlich akuten Gefahr einer „faschistischen Machtergreifung“ ausgehen. So schreiben die Leipziger Dokumentaristen dieser Debatte in ihrer Einführung: *„die von der bürgerlichen Gesellschaft totgeglaubten Gespenster der Vergangenheit – die faschistischen Bewegungen weltweit – (...) versuchen, nach der Macht zu greifen.“* (S.4)

Die ostdeutschen Antifas fordern, dass sich die radikale Linke auf den Antifaschismus fokussiert: *„Wenn keine Neuorientierung wirksam wird, ist alles aus, und dann kommt der Faschismus und damit der Tod.“* (S. 20) Sie stimmen im Bedrohungsszenario mit den westdeutschen Initiatoren der Debatte überein, die in ihrem Papier „Zeit zu handeln“ auch im Vormarsch der Faschisten „im vorpolitischen Raum“ und beim reaktionären Staatsumbau (sie nennen als Beispiel Italien) das Hauptproblem sehen, das über breite Bündnisse gegen die Wahlerfolge der AFD angegangen werden soll.

Antifaschismus ist anschlussfähig an alle bürgerlichen Kräfte

Beiden Fraktionen ist gemeinsam, dass sie keine historisch-materialistische Analyse des Faschismus haben. Während die ML-Antifas noch versuchen, mit einem hölzernen Materialismus den Zusammenhang zwischen dem Aufschwung faschistischer Kräfte und der kapitalistischen Krise herzustellen, separieren die antideutsch geprägten Antifas die faschistische Gefahr von der normalen kapitalistischen Entwicklung, indem sie die „bürgerliche Gesellschaft“ dafür kritisieren, dass sie *„den Faschismus nicht bezwingen konnte“* (S.11). Einig sind sich beide in dem Bestreben „das Schlimmere zu verhindern“. Dafür fordern dann NRW-Antifas allen Ernstes *„Kampfformen wie Reformismus*“ (S.34) und schreiben: *„Ohne Gewerkschaften, bürgerliche Parteien und diejenigen, die lieber in einer kapitalistischen Demokratie mit liberaler, konservativer oder sozialdemokratischer Regierung leben (...) wird der Kampf schwer.“* (ebenda) Hier wird nicht einmal eine Dialektik zwischen dem Kampf um Reformen und einer revolutionären Perspektive bemüht, sondern platteste Apologetik bürgerlicher Politik betrieben. Als wenn der krisengetriebene Kapitalismus ein Wunschkonzert wäre, aber so ist es, wenn man den politischen Raum idealistisch verabsolutiert!

Die Absurdität eines derartigen Auseinanderklamüserns der bürgerlichen Politik in weniger oder mehr „Rechte“ wird auch anhand eines Zürcher Antifaplakates deutlich: Ein Zwille schießender Antifa „links unten gegen rechts oben“. Da stellt sich doch unweigerlich die Frage: Und was ist mit links oben? Heute werden doch – zumindest in Deutschland – soziale Angriffe und Kriegspolitik mit linker Demagogie von Umweltschutz und Menschenrechten von den Herrschenden legitimiert. Sicher es war schon immer so, dass die Linke die Vorarbeit gemacht hat (die Reformisten historisch die Arbeiter entwaffnet und niedergeschlagen haben) und dann die Rechten durchmarschiert sind und die finale Drecksarbeit erledigt haben. Auch für die Umsetzung der sozialdemokratisch geforderten Kriegsfähigkeit wird es perspektivisch mehr als Regenbogenfahnen benötigen… Aber um bei der bildlichen Antifadarstellung zu bleiben: Wer sich nur gegen oben recht wendet, landet links in der Mitte.

Kurioserweise wird das reformistische Bemühen der westdeutschen ML-Antifas, mit einem Thematisieren der sozialen Frage die fehlgeleiteten Arbeiter von Rechts wegzulocken von den ideologiekritisch geschulten Ost-Antifas richtig als politisch-funktionale Haltung zur Arbeiterklasse betrachtet. Sie schreiben: *„Wir sehen also, dass es einen Kampf um das Proletariat gibt: Während auf der einen Seite (leider wenig erfolgreich) Kommunist:innen sich darum bemühen ihnen zum Klassenbewusstsein zu verhelfen, stehen auf der anderen Seite die Faschisten bereit, um das Proletariat davon abzubringen.“*

Warum den Kampf auf Faschismus beschränken?

(S.60) Und sie bescheinigen ihren ML-Kontrahenten selbst ein verdinglichtes Bewusstsein, *„weil sie auch in den Zielen ihrer Agitation bloß Objekte in einem statischen Prozess erkennen können.“* (S.61) Allerdings trifft diese richtige Kritik auch auf die Kritiker selbst zu, sind sie in ihrer Betrachtungsweise doch selbst statisch, solange sie vom Arbeiter an sich, wie er heute geht und steht, ausgehen und das marxistische Verständnis der Arbeiterklasse an sich und für sich ausblenden. Es ist eine Binsenweisheit des Marxismus, dass die Arbeiter an sich Warensubjekte sind und sich erst im Kampf zur Klasse für sich formieren können. Marx hat diesen Sachverhalt schon in seiner Polemik gegen Proudhon (Das Elend der Philosophie) dargestellt: *„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nun in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“* (MEW 4, S. 180f.)

Den Texten aller Antifa-Debattenteilnehmern ist gemeinsam, dass sie keinen proletarischen Klassenstandpunkt beziehen. Sie gehen vom staatsbürgerlichen Subjekt aus, mit dem sie den Kampf um die politische Hegemonie gewinnen wollen. Den *„Zusammenschluss der vereinzelten Einzelnen unter Voraussetzung der Reflexion und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft (..) unabhängig ihrer gesellschaftlichen Lage“*, fordern die antideutsch geprägten Antifas (S.7) – das gleiche, aber abhängig von ihrer gesellschaftlichen Lage als Lohnarbeiter, fordern die ML-geschulten Antifas.

Gramscis theoretische Fehlleitung ...

Der klassenlose autonome Subjektivismus und die idealistische Verabsolutierung des politischen Raums, die mit dem von Antonio Gramsci entlehnten Begriff der Hegemonie (der bezeichnenderweise auch von Rechten genutzt werden kann) die ökonomisch determinierte Klassenrealität ignoriert, ist eine Ursache dieses antifaschistischen Irrwegs. So attraktiv für die linksradikale Vorstellungswelt offensichtlich Gramscis Kritik eines mechanischen, kontemplativen Materialismus ist, wie ihn Sozialdemokratie und Stalinismus vertreten haben – nicht zu unterschätzen ist auch die Attraktivität seines offenen Marxismus für Intellektuelle – so negiert Gramsci mit seiner Philosophie der Praxis gerade die materialistische Determiniertheit des Klassenkampfes und zwängt ihn in den bürgerlichen Vermittlungsrahmen. Im Gegensatz zum marxistischen Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft als Warengesellschaft mit einem entsprechenden ideologischen und staatlichen Überbau, vertritt Gramsci die Theorie, dass sich zwischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang die bürgerliche (Zivil-)Gesellschaft befindet. In dieser tobt ein Kampf um die Hegemonie. Triebfeder der staatlichen Entwicklung sind für Gramsci nicht die Anforderungen der kapitalistischen Akkumulation, die Niederhaltung der Arbeiter und die Bewältigung von Krisen, sondern die vorherrschenden Bewusstseinsformen. Die Einheit der Gegensätze ist für ihn das Gleichgewicht zwischen der politischen Gesellschaft und der kulturellen Gesellschaft, der Kampf der Gegensätze findet als Kampf um die „Hegemonie einer sozialen Gruppe über die gesamte nationale Gesellschaft, ausgeübt durch die sog. Privatorganisationen wie Kirchen, Syndikate, Schulen usw.“ statt. Gramsci geht also von statischen ökonomischen Verhältnissen aus, die in ihrer sterilen Quantität auch die Arbeiterklasse umfassen und sieht die neue Qualität nur im Kampf um Hegemonie in der Zivilgesellschaft, der von den linken Intellektuellen geführt wird, es gibt keine materialistisch determinierte Widerspruchsetzung (Ausbeutung, Krise, Krieg), die die revolutionäre Klassenbewegung befördert. Ein vermeintlicher Mar-

xismus ganz ohne proletarische Revolution, Diktatur des Proletariats, Enteignung, dessen Attraktivität für klassenlose Kulturlinke selbstverständlich ist, die sich lieber mit dem Staat versöhnen als mit der aufbegehrenden Klasse.

Antifa ist alles und nichts

... und die Wurzeln des Antifaschismus

Ob es den heutigen Antifas passt oder nicht, Theorie und Praxis des Antifaschismus sind entstanden in der Kommunistischen Internationale, seine politische Formierung ging eng einher mit der Durchsetzung des Opportunismus und Stalinismus in der internationalen kommunistischen Bewegung, weswegen wir diesen historischen Rückblick machen müssen.

Der Antifaschismus ist in der jungen Kommunistischen Internationale als taktische Reaktion auf das Aufkommen der faschistischen Konterrevolution am Ende des 1. Weltkrieges entstanden. Der Faschismus organisierte mit radikalisierter bürgerlicher und auch sozialdemokratischer Ideologie (nationalistischer Burgfrieden) deklassierte Proletarier und radikalisierte Kleinbürger in militaristischen Organisationen gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratischen Sozialchauvinisten, die 1914 auf die Seite des Kriegskapitalismus übergegangen waren und sich am Ende des 1. Weltkrieges maßgeblich an der Niederschlagung der revolutionären Welle beteiligten, waren Teil der bürgerlichen Diktatur geworden.

Der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei von Italien Amadeo Bordiga beschrieb im November 1922 auf dem IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale das Wesen des Faschismus:

„Der Faschismus vereinigt gleichzeitig die reaktionäre Gewalt und das demagogische Geschick, womit die bürgerliche Linke es stets verstanden hat, das Proletariat zu betrügen (...) Was den Einfluß auf die Massen betrifft, so haben wir hier eine Nachahmung der klassischen Haltung der bürgerlichen Demokratie vor uns: wenn man behauptet, dass alle Interessen sich dem überlegenen nationalen Interesse unterordnen müssen, so bedeutet das, dass man im Prinzip eine Zusammenarbeit der Klassen unterstützt, während man in der Praxis nur die konservativen bürgerlichen Institutionen gegen die revolutionären Selbstbefreiungsversuche des Proletariats unterstützt. Dasselbe hat die liberale bürgerliche Demokratie immer getan.

Das neue im Faschismus besteht darin, dass er die bürgerliche Regierungspartei organisiert. Die politischen Ereignisse auf der Tribüne des italienischen Parlaments haben den Glauben erweckt, dass der bürgerliche Staatsapparat in eine derartige Krise geraten ist, dass ein Stoß von außen genügen würde, um ihn zu zerbrechen. In Wahrheit handelt es sich bloß um eine Krise der bürgerlichen Regierungsmethoden, die entstanden war infolge der Ohnmacht der Gruppierungen und der traditionellen Leiter der italienischen Politik, die es nicht vermochten, den Kampf gegen die Revolutionäre während einer scharfen Krise zu führen. Der Faschismus schuf ein Organ, das befähigt war, die Rolle des Hauptes der Staatsmaschine in diesem Land zu übernehmen. (...) Unserer Meinung nach ist der Faschismus ein Mittel, sich durch alle den herrschenden Klassen zur Verfügung stehenden Mittel, die Macht zu sichern, wobei sie sich sogar die Lehren der ersten Proletarierrevolution – der russischen Revolution – zunutze machten. Sobald es sich um eine ökonomische Krise handelt, genügt der [wie man heute sagen muß vorfaschistische] demokratische Staat nicht, um die Macht aufrechtzuerhalten. Es bedarf einer einheitlichen Partei, einer einheitlichen gegenrevolutionären Organisation.“

Die Betonung der Gemeinsamkeit der bürgerlichen Demokratie und des Faschismus in der Diktatur des Kapitals und die Erkenntnis des Faschismus als zusammenfassende Diktatur des Kapitals und nicht

als bonapartistische Diktatur des Kleinbürgertums oder Diktatur von Elementen des Kapitals, wie es damals und später der Opportunismus vertrat, lässt nur eine proletarische Antwort zu: Den proletarischen Klassenkampf!

Demgegenüber brachte der Antifaschismus, der auf dem 4. und 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1922 und 1924 diskutiert wurde, eine Bündelung von Abweichungen von der auf dem 2. Weltkongress 1920 entwickelten taktischen Generallinie hervor bzw. verstärkte die von Anfang an von der kommunistischen Linken kritisierten opportunistischen Abweichungen.

Erste Abweichung: Nationalismus

Ein markantes Beispiel dafür war der sog. Schlageter-Kurs der KPD während der französischen Ruhrbesetzung 1923. Ausgelöst durch ausbleibende Reparationszahlungen, zu denen Deutschland gemäß des Versailler Vertrages verpflichtet war, besetzten französische Truppen das Rheinland. Das deutsche Kapital praktizierte einen sog. passiven Widerstand, den faschistische Kräfte mit terroristischen Methoden aktiv werden ließen. Auch die KPD unterstützte den Widerstand gegen den Versailler Diktatfrieden. Diese allgemein richtige Ablehnung des imperialistischen Friedens bekam allerdings dadurch einen falschen Zungenschlag, dass man das kapitalistisch entwickelte Deutschland in eine Reihe mit den unterdrückten Nationen geworfen sah. Hier zeigte sich eine falsche Übertragung der auf dem 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1920 richtig festgelegten Taktik der nationalen und antikolonialen Revolution auf ein imperialistisches Land. Statt einer klaren Analyse des zu behandelnden historisch-geografischen Gebietes wurde ein taktischer Opportunismus betrieben. Die kommunistische Linke hatte diesbezügliche Unklarheiten in der Kommunistischen Internationale von Anfang an bekämpft. Fatale Folgen hatten diese Unklarheiten im Aufgreifen der nationalen Frage zur Gewinnung des Kleinbürgertums unter dem Banner des Antifaschismus. Diesem lag – wie schon gesagt – die falsche Vorstellung zu Grunde, dass der Faschismus Ausdruck des Kleinbürgertums ist, um das man ideologisch ringt.

Radek definiert dementsprechend auf dem 4. Weltkongress 1922 den Faschismus als quasi bonapartistische Diktatur des Kleinbürgertums: *„Der Faschismus stellt das Kleinbürgertum dar, das, gestützt durch die Bourgeoisie zur Macht kommt und das genötigt sein wird, nicht das Programm des Kleinbürgertums, sondern des Kapitalismus durchzuführen.“* Dementsprechend sah er im Kampf gegen den Faschismus keinen Kampf des Proletariats gegen den gesamten Kapitalismus, sondern einen Kampf um das Kleinbürgertum. Wozu dann natürlich auch eine klassenfremde Ideologie aufgegriffen werden musste. Um seinen Opportunismus zu verteidigen führte er auf eben diesem Weltkongress eine Polemik gegen Bordiga: *„Wenn unsere italienischen Freunde, die Kommunisten, eine reine und kleine Partei sein wollen, so kann ich ihnen sagen, dass eine kleine und reine Partei sehr leicht Platz im Gefängnis findet. Sie kann dort ihren Geist in Reinkultur pflegen. Aber wenn die Italienische Kommunistische Partei eine Macht werden will, so wird sie die proletarischen und kleinbürgerlichen Massen gegen den Faschismus mobilisieren müssen.“* Nur kurze Zeit später (im Juni 1923) zeigte Radek in seiner Rede für den von den Franzosen hingerichteten faschistischen Terroristen Albert Leo Schlageter, wie er das Kleinbürgertum zu mobilisieren gedachte: *„… wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, dass Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, dass sie ihr heißes,*

Der Nationalismus als Bündnispartner?

uneigennütziges Blut nicht verspritzen um die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern um die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.“

Antifaschistische Beliebigkeit

Hier wird nicht die Analyse des Grades der kapitalistischen Entwicklung und des dominierenden Klassenwiderspruches als Ausgangspunkt genommen, vielmehr werden die unmittelbaren Erfolgswünsche der Taktik zum bestimmenden Moment theoretischer Deutungen. Die kommunistische Linke hat dazu in ihren „Thesen von Lyon“ geschrieben: *„Gefährlich ist die Übertragung dieser Einschätzung rückständiger Verhältnisse auf Länder, wo die kapitalistische Gesellschaftsordnung und der bürgerliche Staatsapparat seit langem bestehen. Hier dienen die nationale Frage und die patriotische Ideologie als direkte konterrevolutionäre Hilfsmittel, die nach der Klassenentwaffnung des Proletariats trachten.“*

Zweite Abweichung: Politische Einheitsfront

In der Kommunistischen Internationale gab es Anfang der 1920er Jahre eine große Debatte um die Frage der Einheitsfront, also das Zusammengehen auch mit sozialdemokratischen Arbeitern. Während die kommunistische Linke auf das weitestgehende Zusammengehen aller Arbeiter unabhängig ihrer politischen Positionierung im konkreten (gewerkschaftlichen) Kampf orientierte, versuchten die Opportunisten dieses Zusammengehen durch Absprache mit den Führen der bürgerlichen „Arbeiterparteien“ zu erreichen. Eine praktische Konsequenz dieser opportunistischen Politik zeigte sich Mitte 1923: Auch zur Abwehr „gegen Rechts“ wurden in Sachsen und Thüringen sog. „Arbeiterregierungen“ gebildet. Diese Koalitionsregierungen von Sozialdemokraten und Kommunisten, die von letzteren zu einer Form der Diktatur des Proletariats theoretisiert wurden, taten jedoch nichts, um die Arbeiter zu bewaffnen und die Machtfrage zu stellen. Sie stellten sich als normale bürgerliche Koalitionsregierungen zur Verwaltung der kapitalistischen Verhältnisse dar, bis sie von der Reichsexekutive auseinander gejagt wurden.

Während in der Kommunistischen Internationale und der KPD für diese Fehlentwicklung, die ihren Höhepunkt im Drama des „Hamburger Aufstands“ vom Oktober 1923 fand, die „rechten Abweichler“ (um Heinrich Brandler) verantwortlich gemacht und an der Spitze der Partei abgelöst wurden durch Ruth Fischer und Co. (die später wiederum als „linke Abweichler“ gebrandmarkt wurden), hat die italienische Linke diese – eben nicht mit inhaltsleeren Disziplinarmaßnahmen zu lösende - Fehlentwicklung einer politischen Kritik unterzogen:

„Die politische Einheitsfront als Grundlage einer wesentlichen Forderung anzuwenden, nämlich in Bezug auf die Staatsfrage, ist die Taktik der Arbeiterregierung. Wir haben es hier nicht mehr nur mit einer falschen Taktik zu tun, sondern mit einem krassen Widerspruch zu den Grundsätzen des Kommunismus. Wenn die Partei eine Losung ausgibt, die die proletarische Machtübernahme durch Vertretungskörperschaften des bürgerlichen Staatsapparates in Aussicht stellt bzw. dies nicht ausdrücklich ausschließt, wird das kommunistische Programm verleugnet und fallen gelassen. (...)

Selbst innerhalb der engen Grenzen, in denen eine Linksregierung uns günstigere Bedingungen bieten mag, können diese, wie schon gesagt, nur ausgenutzt werden, wenn die Partei ihre selbständige Position klar und eindeutig aufrechterhalten hat, und zwar in jeder Situation. (...) Natürlich kann jede innere Schwachstelle innerhalb einer derartigen bürgerlichen Einheitsfront ein Koeffizient des proletarischen Sieges sein; mit Sicherheit wird es aber ein Koeffizient seiner Niederlage sein, wenn das

Proletariat daran gewöhnt wird, in jener Front seine wenn auch unfreiwilligen Förderer auszumachen. (...)

Die oben genannten taktischen Äußerungen der letzten Zeit [in der Kommunistischen Internationale] weisen eine gewiss nicht völlige, aber doch unverkennbare Nähe zum herkömmlichen Verfahren der II. Internationale auf, die die Blockbildungen und die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Klassen auch einer marxistischen Sicht der Dinge entsprechend rechtfertigen wollte." (Thesen der kommunistischen Linken für den Exil-Parteitag der PCd'I – Kommunistische Partei von Italien – in Lyon 1926)

Die kommunistische Linke kritisierte tiefgreifend die in der politischen Einheitsfronttaktik zum Ausdruck kommende Vorstellung von „bürgerlichen Arbeiterparteien" als Aufweichen des politischen Klassenbegriffs (der sich aus dem marxistischen Verständnis der Klasse an sich und für sich ergibt, das der Entstehung von Klassenbewusstsein aus der Notwendigkeit wissenschaftlichen Fundierung einen politischen Impuls zuschreibt) in einen soziologischen (der statisch und unhistorisch ist). Während in dieser falschen Einheitsfront-Vorstellung der politische Integrationsrahmen des variablen Kapitals (der Lohnarbeiter) ins bürgerliche System – z.B. die Sozialdemokratie – als Ansatzpunkt gewählt wurde (im Gegensatz zum von unten aufbrechenden Antagonismus auf gewerkschaftlicher Klassenebene), wird in der Volksfrontpolitik direkt das Bündnis mit Teilen der bürgerlichen Klassen propagiert.

Dritte Abweichung: Volksfront

Den Höhepunkt des antifaschistischen Klassenverrats bildet die Volksfrontpolitik, die gemeinhin mit Dimtroff und dem 7. Weltkongress der stalinisierten Kommunistischen Internationale 1935 verbunden wird, in Wirklichkeit jedoch schon im antifaschistischen Wirken Gramscis zehn Jahre davor einen Vorläufer hatte. Anfangs wurde der Antifaschismus noch als taktisches Instrument gesehen, um die breite Mobilisierung gegen die faschistische Gefahr auch als Instrument der Mobilisierung für die proletarische Revolution zu nutzen (ähnlich der Taktik der Bolschewiki gegen den Kornilow-Putsch im September 1917). Hier zeigte sich dann in der jungen Kommunistischen Internationale die beschriebene Irritation in der Frage der Einheitsfront von unten oder oben (also unmittelbare Klasseneinheit auf proletarischem Terrain oder politisches Bündnis mit den sog. „bürgerlichen Arbeiterparteien").

Während Marx und Engels mit dem Konzept der doppelten Revolution zur Zeit der bürgerlichen Revolution diese über den rein bürgerlichen Rahmen hinaustreiben wollten und für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse eintraten (also aktiver Kampf des Proletariats für die bürgerliche Demokratie bei gleichzeitiger unabhängiger Formierung für die proletarische Revolution), fesselt die Volksfrontpolitik die Arbeiterklasse an die (historisch überholten) Ziele der Bourgeoisie – und das zur Zeit der proletarischen Revolution – was dem menschewistischen Etappenmodell entsprach (erst rein bürgerliche Revolution, dann -irgendwann- Kampf für den Sozialismus). Um das in der kommunistischen Internationale durchzusetzen, wurde ein faschismustheoretischer Kniff angewendet: Nicht mehr der ökonomisch determinierte Reifegrad des Klassenwiderspruchs sollte bestimmend sein für das strategische Ziel und den Charakter der Revolution. Stattdessen sollte mit der idealistischen politischen Konstruktion eines rückschrittlichen Faschismus (wofür seine reaktionäre Ideologie in Widerspruch zur entwickelten bürgerlichen Gesellschaft gesetzt wurde) die historische Rolle rückwärts von der anstehenden proletarischen Revolution zur antifaschistisch-demokra-

Die Väter der antifaschistischen Volksfront Dimitroff und Stalin

tischen Umwälzung legitimiert werden. Wenn der Faschismus nicht die geballte politische Klassenmacht des ökonomisch konzentrierten Kapitals in der imperialistischen Phase bildet, sondern die offen terroristische Diktatur der *„reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“* (Dimitroff) mit vorbürgerlichen Zügen, dann können die bürgerlich-demokratischen Aufgaben wieder zu einer progressiven historischen Zielvorgabe werden.

Gramsci suchte den klassenübergreifenden Schulterschluss mit der Bourgeoisie

In Italien war Mussolini im Oktober 1922 im Schlafwagen an die Macht gefahren, während dieser sog. „Marsch auf Rom“ durch den Terror der Schwarzhemden gegen die organisierte Arbeiterbewegung vorbereitet und durch den bürgerlichen Staat abgesichert worden war (dort, wo die marodierenden faschistischen Formationen vor dem Widerstand der Arbeiter zeitweilig zurückweichen mussten, hatten die Carabinieri zum Schutz der Faschisten eingegriffen, während die Reformisten für die Entwaffnung der Arbeiter sorgten). Anfang Januar 1923 wurde Bordiga verhaftet und von der Leitung der Kommunistischen Internationale eine neue, willfährige italienische Parteiführung eingesetzt. Diese neue Führung um Gramsci und Togliatti gab dem „antifaschistischen Kampf“ der PCd’I eine neue Orientierung. Hatte die linke Parteiführung auf eigenständige kommunistische Formationen im Kampf gegen die Schwarzhemden gesetzt, so wurde jetzt von den Nationalkommunisten der klassenübergreifende Schulterschluss gesucht. Entsprachen die ersten zwei Jahre der Mussolini-Regierung noch einer eher klassischen bürgerlichen Regierungstätigkeit mit Parlament und Opposition, so änderte sich mit der Ermordung des sozialistischen Oppositionspolitikers Matteotti durch Faschisten im Juni 1924 die Situation. Es kam zu einer großen Krise der Mussolini-Regierung und die Opposition verließ das Parlament. In dieser Situation orientierte die neue PCd’I-Führung auf eine Rettung der Republik und rief zur Bildung einer gemeinsamen Gegenregierung mit den bürgerlichen Kräften auf, was von diesen allerdings abgelehnt wurde. Gramsci verteidigte das, indem er grundsätzlich eine unterschiedliche politische Haltung gegen den Faschismus und die Opposition propagierte, um die politischen Schichtungen der Bourgeoisie auszunutzen und vermeintlich demokratische Voraussetzungen für die Revolution zu organisieren. Hierbei führte er auch eine falsch verstandene Rückschrittlichkeit der italienischen Verhältnisse an, die von „um ökonomische Protektion“ ringenden „verschiedenen Elementen der Wirtschaft und Gesellschaft“ geprägt seien und das „unitarische“ Programm des Proletariats für die nationale Entwicklung benötigen. Diese Haltung Gramscis wurde auf dem Lyoner Exilparteitag 1926 von der Kommunistischen Linken grundsätzlich kritisiert. Nach der grundlegenden Feststellung, dass *„die Einschätzungen der italienischen Lage, in denen die Erwägungen über die ungenügende Entwicklung des Industriekapitalismus eine entscheidende Rolle spielen“* falsch sind, wurde konkret auf die antifaschistische Taktik eingegangen: *„Die Vorbereitung der Massen wurde nicht auf die Aussicht des Scheiterns sondern eines Sieges des ‘Aventin’ [Begriff für die aus dem Parlament ausgezogenen bürgerlichen Parteien] ausgerichtet. Sie wurde in jeder Hinsicht dadurch noch verschlechtert, dass die Partei den anderen Oppositionsparteien den Vorschlag machte, ein Gegenparlament zu bilden. Diese Taktik entfernte sich überhaupt von den Beschlüssen der Internationale, die nie Vorschläge an rein bürgerliche Parteien in Betracht gezogen haben; außerdem war es ein Vorschlag, der von dem Boden der kommunistischen Prinzipien und Politik sowie von dem der marxistischen Geschichtsauffassung wegführte.“*

Generell lässt sich sagen, dass das theoretische Verständnis des Antifaschismus die materialistisch determinierte Systemimmanenz des Faschismus negiert und die politische Sphäre verabsolutiert.

Dies zeigt sich konkret an dem Irrglauben, dem Kapitalismus ein Regierungssystem aufzwingen zu können, das der proletarischen Revolution dient und nicht der kapitalistischen Akkumulation.

Damit wird

a) die Frage der Macht auf den Kopf gestellt (wenn die Arbeiterklasse die Stärke hat, dem Kapital die Regierung aufzuzwingen, hätte sie auch die Stärke für die proletarische Revolution, wenn das eine nicht geht, geht auch das andere nicht, da helfen dann auch keine „Taschenspielertricks“, die letztendlich nur zur Aufgabe der revolutionären Perspektive führen.

b) das revisionistische Etappenmodell vertreten (erst Demokratie, dann Sozialismus). Dieses zeigte sich historisch in der menschewistischen Ablehnung der proletarischen Revolution in Russland 1917 und in der stalinistischen Ablehnung der doppelten Revolution in China (stattdessen wurde die „K“P China in der bürgerlichen Koumintang aufgelöst und die Arbeiterklasse dem reaktionären Massaker ausgeliefert).

Wesen und Aufgaben des Faschismus

Es steht außer Frage, dass der historische Faschismus durch seine beispiellose Brutalität in der Durchsetzung seiner politischen Ziele und der Vernichtung seiner politischen und Ideologischen Feinde ein besonders verachtenswertes Stadium der kapitalistischen Entwicklung markiert. Und genau als das ist er zu betrachten: Als kapitalistische Krisenlösungsmodalität und nicht als „isoliertes Phänomen“, als „bösartiges Menschenbild“ oder eine außerhalb des Kapitalismus stehende „rückschrittliche Ideologie“. Als Reaktion auf den Klassenkampf hat der Faschismus der 1920er bis 1940er Jahre eine Mischung aus Repression und Integration entwickelt. Die politische Opposition wurde ausgemerzt und stellvertretende staatliche Institutionen errichtet, was die Klassenwidersprüche absorbierte und durch den Arbeitsfrieden die Klassenkollaboration gewährleisten sollte. Seine Methoden waren also die institutionalisierte Negierung des Klassenwiderspruchs (staatliche „Gewerkschafts“verbände, Arbeitsorganisation und Wirtschaftsplanung) und Terror gegen die Reste der Klassenbewegung zur Mobilisierung des „Volkes“ für die kapitalistische Wirtschaft und den Krieg. Der historische Faschismus diente damit den schwächeren kapitalistischen Ländern zur Modernisierung und imperialistischen Vitalisierung. Er integrierte eine geschlagene Arbeiterklasse in das System bzw. mobilisierte sie für das System.

1945 wurde zwar der Faschismus militärisch besiegt, politisch und ökonomisch aber hat er gesiegt. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist führte die Konzentration der Gewalten, die Integration der Arbeitskämpfe (verbandlichter Klassenkompromiss, gesetzlicher Klassenfrieden), den Wohlfahrtsstaat mit seiner staatlichen Aktivierungspolitik für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, sowie die legale und manchmal auch extralegale Repression danach in die Demokratie über und baute sie mit umfassender Propaganda und einem umfangreichen Repressionsapparat aus. Das Ziel, die sozialen Unruhen und den Klassenkampf gering zu halten, bleibt dasselbe und dient der Erhaltung der äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Eine scheinbare Opposition wird bloß durch den demokratischen Pluralismus suggeriert. Jede demokratische Regierung, ob eine verbalradikale „linke“ Syriza oder eine sich in die Tradition des Faschismus stellende „rechte“ Meloni, kann und wird ihr ideologisches Parteiprogramm nicht vollständig durchsetzen. Sie alle sind denselben ökonomischen Sachzwängen unterworfen, womit die Demokratie ihr wahres Gesicht zeigt.

Auch bürgerliche Demokratien gehen mit ihren Gegnern nicht immer zimperlich um

Der historische Faschismus diente der BRD einerseits als Negativfolie zur eigenen Legitimierung, andererseits wurden Nazistrukturen geheimdienstlich wachgehalten (die präventive Konterrevolution braucht auch eine extralegale Komponente). Wir können festhalten, dass das System heute keine neue faschistische Wende mehr benötigt.

Die Volksfront von der Tragödie zur Farce

Geschichte des Antifaschismus in der BRD

Im Zweiten Weltkrieg forderte der Stalinismus wie die Sozialdemokratie im Ersten wieder einen Burgfrieden. Es wurde nicht für die Beseitigung der kapitalistischen Ursachen des Krieges der Klassenkampf geführt (wie von den Bolschewiki), sondern im Bündnis mit den „demokratischen Fraktionen“ der Bourgeoisie für eine Erneuerung der Republik gekämpft, wodurch 1945 die Kontinuität der kapitalistischen Diktatur gewährleistet wurde.

Nach 1945 war die öffentliche Propaganda nicht nur in Deutschland durchgehend antifaschistisch (von der CDU bis zur KPD). Der Begriff des Antifaschismus wurde von links genutzt, um die alten Nazis und die Remilitarisierung im Kalten Krieg anzuprangern und von rechts, um die „neue“ kapitalistische Demokratie zu legitimieren (der „politische Extremismus“ wurde außerhalb des vermeintlich friedlichen Systems verortet und gleichgesetzt – in den 1950er Jahren wurden kurz hintereinander die neofaschistische SRP und die KPD verboten).

Der klassische Antifaschismus in der BRD wurde durch die KPD, die das Grundgesetz gegen Rechts verteidigen wollte und später die DKP mit ihrem Ziel der antimonopolistischen Demokratie geprägt. Ihre Antifaverbände (VVN und BdA) waren Demokratie-Verteidigungsinstitutionen und nebenbei DDR-Propagandavereine. Die Aktivitäten des klassischen Antifaschismus richteten sich demokratiekonform gegen die Schattenseiten der sozialliberalen Integrationspolitik (Radikalenerlass, Berufsverbote) und v.a. die alten Nazis und Extremrechten. In der „Stoppt Strauß“-Kampagne trafen sie sich auch mit den „neuen Linken“, wie dem Kommunistischen Bund (KB), der eine Theorie der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft in der BRD aufgestellt hatte. Der autonome Antifaschismus entstand in diesem Schatten aber mit einer radikaleren Selbstschutzkomponente, die auch den Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengte. Gegen die Bedrohung durch militante Nazis bildeten sich in den 1980er Jahren Strukturen der Aufklärung und Aktion.

Diese Strukturen, die zwar keine Klassenposition vertraten, aber in der Ablehnung der postfaschistischen BRD und ihres Repressionsapparates einen Konsens hatten, wurden nach der Wiedervereinigung in die Zange genommen zwischen der erstarkten Neonazibewegung und dem staatlich initiierten „Aufstand der Anständigen“ Anfang der 1990er Jahre. Staatliche Repression aber noch mehr die Dominanz realpolitischer Ansätze (von Bündnispolitik bis neuen NGO-Möglichkeiten) marginalisierte und domestizierte die radikaleren Ansätze des autonomen Antifaschismus. Um eine größere Wirkungsmöglichkeit zu erreichen, hatte z.B. die Göttinger Antifa (M) ihre sozialdemokratisch-grünen Eltern ins Boot ihrer Bündnisdemonstrationen mit schwarzer Block-Folklore geholt (was sich angesichts der Repression am Ende des Projektes für sie ja auch als sinnvoll erweisen sollte). Auch in staatlich geförderten Projekten gegen Rechts landeten nicht wenige ehemalige autonome Aktivisten.

Die Situation heute

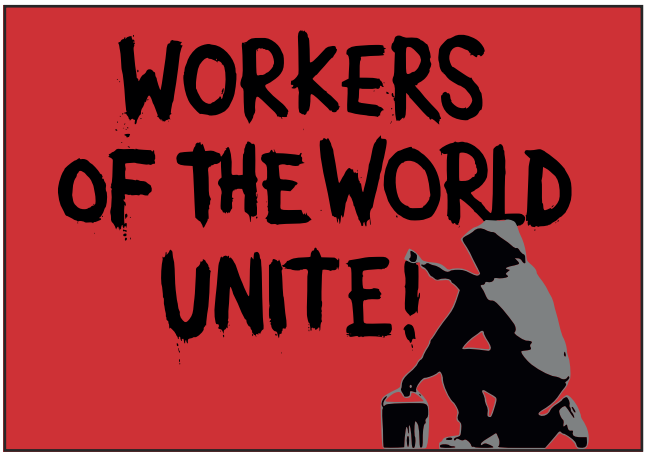
Die BRD hat ihre wirtschaftliche und politische Stabilisierungsphase hinter sich gelassen. Die Zeichen stehen auf Krieg. Der Antifaschismus ist von einer demokratischen Legitimationsideologie zu einer offenen Kriegsideologie geworden (die natürlich in seinem Wesen angelegt ist, das zwischen Herrschaftsformen des Kapitalismus unterscheidet ohne den Kapitalismus abzulehnen und damit klassenkollaborationistisch ist).

Mit dem Jugoslawienkrieg hat es angefangen, gegen Russland geht es weiter und jetzt Palästina. Zur „Kriegsfähigmachung“ wird die antifaschistische Propagandaplatte für die Verteidigung abstrakter demokratischer Werte aufgelegt. Die in den staatlichen Institutionen angekommenen NGO-Antifas outen jetzt „Antisemiten“ statt Neonazis und unterstützen die staatliche Repression. Mit „antifaschistischen“ Regierungsdemonstrationen wird Wahlkampf gegen die politische Konkurrenz (der AFD oder FPÖ) gemacht. Die letzten autonomen Antifaschisten irren hilflos im Raum und bekommen harte staatliche Repressionsschläge ab. Fernab nicht nur des Klassenkampfes sondern von jeder „revolutionären Bewegung“ scheitert der Zweikampf mit Nazis und Bullen dramatisch.

Wir können feststellen:

- Der Antifaschismus als klassenübergreifende Bündnispolitik zur Verhinderung der „schlimmeren“ kapitalistischen Diktatur hat die Arbeiterklasse immer nur entwaffnet (ihres revolutionären Potentials beraubt) und dieser sich systembedingt verschlimmernden Diktatur untergeordnet.
- Der Kampf gegen die Faschisten, denen sich das Kapital zuweilen wirklich als Stoßtrupp gegen die Arbeiterklasse bedient, kann nur als militanter proletarischer Kampf im Rahmen des Klassenkampfes geführt werden.
- Der Antifaschismus ist eine demokratische Ideologie, die nicht vom Klassenantagonismus ausgeht und dementsprechend für die imperialistische Offensive und gegen das Proletariat konterrevolutionär nutzbar ist.

Wir Kommunisten lehnen den Antifaschismus ab!



Aus dem Parteileben:

Berliner Sektion/deutschsprachiger Raum

Die Themen unserer Veranstaltungen waren:

26.09.2024 in Berlin: Krieg nach außen ist auch Klassenkrieg nach innen – Sozialabbau, Massenentlassungen, Betriebsschließungen…

26.09.2024 in Wien: Antifaschismus oder revolutionäre Perspektive?

31.10.2024 in Berlin: Die Regierungspolitik der Ampel und der Krieg – Vom erhofften Profiteur der NATO-Kriegspolitik zu einem Hauptleidtragenden der Kriegskrise

02.11.2024 auf der „Linken Literaturmesse" in Nürnberg: Der kurze Weg der autonomen Antifa vom Selbstschutz zur Demokratie-NGO. Nicht nur die Veranstaltung selber war mit ca. 70 TeilnehmerInnen gut besucht und es gab rege Diskussionen, auch unser Bücherstand auf der Literaturmesse stieß auf Interesse. Viele AktivistInnen sahen ein Problem in der „Kaperung" des Antifaschismus durch den Staat, fragten aber, ob man den Begriff des Antifaschismus nicht für die gewollte „radikale Praxis" „retten" könnte. Unsere diesbezüglich negative und historisch einordnende Antwort stieß auch auf das Problem, das viele Jüngere gar keinen Bezug mehr zur historischen kommunistischen Bewegung haben und vieles für uns Selbstverständliche einfach nicht mehr kennen. Insgesamt gab es aber erstaunlich wenig Widerspruch zu unserer Fundamentalkritik. Das Referat ist in dieser Ausgabe als Artikel enthalten.

28.11.2024 in Berlin: Der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die nationalistischen und demokratischen Abweichungen und den Opportunismus in der historischen Kommunistischen Internationale. Hier haben wir den jüngeren Teilnehmern die Thesen von Lyon vorgestellt, mit denen die Kommunistische Linke 1926 den Kampf gegen den Opportunismus in der Kommunistischen Internationale auf eine feste Grundlage gestellt hatte. Die Ähnlichkeit der damals kritisierten Vorstellungen mit den heute in den neuen K-Gruppen vorherrschenden Meinungen wurde in der weiteren Diskussion deutlich.

10.01.2025 in Berlin: 110 Jahre „Zimmerwalder Konferenz" und der Kampf Lenins gegen den Opportunismus. Die historischen Ereignisse wurden in der gut besuchten Veranstaltung zum Anlass genommen, um die Schwankungen auch der heutigen pseudo-radikalen Linken in der Kriegsfrage aufzuzeigen.

27.02.2025 in Berlin: Kurdistan – Friedensprozess oder „demokratische" Kollaboration mit dem türkischen Imperialismus? Durch Zufall fand diese Veranstaltung genau an dem Tag der Veröffentlichung von Öcalans Erklärung statt, was zu zusätzlichen Besucherinnen und einer lebendigen Diskussion führte. Das Referat ist in dieser Nummer abgedruckt.

Friedensdemonstration am 03. Oktober in Berlin

Hier verteilten wir unser Flugblatt mit dem Titel „Keinen Frieden mit dem Kapitalismus!" und stellten einen kleinen Infotisch auf. Bei dem gemischten und sehr unterschiedlichen Publikum aus ca. 40.000 Teilnehmern stießen wir teils auf reges Interesse.

Januar 2025: Luxemburg-Liebknecht-Lenin

Das Wochenende vom 10. bis 12. Januar waren drei Tage intensiver internationaler Arbeit, an denen Genossen und Sympathisanten aus Österreich, Deutschland, Italien und der Schweiz teilnahmen. Am 10. Januar hielten die deutschen Genossinnen und Genossen eine öffentliche Veranstaltung zum Thema

„110 Jahre ‘Zimmerwalder Konferenz’ und der Kampf Lenins gegen den Opportunismus“ ab. Um es auf den Punkt zu bringen: Es reicht nicht, generell „gegen alle Kriege“ zu sein, es reicht auch nicht zu zeigen, dass der Krieg ein natürliches Produkt des Kapitalismus ist, der seine imperialistische Phase erreicht hat. Nur die kommunistische Revolution kann den Kriegen ein für allemal ein Ende setzen. Deshalb dient unsere Losung „Den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg verwandeln“ dazu, die Schwätzer und Verräter zu entlarven. So hatte diese Losung die Mehrheit der Sozialisten, die sich 1915 in Zimmerwald und ein Jahr später in Kienthal versammelten, erschreckt, indem sie deren Charakter als Revolutionäre in Worten und Reformisten in Taten enthüllt hatte und somit die Spreu vom Weizen getrennt. Und das ist unsere Lehre für heute, angesichts der zahllosen Aufrufe zu Einheitsfronten und Friedenskomitees. Es ist die Aufgabe der Partei, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an allen Antikriegsdemonstrationen zu beteiligen: aber sie tut dies, um die Front des Kampfes von unten zu vereinen, mit dem Defätismus gegen die eigene Bourgeoisie und den eigenen Staat, und gewiss nicht, um Bündnisse mit anderen politischen Organisationen zu propagieren, die sich mit ihrer idealistischen Arbeit auf rein verbale und klassenübergreifende Appelle beschränken, um das Bewusstsein der Menschen aufzuwecken.

Am Vormittag des 11. Januar wurde in Anwesenheit von Genossen und Sympathisanten der Entwurf unserer Broschüre „Klassenpartei und Gewerkschaftsfrage“ diskutiert, dessen Übersetzung von den deutschen Genossen gerade fertiggestellt wird. Die Sympathisanten stellten konkrete Fragen zum ständigen Problem der Taktik. Wir wollen versuchen, sie zusammenzufassen. „Wie gewinnen wir Einfluss auf die Massen, ohne inhaltliche Zugeständnisse zu machen? In der Schweiz hatten wir die konkrete Situation einer Fabrikschließung: Arbeiter und Gewerkschaften schlugen Selbstverwaltung vor, in der Illusion, Arbeitsplätze zu retten.“ Die Antwort der Kommunisten muss vereinheitlichend sein und über die Perspektive der einzelnen Fabrik hinausgehen: Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, voller Lohn für die Entlassenen und Arbeitslosen. Gegen die Isolierung in der einzelnen Fabrik und gegen alle Spaltungen, die von den Bossen und ihren Helfern in der Klasse geschaffen werden, zielen unsere Forderungen auf die Schaffung einer breiten Kampffront. Eine andere Frage: „Aber ist der volle Lohn für die Entlassenen und Arbeitslosen das Bürgergeld?“ Nein! Das Bürgergeld ist ein Zugeständnis, mit dem der Staat versucht, der Kampfbereitschaft des Proletariats zuvorzukommen und es abzulenken, der volle Lohn für die Entlassenen und Arbeitslosen, ohne Unterschied z.B. zwischen Staatsbürgern und illegalen Einwanderern, ist eine Eroberung des Proletariats, die es zum Kampf erzieht, es eint und ihm klarmacht, wer seine Feinde sind. Es ist leicht vorauszusagen, dass die Selbstverwaltungsversuche scheitern werden, aber die Kommunisten brauchen nicht aus den heutigen Erfahrungen zu lernen: Sie kennen bereits den künftigen Verlauf des Kampfes. Die Aufgabe der Partei besteht gerade darin, die Klasse daran zu hindern, die gleichen Fehler immer wieder zu wiederholen. Noch einmal: „Was soll man auf die Forderung nach Lohnkürzungen antworten, um Entlassungen zu vermeiden?“ Es reicht nicht zu antworten, dass die Kapitalisten die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren: Wir fordern nicht einfach eine „Umverteilung“ des Reichtums, wie es die Mittelklasse und der intelligentere Teil der Bourgeoisie gerne hätte, in der Hoffnung, dass die soziale Bombe nicht explodiert. Wir kämpfen für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats, ohne Rücksicht auf die Vereinbarkeit mit der Unternehmens- und Staatswirtschaft, und perspektivisch fordern wir das gesamte Eigentum an den Produktionsmitteln und am Reichtum. Es gibt keine Zauberformel, weder organisatorisch noch vom Willen her, die uns einen Konsens unter den Massen verschaffen könnte: Die Fähigkeit der Partei, die Geschichte zu verändern, hängt immer von den objektiven Bedingungen ab, die von den sich ständig verschärfenden Widersprüchen des Kapitalismus bestimmt werden und unabhängig vom Willen der Partei sind. Die objektiven Bedingungen setzen die Klasse in Bewegung, zwingen sie zur ökonomischen Selbstverteidigung: Die Partei muss in dieser Bewegung agieren, um die Klasse zu politischen Zielen – der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise – zu führen. Wir haben die Sympathisanten insbesondere auf unsere Broschüre „Für die unnachgiebige Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats“ hingewiesen. Unsere Verurteilung des Op-

portunismus ist weder idealistisch noch moralisch: Der Opportunismus ist Ausdruck der Interessen der Mittelklassen, die unter den Widersprüchen des Kapitals leiden und allmählich proletarisiert werden. Andererseits ist die Partei, die sich dafür einsetzt, das Proletariat dem Einfluss des Kleinbürgertums zu entreißen, nicht gleichgültig gegenüber Forderungen, die über das Verhältnis von Kapital und Arbeit hinausgehen, sondern setzt sich zum Ziel, den Kampf in einem rein klassenmäßigen Sinne zu führen, um zu verhindern, dass die Proletarier von den Halbklassen beeinflusst werden. „Was ist der richtige Ansatz der Einheitsfront?“ Die Einheitsfront wird niemals Zwischengruppen und Bündnisse mit anderen politischen Organisationen bedeuten, sondern ist Ausdruck der Taktik der Verbreiterung und Vereinheitlichung der proletarischen Kampffront von unten, notwendigerweise unter Berücksichtigung der objektiven Bedingungen, des Niveaus der Kampfbereitschaft. Eine andere Frage: „Was bedeutet es, ‚die unmittelbaren Organisationen als ‘Transmissionsriemen’ zu benutzen“? Diese Taktik ist durch den Opportunismus, der die unmittelbaren Organisationen zur Durchsetzung seiner Interessen benutzt, verwirrt und verzerrt worden.

Am Nachmittag des 11. Januar konzentrierte sich die Arbeit auf das Thema des organischen Zentralismus. Unsere Art der Organisation kann für junge Menschen, die sich uns annähern, völlig neu sein. Der organische Zentralismus ist weder ein vorgefertigtes Rezept noch ein System von Verhaltenskodizes, an die man sich anpassen muss. Der Prozess der revolutionären Vorbereitung unserer Klasse ist keine Frage von Organisationsformen, die – metaphysisch gesehen – an sich die Klassenbewegung beschleunigen und/oder lenken sollten. Es handelt sich vielmehr um eine Arbeitsmethode, die in der Praxis konkretisiert werden muss, sowohl innerhalb unserer kämpferischen Gemeinschaft als auch gegenüber der Welt, in der wir handeln müssen, um „die Klasse vor sich selbst zu offenbaren“. Die Praxis des organischen Zentralismus kann nur verwirklicht werden, wenn wir uns von den Formalismen und der theoretischen Sichtweise des starren Gegensatzes zwischen historischer und formaler Partei befreien: das heißt, indem wir aktiv an der Arbeit des revolutionären Organs, an der revolutionären Vorbereitung teilnehmen. Durch diese Arbeit, auch unter ungünstigen Bedingungen, findet eine natürliche Auslese der Genossinnen und Genossen statt, die am besten geeignet sind, die kollektiven Aufgaben zu erfüllen. Der Begriff „organisch“ drückt die unveränderliche Feindschaft gegenüber dem demokratischen Prinzip aus, die den revolutionären Marxismus seit jeher kennzeichnet. Gerade der demokratische Zentralismus und andere demokratische Organisierungsformen haben die Degeneration ehemals kommunistischer Organisationen nicht verhindert sondern im Gegenteil befördert, weil wichtige politische (taktische und strategische) Entscheidungen nicht aus dem Programm und den Prinzipien abgeleitet wurden, sondern durch reine Mehrheitsentscheidungen beschlossen wurden. Die organische Arbeitsweise besteht stattdessen darin, dass die unveränderlichen Elemente (Theorie, Ziele, Prinzipien, Organisation) von allen Aktivisten, von der Basis bis zur Spitze, angeeignet, geteilt und verteidigt werden. Der organische Zentralismus ist keine Erfindung der „italienischen“ kommunistischen Linken: Die Notwendigkeit der Partei, ihre Zentralisierung und die Verneinung des demokratischen Prinzips, auch als organisatorisches Mittel, waren immer die Grundlagen der Kommunisten. Darin liegt im Grunde die Bedeutung der heutigen Aktivität und Mitgliedschaft. Diejenigen, die zu uns kommen, müssen bereit sein, die schwierigen Bedingungen der heutigen harten Marginalisierung und der anonymen Arbeit unter immer noch konterrevolutionären Bedingungen zu akzeptieren. Unsere Arbeitsweise besteht nicht in der ständigen Konfrontation gegensätzlicher Thesen, sondern im kollektiven Beitrag zu einem festgelegten Programm. Die interne theoretische Arbeit ist die gemeinsame kollektive Arbeit, die Verteidigung der Kontinuität, und dafür ist es nicht notwendig, dass jeder einzelne Genosse das gesamte Erbe der Partei kennt: Nur die kollektive Arbeit ermöglicht es der Partei, ihren enormen Reichtum an Theorie und Erfahrung zu nutzen. Der Unterschied zwischen Sympathisant und Mitglied ist kein akademischer, sondern liegt im Grad der Hingabe und des Vertrauens in die Arbeit der Partei: nicht in rationalen Faktoren, sondern in der Leidenschaft und der Überzeugung, zur kollektiven und anonymen Arbeit beizutragen. Und unsere Presse fungiert als kollektiver Organisator.

Am 12. Januar schließlich nahmen Genossen und Sympathisanten an der jährlichen Demonstration zum Gedenken an Rosa, Karl und Lenin teil, verteilten ein Flugblatt mit unseren Positionen zum Krieg und bauten einen Informationstisch mit unserer internationalen Presse auf. Die Demonstration war stark auf die „Palästinafrage“ ausgerichtet, und so wurde unser Flugblatt als Parteiorgan von den meisten Demonstranten, die die gleiche kleinbürgerlich-demokratische Agenda vertraten, abgelehnt, jedoch stießen wir auch auf Interesse bei einigen Anwesenden. Und unser Transparent unterschied sich von allen anderen, weil es im Gegensatz zu den vorherrschenden nationalistischen Parolen einfach daran erinnerte, dass „das Proletariat kein Vaterland hat“.

Cagliari

Am 25. Juli fanden in der Stadt eine Demonstration und eine öffentliche Versammlung zum jüngsten Sicherheitsdekret statt. In den Flugblättern, die die Kundgebung vorbereiteten, wurde vor allem auf das Verbrechen des „Terrorismus der Worte“ hingewiesen, d.h. auf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der Kritik.

Der Charakter der Demonstration war von Anfang an friedlich und legal: die üblichen Hymnen auf Freiheit und Demokratie, die wie heilige Dogmen und Reliquien in einer Parade entlang der von der Präfektur festgelegten Route getragen wurden, nur 500 Meter vom Treffpunkt auf dem Platz entfernt, wo die Versammlung stattfand, isoliert von den Fußgängerzonen der Einkaufsstraßen. Und um ganz sicher zu gehen, dass die Maschinerie des Kapitals nicht ins Stocken gerät, wurde das Repressionspotenzial des demokratischen Staates in Stellung gebracht, um die 300 Demonstranten ständig zu umgeben.

Etwa 50 Vertreter verschiedener Organisationen hatten Reden angemeldet: Vor allem die territorialen Komitees gegen Energiespekulation der falschen Grünen und andere Umweltorganisationen, Sardigna Natzione, Libertade und andere nationale Unabhängigkeitsorganisationen wie die für die sardische Nation; die Basisgewerkschaften USB und Cobas (vor allem Lehrer und Beamte); Carc; Partito Comunista Italiano und verschiedene Stalinisten; Pazifisten, Komitees gegen die Militarisierung Sardiniens; Movimento pastori, Cagliari SocialForum; Studenten-Kollektive „marxistischer Leninisten“ ...

Wir wussten, dass wir uns an ein überwiegend kleines bürgerliches Publikum wenden würden und dass wir bei vielen und auch bei den Organisatoren selbst auf Ablehnung stoßen könnten. Das hat uns nicht davon abgehalten, das zu sagen, was ein Kommunist sagen muss, wenn es um das Thema der staatlichen Unterdrückung geht, das Thema der Versammlung, auch wenn sie sich mehr auf die Umwelt konzentrierte.

Als ob das letzte Sicherheitsdekret geschrieben worden wäre, um die Proteste der Volkskomitees zum Umweltproblem der Energie- und Ökologiewende in Sardinien mit Ad-hoc-Maßnahmen zu bestrafen... Natürlich gibt es ein Umweltproblem, das der Bodenerosion: Das sagen wir seit Jahrhunderten, es ist eines der unvermeidlichen Produkte des Kapitalismus.

Aber das Thema der Versammlung bleibt die Unterdrückung der Kämpfe durch den Staat, und auch das ist, wie das Umweltproblem, ein Problem, das weit über die Grenzen der Insel hinausgeht: Es ist nicht lokal oder vorübergehend, sondern weitreichend und allgemein, es betrifft eine Produktionsweise und damit die Beziehungen zwischen den sozialen Klassen auf globaler Ebene. Darüber musste gesprochen werden, auch vor den revolutionär gesinnten Jugendlichen, die an der Versammlung teilnahmen.

Die Versammlungsleitung, die von einem Vertreter des USB geleitet wurde, legte fest, dass jeder Redner 3 Minuten sprechen durfte...

Worin besteht nun der Unterschied zum „Terrorismus des Wortes“? Der angebliche Wunsch, gegen die Unterdrückung durch den Staat zu kämpfen, verdient nicht mehr als 3 Minuten Aufmerksamkeit für

eine Klassenanalyse mit Handlungsempfehlungen?

Die hartnäckige Unterbrechung unserer Rede, deren vollständige Ausführung einige Minuten länger gedauert hätte als die vorgesehenen 3 Minuten, hat uns in der Richtigkeit unserer Aussagen bestärkt!

Da die vor uns gehaltenen Reden, wie leicht vorhersehbar, Appelle an die Freiheit, an die Demokratie, an die sardische Nation, an den „Staat des Volkes und des Vertreters aller“ enthielten, haben wir uns darauf beschränkt, daran zu erinnern, dass die wirklichen Kämpfe in Italien vom eingewanderten Proletariat geführt wurden, das ohne Vorbehalte die schärfsten Repressionen erdulden musste. Und dass es vor allem der Klassenkampf, die wirklichen Streiks und die Streikposten sind, vor denen sich die Bourgeoisie fürchtet, und in diese Wahrheit und historische Tendenz, die immer wieder bestätigt wird, fügt sich auch das jüngste Sicherheitsdekret ein. Die Kritik an den transzendenten Prinzipien der Demokratie, der Freiheit und des Staates, auf die sich die Versammlung in religiöser und verwirrender Weise bezog, war daher sehr unkonkret.

Unsere Kritik an der Freiheit und am bürgerlichen Staat war es, die die Versammlungsleitung am meisten ärgerte, die ständig versuchte, uns das Mikrofon wegzunehmen.

Auch das war eine Möglichkeit, die wir erwartet hatten und auf die wir vorbereitet waren, zumindest das Mikrofon in die Hand zu nehmen, um eine Lösung für die Unterdrückung durch den Staat vorzuschlagen, denn niemand in der Versammlung hatte eine Lösung für das Problem vorgeschlagen, das das Thema der Versammlung selbst war: die Gewalt der Bourgeoisie, ihr Angriff auf die Kämpfe des Proletariats.

Unter den Rufen „Schluss! Schluss! Zeit! Zeit!“ des Präsidenten beendeten wir die Versammlung, indem wir das Mikrofon festhielten und uns daran erinnerten:

„Wer heute, angesichts der fortschreitenden Verschärfung der Repression, die Rückkehr zur Legalität und zur Demokratie fordert, wer von einem guten, neutralen Staat als Ausdruck des Volkswillens träumt, ist, ob er will oder nicht, ein Verteidiger des bestehenden Systems, das, anstatt sich zu bemühen, das Proletariat zu organisieren und ihm zu helfen, sich gegen die Gewalt zu verteidigen, Ausdruck des Volkswillens ist, sich gegen die Gewalt zu verteidigen, es entwaffnet und hilflos seinen Peinigern überlässt. Wir werden nicht müde, es zu wiederholen: Der Faschismus ist schon da - er nennt sich Demokratie. Unsere Aufgabe ist es, ihn in allen seinen Formen und Kleidern zu bekämpfen.

Wir revolutionäre Kommunistinnen und Kommunisten werden weiterhin an der Seite des Proletariats, insbesondere der kämpfenden Proletarier stehen, wohl wissend, dass dies seinen Preis hat.

Wir werden weiterhin Losungen ausgeben, die zum Kampf aufrufen, zur Solidarität unter den Arbeitern, zur kompromisslosen Verteidigung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen, auch wenn dies bedeutet, sich außerhalb des Gesetzes zu stellen. Wir werden daran arbeiten, alle Schranken, Spaltungen und falschen Gegensätze zu überwinden, die die Bourgeoisie und ihre Diener benutzen, um die Proletarier zu spalten. Wir werden mit Defätismus gegen den bürgerlichen Staat auf das Massaker an den zum Krieg aufgerufenen Proletariern reagieren, das sich bereits vorbereitet.

Man kann nicht auf die Gewalt des bürgerlichen Staates mit der anderen Wange reagieren, sondern mit der Gewalt des organisierten Proletariats gegen die Gewalt seines Staates, um ihn schließlich zu Fall zu bringen, denn nur dann kann aus seinen Trümmern die kommunistische Gesellschaft der Zukunft entstehen.

Die einzige Möglichkeit für eine Gesellschaft ohne Klassen, ohne Staat, ohne Gewalt, ohne Krieg und Ausbeutung, in harmonischer und endlich nachhaltiger Beziehung zur natürlichen Umwelt.

Unsere Worte können ins Leere gehen: Aber wir Kommunisten haben trotzdem die Pflicht zu sagen, was wir sagten, klar und deutlich zu sprechen. Und in der Tat haben viele, vor allem junge Menschen, zugehört, haben es geschätzt und sind dann zu uns gekommen, um uns das zu sagen.

Der Versammlungsleiter, der ständig versuchte, uns das Mikrofon wegzunehmen, schien sich am Ende unseres Vortrags zu entspannen, als er sich zu seinen Nachbarn umdrehte und lächelnd, weil er glaubte, nicht gehört worden zu sein, sagte: „Ich bin Stalinist, aber es ist mir nicht gelungen, sie aufzuhalten.“ Daraufhin riefen wir ihm zu: „Man sieht, dass du Stalinist bist!“

Gerade im Kampf gegen den Opportunismus gewinnen wir Glaubwürdigkeit unter den kämpferischen Proletariern und unter den echten Revolutionären. Die anwesenden Jugendlichen erhielten ein konkretes Beispiel für ihre Demokratie, für ihren Kampf gegen den „Terrorismus des Wortes“.

Benevento

Die Gewerkschaft SPI-CGIL von Benevento mobilisierte die Rentner zur Vorbereitung der regionalen Demonstration in Neapel am 25. Oktober mit einer Versammlung zum Thema: „Gesundheitsnotstand, Nationales Gesundheitssystem“. An der Versammlung nahm ein Mitglied teil, das den Kapitalismus und seine Politiker scharf kritisierte, die die Haupt- und Alleinverantwortlichen für alle „Notfälle“ sind, die unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen. Das Thema war sehr wichtig: mehr als 40 Rentner nahmen an der Versammlung teil und belebten die Debatte mit ihren Beiträgen. Die gleiche Kritik wurde auf dem Flugblatt geäußert, das das lokale Komitee für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen anschließend bei der Demonstration in Neapel auf der Piazza del Gesù zusammen mit zahlreichen Exemplaren unserer Zeitung verteilte. Welches Urteil können wir über diese Demonstration und den Geist, in dem die Rentner daran teilgenommen haben, fällen?

Das Flugblatt wurde sehr positiv aufgenommen: während und nach der Kundgebung wurde kein einziges Flugblatt auf den Boden geworfen, viele fragten weiter danach, es wurde mit großer Aufmerksamkeit und mit deutlichen Zeichen der Zustimmung gelesen und schließlich sorgfältig gefaltet und aufbewahrt. Es freut uns die Vorstellung, dass sie in ihren jeweiligen Kreisen diese Positionen diskutieren werden, die sie in Neapel gehört haben.

Ja, wir sind überzeugt: Das „Erwachen des Gewissens“ wird das Ergebnis dieser Kämpfe sein, wie es im Titel des Editorials der letzten Ausgabe unserer Zeitung hieß! Am 29.11. fand in Neapel im Rahmen des Tages des Generalstreiks und des Kampfes eine Demonstration statt, die von der CGIL und der UIL einberufen und organisiert wurde.

Etwa 25.000 Arbeiter aus allen Provinzen Kampaniens nahmen daran teil. Es waren Arbeiter, Entlassene, Arbeitslose, prekär Beschäftigte aus verschiedenen Sektoren, Jugendliche. Die Stimmung war kämpferisch. Die Slogans waren begrenzt, wie die Gewerkschaftsdirektive, „gegen die Regierung und das Finanzmanöver“, aber es war ein Kampfeswille zu spüren, der sicherlich durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen, durch die Kriege in der Nähe und vor allem durch die weit verbreitete Wahrnehmung, dass die Zukunft nichts Gutes verheißt, bestimmt war. Andeutungen einer entschiedeneren Kapitalismuskritik kamen hier und da von den Prekären, den Arbeitslosen und auch von denen, die vor allem von der verbreiteten Wahrnehmung, dass die Zukunft nichts Gutes verheißt, betroffen waren.

Hinweise auf eine entschiedenere Kritik am Kapitalismus gab es hier und da bei den Prekären, den Arbeitslosen und sogar bei den Jugendlichen. Alles deutet darauf hin, dass die Zeit des Kampfes begonnen hat und dass es der „Feuerwehr“ nicht gelingen wird, das unter der Asche schwelende Feuer zu löschen.

Für viele war es seltsam, dass bei einer Demonstration in Neapel keine Trillerpfeifen zu hören waren, keine Trommeln rollten, keine Tänze und Sprünge, kein Karneval der Gewerkschaften, sondern nur kritische Worte, die wie Steine auf die Regierung und die Arbeitgeber geworfen wurden, unterbrochen von bedeutungsvollen Schweigepausen.

Wir intervenierten, indem wir das zentral verfasste Flugblatt verteilten, das mit besonderem Interesse und Zustimmung aufgenommen wurde und mehrfach Gegenstand positiver Diskussionen war, insbesondere unter Prekären, Arbeitslosen und Jugendlichen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es keine Illusionen gab, aber auch keine Resignation. Der Topf kocht also!

Kommunistisches Programm
Sonderausgabe

Jetzt bestellen oder online als PDF lesen!

Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 8 • Sommer 2024 Preis: 2 Euro / 2 CHF

Was unsere Partei kennzeichnet:
Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land" und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Der aufhaltbare Vormarsch der niederträchtigen „freien Welt".....Seite 23

Kommunistisches Programm
Nr. 8 • Sommer 2024

Jetzt bestellen oder online als PDF lesen!

Lest unsere internationale Presse!

the internationalist n.11

A PUBLICATION OF THE INTERNATIONAL COMMUNIST PARTY – 2024-2025

- The Palestinian proletariat in the infamous trap of nationalisms
- The ‘Pro-Palestinian’ Protests in the Universities
- Against-the-Stream Notes on Hamas and the „Palestinian movement“
- A Few Words About the American Elections
- The Resistible Rise of the Ignoble ‘Free World’
- First of May 2024. Against all imperialist wars!
- For a brief history of our party
- Back to Basics. Proletarian Dictatorship and Class Party (1951)

Verfügbar auf unserer Webseite und bei uns bestellbar.

il programma comunista

DISTINGUE IL NOSTRO PARTITO: la linea da Marx a Lenin alla fondazione dell'Internazionale comunista e del Partito Comunista d'Italia; alla lotta della sinistra comunista contro la degenerazione dell'Internazionale; contro la teoria del socialismo in un Paese solo e la controrivoluzione stalinista; al rifiuto dei fronti popolari e dei blocchi partigiani e nazionali; la dura opera del restauro della dottrina e dell'organo rivoluzionario a contatto con la classe operaia, fuori dal politicantismo personale ed elettoralesco.

organo del partito comunista internazionale

www.internationalcommunistparty.org - info@internationalcommunistparty.org

Anno LXXIII n. 2, marzo-aprile 2025
IL PROGRAMMA COMUNISTA
Redazione: Casella Postale 272 20101 Milano

Bimestrale
Una copia € 1,00 -
Abbonamenti: Annuale € 10,00 - Sostenitore € 15,00
Conto corrente postale: 59164889
IBAN: IT29B0760101600000059164889

Spedizione 70% - Milano

Il “nuovo ordine mondiale” è il disordine del capitalismo in crisi

Kontaktadressen:

Edition Programma,
Rungestraße 20, 10179 Berlin
E-Mail: kommunistisches-programm@riseup.net

Istituto Programma Comunista
Casella postale 272, Poste Cordusio, 20101 Milano
E-Mail: info@internationalcommunistparty.org

www.internationalcommunistparty.org

Telegram **Facebook** **X / Twitter**

Offenes Treffen in Berlin:

Jeden letzten Donnerstag im Monat um 19 Uhr öffnen wir das Café Comunista als offenes Treffen, wo wir über aktuelle Themen diskutieren sowie über linkskommunistische Theorien und Positionen informieren.

Im RAUM, Rungestraße 20, Berlin-Mitte

Impressum

Kommunistisches Programm

Herausgeberin (V.i.S.d.P.): Stefanie Meier, Skalitzer Straße 73, Berlin-Kreuzberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag